

PROTOKOLL

Begrüßung

Körber

Zu unserem heutigen Gespräch über das gemeinsame europäische Haus möchte ich Sie alle willkommen heißen. Mein besonderer Gruß gilt denen, die sich der Mühe einer weiten Reise unterzogen haben - unseren sowjetischen Gesprächspartnern.

Vor wenigen Wochen waren einige der hier Anwesenden in Begleitung von Bundeskanzler Kohl in Moskau und haben dort mit ihren sowjetischen Kollegen über die weitere Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesprochen.

Mir selbst ist bei dieser Gelegenheit vom Sowjetischen Friedenskomitee ein Geschenk überreicht worden, auf das ich besonders stolz bin. Dieses Geschenk betrachte ich als eine Auszeichnung, die für mich eine größere Bedeutung hat als beispielsweise die "Goldene Diesel-Medaille" für Erfindungen, die ich vor 25 Jahren erhielt.

Das sowjetische Geschenk ist im Grunde nur ein Stück rostiges Metall, das aber zu der ersten im Rahmen des INF-Vertrages in Kasachstan verschrotteten SS-12-Rakete gehörte. Dieser Raketensplitter wurde mir als Friedenssymbol vom Moskauer Friedenskomitee mit einer Urkunde als Dank für die jahrzehntelangen Bemühungen des Bergedorfer Gesprächskreises um Verständigung zwischen Ost und West überreicht.

Mit Bezug auf die von mir erwähnte Diesel-Medaille für Erfindungen möchte ich eine wichtige Erfahrung erwähnen, die ich als Unternehmer und Ingenieur in der produzierenden Wirtschaft gemacht habe. Immer, wenn ich in früheren Jahren neue technische Erkenntnisse zum Patent anmeldete, mußte ich feststellen, daß gleichzeitig oder kurz darauf auch andere an gleichen oder ähnlichen Erfindungen gearbeitet haben. Das heißt, die Zeit war reif für diese oder jene neue Erkenntnis und damit für eine neue technische Epoche.

Warum erwähne ich das? Weil ich der Meinung bin, daß wir uns hinsichtlich des gemeinsamen europäischen Hauses nunmehr - ähnlich wie beim technischen Epochenwechsel - am Anfang einer neuen Epoche der internationalen Beziehungen befinden. Natürlich besteht die Gefahr, daß Frost in den Beziehungen zwischen Ost und West die europäischen Blüten und Knospenkeimlinge zerstören kann. Aber es gibt niemanden, der sich wünscht, daß der Frost kommt.

Ich denke, es ist kein unbegründeter Optimismus zu sagen, daß die Zeit reif ist für einen neuen epochalen Schritt in eine gemeinsame Zukunft. Dazu möchte ich Bundespräsident von Weizsäcker zitieren, der bei der kürzlichen Verleihung des Karlspreises sicherlich nicht nur die Gefühle der Franzosen und Deutschen, sondern die Hoffnung aller europäischen Völker ausgesprochen hat, als er darauf hinwies, daß "das alte, das größere Europa wieder Gestalt im Bewußtsein der Menschen gewinnt. Die Zeit ist reif für eine offene Konzeption, die kein europäisches Volk ausschließt".

Schon General de Gaulle hat, noch zur Zeit des kalten Krieges, daran erinnert, daß Europa bis zum Ural reicht.

Die Formel vom "gemeinsamen europäischen Haus" ist ohne Zweifel eines der eindrucksvollsten Wortbilder in der internationalen Politik des letzten Jahrzehnts: Ein Dach über dem Kopf braucht jedermann. Zu den elementaren Eigenschaften des Hauses gehört die Stabilität seiner Fundamente - was könnten wir uns Besseres für Europa wünschen! Ebenso selbstverständlich sind mit dem Bewohnen eines Hauses Vorstellungen von Frieden und Ordnung verbunden.

Aber: Wer ein Haus zusammen mit anderen bezieht, möchte es als gleichberechtigter Mitbewohner tun, und er möchte auch, soweit das möglich ist, mit der ganzen Familie in seiner Wohnung leben.

Ich schlage deshalb vor, das Bild des gemeinsamen Hauses nicht zu sehr zu strapazieren und uns daran zu erinnern, daß die Botschaft Gorbatschows bewußt an die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die KSZE, anknüpft. Sie hat uns wichtige Fortschritte in vielen Bereichen der Zusammenarbeit gebracht und eine Periode schwerer internationaler Spannungen überwunden.

Schließlich sollten wir uns auch der Tatsache bewußt sein, daß der Gedanke des gemeinsamen europäischen Hauses nicht zuletzt ein Ergebnis der Entspannung zwischen den USA und der Sowjetunion ist, die in den letzten Jahren so erstaunliche Fortschritte gemacht hat.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und immer dringlicher der Umweltschutz verlangen nicht nur Kompromißbereitschaft und ein Sicherheitssystem, das auf Gegenseitigkeit beruht, sondern Öffnung. Und Öffnung heißt nicht nur Offenheit, es heißt auch Entgegenkommen.

Wir Deutsche blicken, wenn wir von dem gemeinsamen europäischen Haus sprechen, nicht nur auf die Sowjetunion, sondern auch auf die Völker Mittel-Osteuropas, mit denen uns eine jahrhundertealte Nachbarschaft verbindet und die nie einen Hehl daraus gemacht haben, daß sie sich als Europäer fühlen. Wir haben das eindrucksvoll bei unserem Gesprächskreis vor einem Jahr in Budapest bestätigt gefunden.

Ein weiterer Aspekt dieses Themas ist für uns Deutsche zwar weit weg; er liegt auch außerhalb unseres Erfahrungshorizontes. Aber deshalb ist er nicht minder interessant und wichtig. Um die Jahrtausendwende, heißt es, werden die meisten Sowjetbürger Asiaten sein. Wer also die Zukunft der Sowjetunion bedenkt, muß ihre Position und Aufgabe in Asien mit einkalkulieren. Das "gemeinsame europäische Haus" kann folglich nicht in einer Rekonstruktion des europäischen Staatensystems bestehen, sondern eine breite Fensterfront dieses Haus muß nach Asien blicken.

Ich füge hinzu: Asien ist heute der zentrale Kontinent der Weltpolitik. Wir wüßten gern möglichst viel darüber, wie die Sowjetunion ihre Lage und ihre Aufgabe in Asien sieht. Der Westen Europas sollte, meine ich, die Frage politischer und vor allem wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter diesem Horizont sehen, mit Sympathie und Engagement - zumal die afghanische Krise zu Ende geht und der Ausgleich zwischen der Sowjetunion und China sich anbahnt.

Ich bin froh, daß wir mit Wadim Sagladin und Horst Teltschik zwei so erfahrene Referenten gewinnen konnten, die uns, wie ich hoffe, in einem breiten Spektrum das europäische Haus in all seinen faszinierenden, aber auch bedenklichen Facetten vorstellen werden. Und Karl Kaiser wird, wie wir ihn kennen, die Zügel energisch in die Hand nehmen, damit wir am Ende mit einigen neuen Erkenntnissen auseinandergehen.

Borowik

Im Namen des Sowjetischen Friedenskomitees möchte ich dem Bergedorfer Gesprächskreis und vor allem Herrn Körber unseren herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Tagung aussprechen, die uns im Rahmen unserer langjährigen fruchtbaren Zusammenarbeit als sehr nützlich erscheint. Herr Körber war so freundlich, seine besondere Wertschätzung für das Geschenk zum Ausdruck zu bringen, das wir ihm vor kurzem in Moskau überreicht haben. Ich hoffe, daß wir in Zukunft sehr viele solcher Raketensplitter verteilen können, und nicht nur solche sowjetischer Herkunft. Das wäre ein gutes Beispiel dafür, daß wir unsere Diskussion nicht umsonst führen.

Wir wohnen hier in einem schönen Hotel am Ufer des Rheins. Wir haben die kräftige Strömung des Flusses beobachtet. Natürlich fällt es den Schiffen schwerer, stromaufwärts als stromabwärts zu fahren. In der Sowjetunion versuchen wir in einigen Fällen, Flußverläufe zu verändern; aber trotz der Schwierigkeiten, die einige Schiffe haben, um gegen den Strom zu fahren, ist es sicher nicht notwendig, die Strömungsrichtung umzukehren. Man sollte statt dessen die Strömung beruhigen und das Flußbett für die Schifffahrt sicherer machen und all das, was da vor vielen Jahrhunderten als unsere Lebensgrundlage entstanden ist, sinnvoll nutzen.

Ich sage dies auch in bezug auf unser Gesprächsthema, den Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses. Dabei geht es wohl weniger um einen Neubau, als vielmehr um eine grundlegende Rekonstruktion des bestehenden Gebäudes. Denn das vorhandene Europa ist bereits unser gemeinsames Haus. Unsere gemeinsamen kulturellen Ursprünge gehen bis in das frühe Christentum zurück. Wir sind durch unser gemeinsames historisches Schicksal mit seinen Licht- und Schattenseiten in einer Einheit verbunden, mit seinen Hoffnungen und Enttäuschungen. In uns lebt ein europäisches Bewußtsein, eine europäische Art zu denken und zu handeln. Deshalb sollten wir uns darauf konzentrieren, die vor uns liegenden Hindernisse zu beseitigen, um die auf uns zukommenden globalen Probleme lösen zu können. Dafür brauchen wir Architekten, Bauleute, Designer und Künstler; wir benötigen Zeichnungen und Modelle.

Der Bau kann nicht nach den Vorstellungen nur einer Seite errichtet werden, sei es der UdSSR oder der Bundesrepublik Deutschland, sondern er kann nur entstehen als Ergebnis gemeinsamer Bemühungen aller europäischen Länder und Völker. An diesem Bau beteiligen sich Politiker und Vertreter des öffentlichen Lebens, Menschen, die verschiedenen sozialen Schichten und Parteien angehören. Das Gesicht der Welt verändert sich ständig. Neue Gefahrenherde entstehen. Es ist schwer vorauszusagen, welches Bild Europa im dritten Jahrtausend bieten wird. Die Geschichte hat viele Facetten; sie kennt, wie die Erfahrung zeigt, keinen stetigen und geradlinigen Verlauf. Vieles wird von unseren eigenen Handlungen abhängen.

Das kleine Stück Metall, das Herr Körber Ihnen gezeigt hat, ist ein Symbol für die Verwirklichung eines Traumes. Noch vor kurzem wäre ein solches Geschenk undenkbar gewesen, und es bleibt zu hoffen, daß diese Splitter erst den Anfang bilden. Unser gemeinsames europäisches Haus kann sicher kein starres, unbewegliches Monument sein. Es geht vielmehr um einen dynamischen Prozeß, in dem sich internationale Stabilität mit dem Bekenntnis zum sozialen Fortschritt verbindet, wobei die Völker sich bei der Wahl ihres Gesellschaftssystems frei entscheiden sollen.

Ich stimme Herrn Körber zu, daß das europäische Haus nicht nur von den Europäern selbst gebaut werden kann, sondern die Interessen der übrigen Welt zu berücksichtigen sind. Ein gemeinsames europäisches Haus als Teil eines die ganze Welt umfassenden Hauses - das ist unsere Konzeption. Der Bau des europäischen Hauses ist ein Prozeß, in dem die Einheit Europas ihren Ausdruck findet, der aber nicht zu Uniformität und gleichförmigem Denken führen soll. Es sollte eine Gemeinsamkeit angestrebt werden, die Raum für Vielgestaltigkeit, Originalität und Achtung vor nationalen Traditionen läßt.

Kaiser

Herr Körber hat erklärt, warum wir dieses Thema gewählt haben. Ich füge hinzu, daß der Begriff des gemeinsamen europäischen Hauses dabei ist, das Schicksal mancher anderen wichtigen Begriffe zu teilen: Er wird zum Schlagwort, für manche gar zum Kampfinstrument. In ihm kommen Mißtrauen und Hoffnungen zum Ausdruck, und er wirft wohl mindestens ebenso viele Fragen auf, wie er Antworten enthält. Deshalb ist es sicher nützlich, den Begriff in diesem Gespräch einmal auszuloten; denn er übt schon heute in der europäischen und weltpolitischen Landschaft eine erhebliche politische Wirkung aus. Die verschiedenen Akteure verbinden unterschiedliche Zielvorstellungen damit, und wir werden zu prüfen haben, wie diese eigentlich aussehen.

Vor allem: Wenn dies ein dynamischer Begriff ist, der versucht, eine Vision für die Zukunft zu entwickeln, dann müssen wir uns fragen, wie diese Vorstellung zu den gewachsenen Strukturen steht, in denen wir heute leben. Wer nimmt am gemeinsamen europäischen Haus teil und wie? Welche Rolle spielen dabei die beiden Supermächte? Herr Körber hat auf die Doppelrolle der Sowjetunion als europäische und als asiatische Macht hingewiesen. Welche Rolle kommt den USA zu, die eine der Garantmächte der europäischen Sicherheit sind? Wie können wir die Struktur eines gemeinsamen europäischen Hauses, die an alte Traditionen und Bindungen anknüpft, mit den gegenwärtigen Strukturen in Einklang bringen, den Allianz- und Integrationssystemen, die ja auch Trennung bewirken?

Darf ich zunächst Herrn Sagladin bitten, uns die sowjetische Sicht des europäischen Hauses zu erläutern.

Sagladin

Der Begriff eines gemeinsamen europäischen Hauses fiel das erste Mal im September 1985 in einem Gespräch, das Michail Sergej Gorbatschow vor seiner Reise nach Paris mit dem französischen Fernsehen hatte. Ich zitiere daraus die folgende Passage, in der es heißt: "Wir leben in einem gemeinsamen Haus, wobei die einen diesen und die anderen jenen Eingang benutzen. Wir müssen zusammenarbeiten und dafür sorgen, daß die Menschen in diesem Hause miteinander reden." Das Thema ist dann bei anderen Gelegenheiten in unterschiedlichen Zusammenhängen wieder aufgegriffen und die Konzeption um vielfältige Elemente bereichert worden. Aber ich halte fest, daß die obigen Sätze nur sechs Monate nach der Wahl von Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU ausgesprochen wurden und fünf Monate nach dem Plenum des Zentralkomitees im April 1985, mit dem in der Sowjetunion die Perestrojka ihren Anfang nahm.

Die Perestrojka fing in der innenpolitischen Praxis mit "Glasnost" an. Auch in der Außenpolitik begann man umzudenken und arbeitete neue Konzeptionen aus. Unsere politische Führung war sich aber darüber im klaren, daß man nicht so lange warten durfte, bis diese Konzeptionen voll ausgearbeitet auf dem Tisch lagen, sondern diese würden sich allmählich entwickeln. Deshalb haben wir gleichzeitig begonnen, eine Analyse unserer Politik der Vergangenheit mit ihren positiven und negativen Seiten zu erarbeiten und die internationale Situation auf die Konkretisierung neuer Initiativen hin zu überprüfen.

Im Jahre 1985 gab es vier solcher Initiativen. Erstens die Erklärung über das Einfrieren und die spätere Verringerung unserer Mittelstreckenraketen in Europa bis auf das Niveau von vor 1983. Zweitens das Moratorium für Kernwaffenversuche. Die dritte Initiative war an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet und beinhaltete den Vorschlag, die strategischen Atomwaffen zu reduzieren. Die vierte Initiative schließlich war das gesamteuropäische Haus.

Ich muß wohl nicht besonders darauf hinweisen, warum drei dieser vier Vorschläge der Abrüstung gewidmet waren. Gerade auf dem Sektor mußte etwas getan werden, damit der Prozeß überhaupt in Gang kam. Heute sehen wir die Ergebnisse, die sich in dem Splitter verbrannten Metalls materialisieren, von dem Sie, Herr Körber, gesprochen haben.

Jetzt zum europäischen Haus. Wie kam es zu dieser Überlegung? Mit dem Beginn der Perestrojka in der Außenpolitik haben wir neben der Berücksichtigung anderer Probleme unser Hauptaugenmerk von Anfang an auf die geopolitische Seite unserer internationalen Beziehungen gelegt. Wir erkannten, daß wir unsere geographischen Schwerpunkte ungleichmäßig und unvernünftig gesetzt hatten. Das galt besonders für den europäischen Raum, dem wir selbst angehören, obwohl in unserem Land, wie Herr Körber richtig gesagt hat, auch Asiaten leben. Aber unsere gesamte Geschichte, sogar die des asiatischen Teils, ist mit Europa verbunden. Dieser Tatsache hatte man in den Jahren davor zu Unrecht nur geringe Bedeutung beigemessen. Mit der Idee des europäischen Hauses wollten wir zum Ausdruck bringen, daß wir uns jetzt stärker Europa zuwenden würden. Ein halbes Jahr später, auf dem 27. Parteitag der KPdSU, wurde der europäischen Politik offiziell Priorität zuerkannt.

Zum anderen wollten wir mit dieser Idee zum Ausdruck bringen, daß es uns nicht nur darum ging, die europäische Politik zu aktivieren, sondern sie von Grund auf zu verändern. Vorher war unsere europäische Politik auf Stabilisierung und Konsolidierung ausgerichtet. Dieses Ziel ist in vieler Hinsicht erreicht worden, wobei unser Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland neben einer Reihe anderer Verträge, die folgten, eine besondere Rolle auch im Hinblick auf die Helsinki-Konferenz gespielt hat. Wir wollten zeigen, daß es uns nicht nur um Stabilisierung und Normalisierung in den Beziehungen, sondern um mehr geht, so wie Gorbatschow gesagt hat: Wir müssen zwischen den europäischen Ländern die Fähigkeit zum Gespräch entwickeln. Die Zusammenarbeit müßte auf einer breiten Basis und in allen Bereichen vor sich gehen.

Dabei gingen wir auch in unseren offiziellen Erklärungen von der Vorstellung aus, die mein Freund Genrich Borowik angesprochen hat, daß das gesamteuropäische Haus bereits existiert. Vor kurzem war ich rein zufällig auf einer Tagung von Geologen, die sich mit sehr globalen Fragen beschäftigten. Dort erfuhr ich, daß unser Kontinent schon 80 Millionen Jahre in etwa der heutigen Form besteht, während das Gehirn des denkenden Menschen, des Homo sapiens, überhaupt erst seit 20 Millionen Jahren existiert. Das heißt, unser Kontinent ist weit älter als der Mensch. Mit anderen Worten: dieses Europa ist zweifellos eine materielle Realität.

Bei uns wird zur Zeit eine umfassende Geschichte Europas vorbereitet, deren erster Band gerade erschienen ist. Dabei wird ein ganz neuer Ansatz gewählt. Die früher erschienenen Werke zur Geschichte Europas enthielten in der Regel die Summe der Geschichten der einzelnen Länder. In diesem neuen Werk wird die Geschichte dieses Kontinents dagegen als einheitlicher Prozeß betrachtet und die Frage untersucht, wie die europäische Zivilisation entstanden ist und warum sie sich so entwickelt hat. Schon im ersten Band, der dem alten Europa gewidmet ist, wird deutlich, daß die Entwicklung der europäischen Zivilisation im weitesten Sinne ein wechselseitiger Prozeß gewesen ist. Wir haben beispielsweise untersucht - ich selbst bin an dieser Arbeit beteiligt;- , wie die großen Wirtschaftszentren in Europa entstanden sind. Diese haben sich nicht zufällig an den Kreuzungen der Handelswege von Nord nach Süd und von Ost nach West gebildet.

Bei dem kürzlichen Besuch von Bundeskanzler Kohl wurde unter anderem eine Vereinbarung über den Austausch von Dokumenten unterzeichnet. Eine Reihe von Dokumenten, die in Hamburg und Bremen gelagert waren, sind in die Sowjetunion zurückgekehrt, während die beiden Hansestädte ganze Archive von uns erhielten, die unsere gemeinsame Vergangenheit betreffen. Ich will jetzt keine weiteren Beispiele anführen. Aber als wir in diesem Jahr die Tausendjahrfeier der Christianisierung Rußlands begingen, ist uns einmal mehr deutlich geworden, wie sehr wir alle in diesem gemeinsamen europäischen Zivilisationsprozeß verbunden sind.

Doch ich will hier nicht die ganze europäische Geschichte wiederholen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß unsere gegenseitigen Beziehungen in diesem Prozeß sich auf der einen Seite vertieft haben und differenzierter geworden sind, während wir auf der anderen Seite die Unzulänglichkeiten und Hindernisse nicht übersehen können, welche die europäische Zivilisation hemmen. Dabei lebt Europa nicht isoliert. Die Welt verändert sich sehr schnell. Es entstehen neue Zivilisationszentren, zum Beispiel im pazifischen Raum und in Lateinamerika. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, welche Stellung Europa in der Welt von morgen einnehmen wird, in einer Welt, die in wirtschaftlicher, politischer und geistiger Hinsicht raschen Wandlungen unterworfen ist. Wir sind davon überzeugt, daß Europa auch in Zukunft eine gewichtige Rolle spielen kann, wenn es die Kraft findet, sein gesamtes Potential, das ihm zur Verfügung steht, gemeinsam in die Waagschale zu werfen. Deshalb ist es wichtig, daß zwischen den einzelnen Wohnungen dieses europäischen Hauses die Türen geöffnet und die Hemmnisse beseitigt werden, damit die Spaltung überwunden wird.

Zunächst, was verstehen wir unter "Überwindung der Spaltung"? Damit meinen wir nicht, daß es möglich und notwendig ist, die real existierenden Unterschiede zwischen den europäischen Staaten in Ost und West zu überwinden. Die Vielfalt dieses Kontinents ist eine Realität, das Resultat der historischen Entwicklung und das Ergebnis unterschiedlicher politischer Entscheidungen, die die einzelnen Völker getroffen haben. Die Völker werden diese ihre Wahlentscheidungen nicht radikal verändern, zumindest nicht kurzfristig. Natürlich werden sich auch hier wie überall Änderungen vollziehen, und wir gehen nicht mehr wie in der Vergangenheit von zwei starren und unveränderlichen Blöcken aus.

Westeuropa verändert sich in vieler, wenn nicht in jeder Hinsicht, und ist mit dem Bild, das es früher einmal war, ganz und gar nicht mehr zu vergleichen. Es ist Teil eines Kontinents, der in Bewegung geraten ist.

Auch der Osten verändert sich. Er sagt sich nicht von seiner historischen Wahl los, aber die Entwicklungen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei oder in der Sowjetunion haben, wenn Sie so wollen, einen ausgeprägt nationalen Charakter. Bei aller Gemeinsamkeit gibt es vielfältige Unterschiede. Es gibt unterschiedliche Ansätze und Entwicklungsmodelle für unsere Gesellschaften. Jedes Volk muß darauf seine eigene Antwort finden.

Wenn wir die bestehenden Barrieren und die Spaltung überwinden wollen, ist eine Voraussetzung, daß wir uns nicht in diesen Veränderungsprozeß von außen einmischen. Das heißt, man darf die einzelnen europäischen Völker in ihrem individuellen Entwicklungsgang nicht stören und auf keinen Fall von außen irgendwelchen Einfluß nehmen.

Gestern war ich auf einer Tagung in Paris, wo ein Staatssekretär aus dem französischen Außenministerium sich des längeren über die Frage verbreitete - ohne sie direkt zu stellen;- , die sich in einem Satz zusammenfassen ließ: Werden die Sowjets die Polen, die Ungarn oder die Tschechen daran hindern, in ihren Ländern das zu tun, was sie für richtig halten, oder werden sie ihnen freie Hand lassen? Meine Antwort fiel sehr kurz aus, indem ich sagte: Nein, wir werden sie nicht daran hindern.

Veränderungen wird es wie gesagt auch in Zukunft geben, aber das darf unsere gemeinsame Arbeit nicht stören. Im Gegenteil, vielleicht hilft es ihr sogar. Was wir nicht wollen, ist, die bestehenden Strukturen zu zerstören. Es gibt hier die militärisch-politischen Bündnisse und die verschiedenen Integrationsbemühungen.

Was die militärisch-politischen Bündnisse angeht, so ist bekannt, daß wir im Prinzip deren Überwindung anstreben. An dieser Vorstellung halten wir auch fest, ohne daß gegenwärtig die Bereitschaft besteht, die Blöcke aufzulösen, weder im Westen noch im Osten, zumal das ja nur einvernehmlich vor sich gehen kann. Wir müssen folglich davon ausgehen, daß die Blöcke weiter bestehenbleiben. Aber sie sollten ihren Charakter verändern und aus Instrumenten der Konfrontation solche der Kooperation werden.

Ich bin überzeugt, daß das zu erreichen ist. Mit großer Genugtuung habe ich vor meiner Abreise aus Moskau die Erklärung von NATO-Generalsekretär Wörner gelesen, daß die NATO zu einer Zusammenarbeit mit dem Warschauer Vertrag bereit ist. Das ist, soweit ich weiß, die erste Erklärung, in der in dieser Hinsicht seitens der NATO so eindeutig Stellung bezogen wird. Das ist nur zu begrüßen.

Wir wollen also das Bestehende nicht auflösen. Es ist gewissermaßen das Material, mit dem wir am Bau des europäischen Hauses weiterarbeiten müssen.

Worum geht es uns? Das Fundament des europäischen Hauses und unserer gemeinsamen Zukunft bildet zweifellos die gegenseitig respektierte und für alle europäischen Staaten gleichermaßen geltende Sicherheit. Bundeskanzler Kohl sprach vor kurzem von Stabilität auf einem niedrigeren Niveau. Dem stimmen wir uneingeschränkt zu. Diese Stabilität gilt indes nicht nur in Europa.

Herr Kaiser hat bereits nach der Rolle der Vereinigten Staaten in diesem gemeinsamen europäischen Haus gefragt. Die USA spielen heute zweifellos ihre Rolle in diesem Prozeß und werden das auch in Zukunft tun. Daß sie sich aus Europa entfernen könnten, ist ein völlig unrealistischer Gedanke, zumal Amerika in gewissem Sinne eine Verlängerung Europas darstellt. Wenn es um die Frage der Sicherheit geht, dann war der sowjetisch-amerikanische Vertrag über die Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite ein Schritt zur Stabilität und Sicherheit in Europa. Aber dieser Schritt wurde von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vollzogen unter teilweiser Mitwirkung der Europäer. Ich denke dabei an die Haltung der Regierung der Bundesrepublik und auch an die Position anderer Länder, auf deren Territorien die Raketen stationiert waren.

Zweifellos wird die bevorstehende fünfzigprozentige Reduzierung der strategischen Raketen ebenfalls zur militärischen Stabilität auf niedrigerem Niveau beitragen. Bleibt schließlich noch die Reduzierung der konventionellen Rüstung, ein Bereich, der die europäischen Angelegenheiten unmittelbar betrifft. Auch da gibt es offenbar kaum noch Hindernisse für Vereinbarungen. Unmittelbar nach Beendigung der Wiener Verhandlungen - die am besten mit einem Außenministertreffen schließen sollten - könnten Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung aufgenommen werden.

Ich wiederhole noch einmal, obwohl das hier alle wissen und ich niemanden zu überzeugen brauche: Wir sind bereit zu asymmetrischen Reduzierungen, allerdings auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Unsere Militärs überdenken zur Zeit grundlegend die Struktur unserer Streitkräfte und ihre Stationierung sowie die Art ihrer Bewaffnung für den Fall, daß wir schon bald zu einer Vereinbarung gelangen, die den Übergang zu einer nichtoffensiven Verteidigung zum Inhalt hat. Diese Arbeit würde zweifellos wesentlich erleichtert werden, wenn die Militärs beider Bündnissysteme und der ihnen angehörenden Länder untereinander sachbezogen Kontakte aufnehmen könnten.

Ich denke dabei an hohe Militärexperten, die eine entscheidende Rolle beim militärischen Aufbau spielen, Militärstrategen im Wissenschaftsbereich und auch an Militärs im Ruhestand, die sich von ihrer beruflichen Position her mit diesen Problemen auskennen. Gegenwärtig besteht eine so umfassende Zusammenarbeit noch nicht, aber die ersten Schritte in dieser Richtung sind getan worden. So war gemeinsam mit Kanzler Kohl der bundesdeutsche Verteidigungsminister Scholz bei uns zu Gast. Erste Kontakte sind nie leicht; aber dieser Besuch war sehr nützlich. Es wurde deutlich, daß sich beide Minister gut mit der Materie, über die sie sprachen, auskannten. Diese Kontakte müssen weiterentwickelt werden.

Natürlich stehen wir, wenn wir die Abrüstungsproblematik in Europa überdenken, vorbehaltlos zu den verschiedenen Vorschlägen, die die Schaffung einer atom- und chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa betreffen. Um das Vertrauen und die Sicherheit in diesem Bereich zu erhöhen, käme es darauf an, aus dem unmittelbaren Grenzgebiet der beiden Blöcke die Angriffswaffen zu entfernen. Es gibt dazu eine Reihe von Plänen mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen, sowohl für als auch gegen solche Pläne. Ich meine, wir sollten bei der Beurteilung dieser Projekte nur ein Kriterium gelten lassen: Bringen sie uns dem von Bundeskanzler Kohl erwähnten Ziel näher, nämlich Stabilität auf niedrigerem Niveau zu erreichen, oder nicht? Wir sehen einen Fortschritt darin, deshalb sind wir dafür.

Um die Stabilität auf niedrigerem Niveau zu gewährleisten, sind wir natürlich auch für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Darüber werden wir hier sicher ebenfalls sprechen. Ich will darauf jetzt nicht näher eingehen. Ich weise nur daraufhin, daß die mit der Perestroika verbundene strukturelle Neuorganisation unserer Außenwirtschaftsbeziehungen noch lange nicht abgeschlossen ist. Diese Struktur ist noch sehr schwerfällig und nicht flexibel genug. Aber es geht voran. Die Unternehmen dürfen jetzt direkte Kontakte zum Ausland aufnehmen; es findet eine Umstellung im Hinblick auf Selbstfinanzierung und Rentabilität statt. Die Außenwirtschaftsgesetzgebung wird ergänzt. Außerdem sind Pläne in Vorbereitung, um die Kapitalinvestition zu garantieren, und schließlich beginnt der Prozeß, der auf eine Konvertierbarkeit des Rubels hinausläuft. Alle diese Maßnahmen auf unserer Seite sollen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West erleichtern.

Es gibt auch bereits eine ganze Reihe konkreter Projekte mit teilweise durchaus unkonventionellen Ideen. Ich sehe indes in dieser ganzen Diskussion einen Schwachpunkt: Es geht in vielen Bereichen noch viel zu sehr um die traditionellen Formen der Zusammenarbeit. Es fehlt bisher an qualitativ neuen Formen. Da müßten beide Seiten vielleicht ein wenig mehr Phantasie entfalten und ihre Zurückhaltung aufgeben. Und sicherlich behindern auch bestimmte Beschränkungen, die es hier und da noch gibt, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Zweifellos spielt im wirtschaftlichen Bereich auch der gute Wille eine wichtige Rolle.

Es gibt aber Fragen, bei denen es nicht mehr nur auf den guten Willen ankommt, sondern wo man von unabdingbarer Notwendigkeit sprechen muß. Ich denke hier vor allem an den Bereich der Ökologie, den Umweltschutz. Die Länder des Warschauer Vertrages haben hierzu Vorschläge unterbreitet, und auch Präsident Mitterrand hat konkrete Vorstellungen zu einer europäischen Zusammenarbeit entwickelt. Darüber wurde ebenfalls mit Bundeskanzler Kohl in Moskau gesprochen. Es gibt inzwischen ein Umweltabkommen zwischen unseren beiden Ländern. Die Probleme sind außerordentlich drängend.

Auch auf anderen Gebieten stellen sich unabweisbare Forderungen, denen wir bisher noch nicht im erforderlichen Maße Rechnung getragen haben. Das betrifft etwa die Energiewirtschaft und das Verkehrsproblem. Hier wird zur Zeit an neuen Ideen gearbeitet. Ich hoffe, wir werden bald erste Ergebnisse vorlegen können.

Herr Kaiser fragte nach den Beziehungen zwischen EG und RGW. Das ist ein wichtiger Punkt. Wenn 1992 beziehungsweise zum 1. Januar 1993 der europäische Binnenmarkt vollendet werden soll, ist dieser Zeitpunkt nicht mehr weit entfernt. Ohne daß man heute schon endgültig sagen kann, wie sich die Dinge dann ausnehmen werden, klar ist, daß der Integrationsprozeß in Westeuropa vorangeht. Auch auf unserer Seite haben wir die Schaffung eines gemeinsamen Marktes als Perspektivplanung ins Auge gefaßt, obwohl diese Aufgabe nicht gerade einfach zu realisieren ist. Es fragt sich, ob diese gesamte Entwicklung die bestehenden Abgrenzungen eher verfestigt oder umgekehrt die Zusammenarbeit aktiviert. Das ist schwer zu beantworten. Aber auf unserer Seite besteht der Wunsch, die Zusammenarbeit auszubauen.

Kaiser

Nach der Analyse von Herrn Sagladin, dem ich insbesondere auch für die konkreten Vorschläge am Schluß danke, wird uns jetzt Herr Teltschik seine Überlegungen zum europäischen Haus vortragen.

Teltschik

Während der Ausführungen von Herrn Sagladin habe ich mich an meinen ersten Auftritt im Bergedorfer Gesprächskreis 1985 in Moskau erinnert, und ich kann nur feststellen, daß sich in der Zwischenzeit erfreulich viel verändert hat. Es ist auch vieles im Grundsätzlichen in Bewegung geraten. Die Voraussetzungen für ein positives Gespräch haben sich wesentlich verbessert.

In vielen Punkten kann ich Herrn Sagladin schlicht zustimmen. Wir dürften uns insofern ergänzen, als ich weniger auf Details eingehen, sondern versuchen werde, die internationalen Rahmenbedingungen einzubeziehen.

In seiner Tischrede anlässlich des Abendessens, das vom Präsidenten des Obersten Sowjet und der Regierung der UdSSR am 4. Juli 1983 im Kreml gegeben wurde, hat Bundeskanzler Helmut Kohl zum ersten Mal den Begriff des "gemeinsamen Hauses" aufgegriffen. Damals hat er unterstrichen, daß das Wohnen im gemeinsamen Haus besondere Rücksichtnahme aufeinander verlange. Fünf Jahre später ging der Bundeskanzler in seiner Tischrede anlässlich des Abendessens, das Generalsekretär Gorbatschow ihm zu Ehren am 24. Oktober 1988 im Kreml gab, erneut auf dieses Thema ein und fügte hinzu: "Wenn dieses Haus viele Fenster, viele Türen hat, wenn die Menschen frei zueinanderkommen können, wenn nichts und niemand den Austausch von Gütern und Ideen, von Wissenschaft und Kultur hemmt", dann sei er "mit diesem Bild sehr, sehr gern einverstanden."

Der Bundeskanzler fuhr in dieser Tischrede fort: "Unsere Vision ist und bleibt eine europäische Friedensordnung, die alle Europäer in gemeinsamer Freiheit zusammenführt und die die Verbundenheit mit den nordamerikanischen Demokratien einschließt; eine Friedensordnung, in der alle Länder und Völker in friedlichem Wettbewerb miteinander leben und in immer engerem Austausch einander begegnen können; eine Friedensordnung, in der jeder sein Auskommen hat und in der unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben; und eine Friedensordnung nicht zuletzt, deren Voraussetzung die Achtung von Menschenrecht und Menschenwürde ist."

In seinem Buch "Perestroika - Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt", schreibt Generalsekretär Gorbatschow, daß er sich "in zunehmendem Maße der Künstlichkeit und Zeitweiligkeit der gegenwärtigen Konfrontation der Blöcke und der veralteten Vorstellung vom 'Eisernen Vorhang' bewußt" wurde, als er "über die gemeinsamen Wurzeln dieser so vielgestaltigen, doch im wesentlichen gemeinsamen europäischen Kultur nachgedacht" habe.

Auch Gorbatschow nimmt die Metapher vom "gemeinsamen europäischen Haus" auf und erläutert sie wie folgt: "Das Haus ist ein gemeinsames ... , aber jede Familie hat darin ihre eigene Wohnung, und es gibt auch verschiedene Eingänge. Doch nur zusammen, gemeinschaftlich und indem sie die vernünftigen Regeln der Koexistenz befolgen, können die Europäer ihr Haus bewahren, es vor Feuersbrunst und anderen Katastrophen schützen, es besser und sicherer machen und es in einwandfreiem Zustand halten."

Gorbatschow spricht ausdrücklich davon, daß vor allem Europa ... neuer Beziehungsmuster bedarf. Als "Imperative" einer "gesamteuropäischen Politik" nennt er die nukleare und konventionelle Rüstung, die geeignet seien, "Europa in eine Hölle zu verwandeln"; die Gefahren für die Umwelt, die Grenzen überschreiten; die "Integrationsprozesse" in beiden Teilen Europas, die die "Spaltung Europas" nicht ausweiten, sondern zur "Zusammenarbeit" führen sollten; und die Lösung des Nord-Süd-Problems.

Die Voraussetzungen für das "Zusammenleben in einem gemeinsamen Haus" sieht Gorbatschow gegeben durch die Erfahrungen aus beiden Weltkriegen; durch eine umfassende, lang andauernde und damit engere politische "Bekanntheit" der Europäer; durch das bereits bestehende weitverzweigte Netz von bilateralen und multilateralen Beziehungen und Kontakten. Mit den Helsinki-Vereinbarungen seien "die Entwürfe für die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses fast bereit"; durch das gewaltige wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Potential Europas, das es zu verknüpfen gelte, und durch das Bewußtsein einer gemeinsamen europäischen Kultur. Zusammenfassend schreibt Gorbatschow: "Die Vorstellung eines 'gemeinsamen europäischen Hauses' sei die Verbindung von Notwendigkeit und Möglichkeit."

Zieht man die rund zehnstündigen Gespräche zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Gorbatschow in den Tagen vom 24. bis 27. Oktober 1988 in die Betrachtung mit ein, so kristallisiert sich heraus, daß die sowjetische Führung dem Konzept eines gemeinsamen europäischen Hauses sowohl Faktoren eines fortbestehenden Status quo wie Faktoren dynamischer Veränderungen zugrunde legt.

Generalsekretär Gorbatschow hat deutlich gemacht, daß er den territorialen Status quo der Teilung Europas und Deutschlands zum Ausgangspunkt seiner Strategie nehmen will. Dies gilt auch für den politischen Status quo der Existenz zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, die gegenseitig respektiert werden müßten. Er hat deutlich gemacht, daß die beiden militärischen Paktsysteme fortbestehen sollen und damit auch die USA und Kanada in den europäischen Prozeß einbezogen bleiben.

Das sind die Ausgangspositionen, soweit sie von Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Gorbatschow öffentlich erläutert wurden. Gorbatschow hat wiederholt von "Prozessen" gesprochen,

die in Gang gekommen seien und die für die bilateralen und multilateralen Beziehungen mit berücksichtigt werden müssen.

Ich möchte deshalb vor allem auf die internationalen Rahmenbedingungen eingehen, die ich für entscheidend halte, wenn es darum geht zu überlegen, wie sich die europäische Zusammenarbeit weiter entwickeln kann.

In der Tat kann man über die Idee eines "gemeinsamen europäischen Hauses" nicht sprechen, wenn man die internationalen Rahmenbedingungen in ihrer Entwicklung und Dynamik außer acht ließe. Wichtige "Prozesse" sind im Gange. Dazu gehört ganz entscheidend die Reformpolitik in der Sowjetunion und in einigen Warschauer-Pakt-Staaten. Sie ist verknüpft mit einer Überprüfung der außenpolitischen Interessen und Methoden. Diese Reformpolitik hat die Sowjetunion aus meiner Sicht bereits heute nach innen und nach außen kompromißfähiger und kompromißbereiter gemacht. Sie hat die Chancen erhöht, Spannungen abzubauen und Konflikte friedlich zu regeln. Damit ist die Sowjetunion fähiger und offener zum Dialog und zur Zusammenarbeit geworden.

So hat beispielsweise Bogomolow, Direktor des Instituts für Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems, am 25. Juni 1988 in Moskau die "Breschnew-Doktrin" als "gegenstandslos" bezeichnet und eine Wiederholung von 1968 ausgeschlossen. Am gleichen Tag erklärte Herr Sagladin, daß auch Befreiungsbewegungen kein legitimer Grund für Gewaltanwendung seien. Vor allem Generalsekretär Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse bezeichneten die Einstellung als "absolut haltlos", die Sowjetunion könne so stark sein wie eine beliebige Koalition aus ihr gegenüberstehenden Staaten; eine solche Devise hieße, den nationalen Interessen der Sowjetunion zuwiderzuhandeln; und Außenminister Schewardnadse fügte hinzu, daß "der Kampf der beiden entgegengesetzten Systeme nicht länger die bestimmende Tendenz der modernen Epoche" darstelle und noch "nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien, die Erscheinungen des Eisernen Vorhangs zu überwinden und die Ausmaße und die Schärfe der Konfrontation und des Wettrüstens zu begrenzen".

Wenn sich alle diese Erklärungen - und das waren nur einige Beispiele - konkretisieren, dann wäre eine zentrale Voraussetzung geschaffen, eine gemeinsame Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus erfolgreich zu gestalten.

Die zweite internationale Rahmenbedingung, die berücksichtigt werden muß, ist die Tatsache, daß in Westeuropa die Politik der Integration auf verschiedenen Ebenen eine neue, fast unerwartete Dynamik zurückgewonnen hat. Mit der Ratifizierung der deutsch-französischen Verträge vor zwei Tagen über die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzrates und eines gemeinsamen Verteidigungsrates hat sich die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sichtbar weiter verdichtet und sich verstärkt als Antriebsmotor für die europäische Gemeinschaft erwiesen. So konnte mit der Einheitlichen Europäischen Akte ein erster Schritt in Richtung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vereinbart werden. Die Revitalisierung der Westeuropäischen Union hat sowohl in der verabschiedeten "Plattform der europäischen Sicherheit" als auch in der Erweiterung durch Spanien und Portugal ihren Ausdruck gefunden. Das Ziel, bis 1992 den europäischen Binnenmarkt zu erreichen, hat vielfältige wirtschaftliche und politische Wirkungen ausgelöst, die über die Gemeinschaft der Zwölf längst weit hinausreichen.

Wie die deutsch-französische Zusammenarbeit keinen exklusiven Charakter annehmen soll und gegen niemanden gerichtet ist, so soll auch die Europäische Gemeinschaft nicht zu einer "europäischen Festung" werden, die neue Barrieren nach außen errichtet. Die während der deutschen Präsidentschaft vereinbarte Erklärung zwischen der EG und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und das weitreichende Kooperationsabkommen zwischen der EG und Ungarn beweisen die Bereitschaft zur Offenheit und zur Zusammenarbeit.

Als dritten Punkt führe ich an: Die internationale Politik verändert ihr Gesicht. Neue Wirtschaftszonen wie der europäische Binnenmarkt 1992, der ostasiatisch-pazifische Raum und Nordamerika mit USA und Kanada verändern die Ströme des internationalen Handels. Potentielle Großmächte wie Japan, China, Indien wirken immer stärker auf die internationalen Beziehungen ein. Das bipolare System der beiden Weltmächte erweitert sich zu einem multipolaren System. Regionale Krisenherde und Nord-Süd-Probleme beginnen mehr und mehr die West-Ost-Beziehungen zu überlagern. Entwicklungen wie der islamische Fundamentalismus sind eine Herausforderung für West und Ost gleichermaßen.

Ein vierter Prozeß kommt hinzu. Wichtige innenpolitische Probleme in allen unseren Ländern sind immer häufiger nur noch durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu lösen. Industrielle Leistungsfähigkeit, wissenschaftlich-technologischer Weltstandard, wirtschaftliches Wachstum insgesamt erfordern genauso internationale Kooperation wie Umweltschutz, Bekämpfung von

Terrorismus, Drogen und Aids. Die internationale Interdependenz wächst, unabhängig von den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Auch Generalsekretär Gorbatschow weist immer wieder darauf hin. Dies gilt selbstverständlich vor allem für den Bereich der Sicherheit, sowohl für die Regelung von Krisen als auch für die Beherrschung der Risiken, die sich aus Rüstung jeder Art ergeben.

Wenn man diese Prozesse vor Augen hat und auf die letzten drei, vier Jahre zurückblickt, dann ergeben sich eine Reihe von Erfahrungen und Ergebnissen, die für die Frage des europäischen Hauses von grundlegender Bedeutung sind.

Die erste Erfahrung ist: West-Ost-Beziehungen dürfen sich nicht auf Fragen der Sicherheit und Abrüstung reduzieren, die zu dem schwierigsten Bereich des beiderseitigen Verhältnisses gehören. Abrüstung erfordert ein Ausmaß gegenseitigen Vertrauens, das nur entstehen kann, wenn sich die Beziehungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen umfassend entwickeln. Dabei bleiben die politischen Beziehungen der Dreh- und Angelpunkt. Das haben die vier Gipfelbegegnungen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow hinreichend bewiesen. Das Gegenbeispiel bietet das Jahr 1983, in dem intensive Abrüstungsverhandlungen in Genf stattgefunden haben, aber zwischen den beiden Weltmächten keine politischen Beziehungen in einem vernünftigen Rahmen zustande kamen.

Eine zweite Erfahrung ist, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen noch immer in entscheidendem Maße den Bewegungsspielraum der Europäer in West und in Ost bei der Entwicklung ihrer Beziehungen zueinander bestimmen. Das heißt, je besser die amerikanisch-sowjetische Verständigung, desto größer sind die Möglichkeiten für die Westeuropäer, ihr Verhältnis zur Sowjetunion und zu den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten konstruktiv und offensiv zu gestalten. Verlauf und Ergebnisse der letzten drei Jahre belegen dies sehr genau.

Drittens: Das KVAE-Abkommen vom September 1987 in Stockholm und das INF-Abkommen von diesem Jahr sind von historischer Bedeutung. Beide Seiten haben dies einvernehmlich festgestellt. Die Tatsache, daß sich die INF-Vereinbarungen drastisch von den sowjetischen und amerikanischen Verhandlungsvorschlägen von 1983 unterscheiden, beweist, daß beide Seiten kompromißfähig und kompromißwillig waren und ihre Verhandlungsvorschläge ständig weiterentwickelt haben. Dies zeigt sich heute auch in anderen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen.

Viertens: Die Geschlossenheit des westlichen Bündnisses und die engen Konsultationen haben entscheidend dazu beigetragen, die Verhandlungen positiv weiterzuentwickeln. Die sowjetische Unterrichtung über die Verhandlungsvorschläge und über den Verhandlungsverlauf aus ihrer Sicht empfand die Bundesregierung stets als hilfreich und nützlich.

Fünftens: Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen und Gespräche über alle regionalen Krisenherde, die in Afghanistan, Kambodscha, Angola und im Golfkonflikt zu ersten positiven Ergebnissen führten, wirken weltweit vertrauensbildend.

Aufgrund dieser Prozesse und Erfahrungen gilt es, die Frage zu prüfen: Welche Bedeutung hat das Konzept eines gemeinsamen europäischen Hauses? Mit welchen Inhalten müssen wir ein solches Konzept ausfüllen, damit es den Anforderungen aller Beteiligten und den Herausforderungen komplexer weltweiter Prozesse gerecht werden kann?

Wenn wir beim Bild des europäischen Hauses bleiben, so stellt sich für den Bauherrn zuerst die Frage nach der Grundstücksgröße. Im übertragenen Sinne heißt das: Gehen wir von einem gemeinsamen Europa aus, das vom Atlantik bis zum Bug, also bis zur Ostgrenze Polens, reicht, wie Henry Kissinger es vorschlägt, oder von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural? Dieses Europa bezeichnete Generalsekretär Gorbatschow in seinem Buch als "kultur-historisches Ganzes, vereint durch das gemeinsame Erbe der Renaissance und der Aufklärung sowie der großen philosophischen und sozialen Lehren des 19. und 20. Jahrhunderts". Oder gehen wir von einem Europa aus, das vom Atlantik bis Wladiwostok reicht, und nehmen wir dann am Ende noch die Landmasse Nordamerikas dazu? Ich habe Zweifel, ob uns solche Abgrenzungen im Augenblick wesentlich weiterbringen, zumal der Ausgangspunkt nach Gorbatschow der politische und territoriale Status quo in Europa sein muß.

Andererseits: Wie kann überhaupt ein gemeinsames europäisches Haus unter Zugrundelegung der politischen und territorialen Teilung Europas errichtet werden? Setzt ein solches Ziel am Ende nicht die Überwindung der Teilung Europas geradezu voraus? Und gewinnt dann die Vorstellung Kissingers nicht eine gewisse Plausibilität, wenn man bedenkt, daß auf dem europäischen Kontinent viele kleine und mittlere Nationen und eine Supermacht, die Sowjetunion, leben, von der VI ihres Territoriums in Asien liegen? Wäre das sowjetische Gewicht nicht in jedem Fall für die anderen Bewohner des gemeinsamen europäischen Hauses erdrückend? Und müßten nicht deshalb am Ende beide

Supermächte, wenn sie das Haus mit aufgebaut und gestaltet haben, draußen vor der Tür bleiben, aber zugleich den Schutz des Hauses mit übernehmen?

Die Zeit ist sicher nicht reif, solche Fragen heute abschließend zu diskutieren oder gar zu beantworten. Sie aufzuwerfen, geht vielen schon zu weit. Lassen wir also die Grundstücksfrage vorläufig noch ungeklärt.

Unsere Aufgabe ist deshalb mehr die des Architekten, der einen Plan erarbeitet, nach dem das Haus errichtet werden soll, beziehungsweise die des Bauherrn, der die Konzeption einer europäischen Friedensordnung entwickelt und den Bauleuten vorgibt. Außenminister Genscher hat in seiner Rede am 3. Oktober 1988 in Bologna von der "Wiederbelebung der Identität unseres Kontinents" gesprochen, die sich gründe auf die gemeinsame Geschichte, auf die gemeinsame Kultur und "auf das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft unseres Kontinents und für Frieden und Entwicklung in der Welt". Das ist gewissermaßen unser gemeinsames Startkapital, auf dem wir aufbauen können. Die KSZE-Schlußakte von Helsinki, das Schlußdokument von Madrid und der KSZE-Prozeß in allen seinen Facetten geben geeignete, bereits vereinbarte und immer häufiger bewährte Strukturelemente vor.

Kaiser

Mit den beiden Referaten haben wir ein ungewöhnlich reiches Menü vorgesetzt bekommen, und die Gefahr für unsere Diskussion besteht darin, daß wir uns angesichts der Vielfalt der Probleme, die beide Referenten ausgesprochen haben, in Einzelfragen verlieren. Wir sollten deshalb mit den allgemeinen Fragen der Grundprinzipien und der Architektur des europäischen Hauses und nicht mit den einzelnen Detail- und Sachfragen beginnen.

Für besonders wichtig halte ich die Frage: Wie vereinbaren wir eigentlich den gewünschten Wandel, den beide Referenten betont haben, mit der Notwendigkeit, von den bestehenden Strukturen auszugehen? Da gibt es sicher Spannungen und Konflikte. Die Vorstellungen sind auch durchaus unterschiedlich, wie weit die Veränderung gehen soll und wie Status quo und Wandel, das heißt die bestehenden Strukturen, mit den neuen Prozessen vereinbart werden können.

Bogdanow

Wenn ich beide Referate inhaltlich miteinander vergleiche - so wie das wohl an diesem Tisch jeder getan hat;- , dann kann ich nur mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß ich keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten feststellen konnte. Weder die Vorstellungen von unserer noch die der westdeutschen Seite bereiten mir Unbehagen. Im Grunde haben sich die Ausführungen der beiden Referenten ergänzt, ohne daß sie wissen konnten, was der andere sagen würde.

Wenn ich es recht sehe, lassen sich aus beiden Referaten zusammen durchaus Konturen dessen ablesen, was man das gemeinsame europäische Haus nennen kann. Wenn man die verschiedenen Bausteine auf beiden Seiten betrachtet, ergibt sich ein sehr interessanter Aufriß für dieses Haus.

Natürlich müßte das Thema des gemeinsamen europäischen Hauses nicht nur zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland erörtert werden. Das heißt, auch die anderen europäischen Staaten, Frankreich genauso wie die Länder des kleinen und des blockfreien Europas, müßten hier gehört werden. Nun ist dies ein sowjetisch-deutsches Gespräch, und es könnte durchaus sinnvoll sein, daß Vertreter gerade dieser beiden Länder sich an diese äußerst schwierige Aufgabe wagen. Vielleicht kommt es zu einer besonderen sowjetisch-deutschen Vorreiterrolle, die gewissermaßen das übrige Europa in das europäische Haus nachzieht. Möglicherweise sind wir gerade Zeugen der Entstehung eines solchen interessanten Phänomens.

Trotz des Konsensus, der hier besteht, sollten wir unsere Meinungsverschiedenheiten beziehungsweise unsere gegenseitigen Ängste deutlich zum Ausdruck bringen. Ich stelle mir etwa vor, was in den Köpfen der meisten Europäer vor sich geht, wenn sie an das europäische Haus denken. Der wichtigste Punkt dürfte die Angst davor sein, daß sich in diesem Haus ein Gigant breitmacht, der eine ganze Etage für sich in Anspruch nimmt, während das übrige Europa gewissermaßen in eine Einzimmerwohnung zusammengedrängt wird. Diese Befürchtung ist durchaus begreiflich. Von daher verstehe ich auch die Frage, wie man ein Gegengewicht schaffen könnte und dabei an die Amerikaner und die Kanadier denkt.

Ein weiterer Punkt ist das Problem der Rüstungsbeschränkung und damit eng verbunden die Frage der Vertrauensbildung. Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen dem Bau des europäischen Hauses und weiteren Fortschritten auf dem Gebiet der Rüstungsreduzierung auf ein vernünftiges Maß bis hin zur Realisierung der nichtoffensiven Verteidigung? Sollten das zwei parallellaufende Prozesse

sein? Oder können wir den Bau des europäischen Hauses erst in Angriff nehmen, wenn wir unsere Streitkräfte auf beiden Seiten in Europa auf ein Niveau gesenkt haben, das einen Überraschungsangriff unmöglich macht? Ist das die Voraussetzung für den Bau des europäischen Hauses? Das sind keine theoretischen, sondern durchaus praktische Fragen für den weiteren Prozeßverlauf.

Ich würde es beispielsweise begrüßen, wenn zwischen unseren Ländern eine ständige Arbeitsgruppe geschaffen würde - warum nicht auf der Basis des Bergedorfer Gesprächskreises;- , die sich mit Problemen der europäischen Sicherheit und des gemeinsamen europäischen Hauses beschäftigt. In dieser Arbeitsgruppe könnte eine Art Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Ost-West-Beziehungen vorgenommen werden mit allen Plus- und Minusfaktoren, die für diesen Prozeß von Bedeutung sind.

Kaiser

Die Frage von Herrn Bogdanow nach der besonderen Rolle der Bundesrepublik und der Sowjetunion in diesem Prozeß ist äußerst relevant. Das gilt auch für die Rolle der Großmächte und die interessante Frage, in welcher Beziehung Abrüstung und Rüstungskontrolle zum Bau des europäischen Hauses stehen.

Bahr

Ohne jetzt die Unterschiede zwischen den Ausführungen von Herrn Sagladin und Herrn Teltschik im einzelnen analysieren zu wollen, kann man wohl sagen, daß der eine, Herr Sagladin, etwas drängender war und die größeren Perspektiven entwickelt hat, während Herr Teltschik ein wenig vorsichtiger, zurückhaltender, bescheidener gewesen ist. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, daß hier Vertreter zweier Staaten mit sehr unterschiedlichem Gewicht am Tisch sitzen.

Was die Feststellung von Herrn Bogdanow angeht, so kann man sicher ohne Übertreibung feststellen, daß der Bundesrepublik Deutschland zumindest innerhalb Westeuropas eine entscheidende Rolle für die Weiterentwicklung des europäischen Hauses zukommt. Ohne die Bundesrepublik geht gar nichts; aber mit der Bundesrepublik allein geht auch nichts. Doch bleibt festzuhalten, und da werde ich wohl Franz Josef Strauß zitieren dürfen: Wenn das Verhältnis zwischen den beiden Völkern, den Deutschen und den Russen, in Ordnung war, waren die Dinge in ganz Europa in Ordnung.

Ich bin sehr dafür, daß wir die Diskussion erweitern. Das europäische Haus mobilisiert Phantasie, was zu begrüßen ist, weil damit eine gewisse Dynamik ausgelöst wird. Beide Referenten haben gezeigt, daß sie Realisten sind. Und Realismus heißt in diesem Falle: Wenn man über das europäische Haus nachdenkt, so ist das nur sinnvoll auf der Grundlage der bestehenden Spaltung. Die beiden Blöcke werden jedenfalls für eine nicht überschaubare Zeit weiter existieren, und die Integrationsprozesse werden in beiden Teilen Europas weitergehen. Weder Herr Sagladin noch Herr Teltschik haben gesagt, Voraussetzung für den Bau eines europäischen Hauses sei die Überwindung der Spaltung in Europa. Vielmehr sind alle Realisten genug, um zu betonen: Wir können nur auf der Basis der Realitäten und das heißt der Spaltungen in wirtschaftliche und militärische Blöcke vorankommen.

Mit anderen Worten: Der Bau des europäischen Hauses ist der Versuch, auf der Basis der Spaltungen einen Zustand zu erreichen, in dem die Spaltungen überwindbar werden.

In diesem Zusammenhang hat Herr Sagladin drei Alternativen formuliert: eine westliche, eine östliche und einen möglichen Kompromiß. Herr Teltschik dürfte dem Kompromiß am nächsten gekommen sein, während Herr Sagladin zunächst die Wunschvorstellung der östlichen Seite dargelegt hat, wohl wissend, daß man den Kompromiß ins Auge fassen muß, wenn man zu einem Ergebnis kommen will. Aus meiner Sicht ist der Kompromiß akzeptabel, wenn er als Übergangsstadium zu weiteren Schritten formuliert wird.

Immerhin haben Reagan und Gorbatschow das Ziel unterschrieben, Massenvernichtungswaffen abzuschaffen, und ich vermag nicht einzusehen, warum die Deutschen unterhalb dieses Zieles bleiben und noch ein paar Atomwaffen behalten wollen. Ich weiß selbstverständlich, daß das nicht in einem Schritt erreichbar ist. Das heißt, es kommt auf einen zeitlich begrenzten Übergangszustand an. Aber jeder Schritt in diese Richtung setzt natürlich voraus, daß die Abschaffung von Atomwaffen nicht zugleich eine konventionelle Gefahr heraufbeschwört. Das geht nur pari passu.

Herr Sagladin hat nur in einem Punkte das Wort "kategorisch" benutzt, nämlich im Zusammenhang mit Umweltschutz. Darin sehe auch ich eine naheliegende Möglichkeit, auf der Basis der vorerwähnten Realitäten eine gesamteuropäische Verpflichtung und Konstruktion anzuvisieren. In der Tat kann weder ein Land noch eine Gruppe von Staaten die Gefahren der Umwelt allein meistern. Es liegt also nahe, eine gesamteuropäische Konstruktion, auch rechtlich, zu entwickeln, die für alle Beteiligten die

gleichen Verpflichtungen und die gleichen Rechte beinhaltet. Diese Konstruktion ist erreichbar, ohne die Realitäten der Spaltung zu berühren. Sie überwölbt gewissermaßen die beiden Europa Ost und West.

Das gleiche gilt zweitens für die Sicherheitsfrage. Das gespaltene Europa braucht Sicherheit. Ich stimme Herrn Teltschik zu, daß die Sicherheit nicht allein der entscheidende Faktor ist. Für mich ist aber die gleiche Sicherheit in beiden Teilen Europas das Fundament des europäischen Hauses. Niemand kann ein Haus ohne sicheres Fundament bauen; aber auf dem nackten Fundament möchte ich auch nicht wohnen. Die Frage ist, ob nicht in Ergänzung zu dem, was die KVAE an Ergebnissen gebracht hat, eine Organisation der Vertrauensbildung entwickelt werden kann, die beide Seiten automatisch über die gleichen Informationen verfügen läßt, was hier wie dort vor sich geht, um Mißverständnisse und Fehlinterpretationen auszuschließen. Ich denke an eine gesamteuropäische vertrauensbildende Organisation oder eine Behörde.

Dritter Punkt: Herr Sagladin hat von verbindlichen rechtlichen Grundlagen gesprochen, die für Europa entwickelt werden müssen. Das wirft die Frage auf, ob die Schlußakte von Helsinki nicht einen völkerrechtlich verbindlichen Charakter bekommen sollte. Diese feierliche Erklärung ist erstaunlicherweise zu einer Richtlinie für die Politik geworden, ohne daß sie je ratifiziert wurde. Mein Eindruck ist, daß die Ratifizierung bei den einzelnen Parlamenten nicht auf Widerstand stoßen würde. Warum sollte man nicht einen solchen Versuch machen?

Weidenfeld

Die metaphorische Kraft der sowjetischen Politik, die in solchen Begriffen wie dem "gemeinsamen europäischen Haus" zum Ausdruck kommt und die über die Jahre hinweg die internationale Öffentlichkeit immer wieder mit derartigen Bildern beschäftigt, ist zu bewundern. Aber man schwankt doch bisweilen zwischen Anerkennung und Rührung, wenn bestimmte Treffen zwischen Ost und West ehrwürdige Staatsmänner und kritische Intellektuelle gewissermaßen zu immer neuen lyrischen Höchstleistungen anspornen und sie über Wohnungen, Fenster, Türen und Tapeten in diesem Haus reflektieren läßt. Aber die eigentliche Dynamik der Entwicklung zwischen Ost und West stammt doch aus einigen strukturellen Veränderungen, über die man weiter nachdenken muß.

Lassen Sie mich dazu einige Punkte nennen:

1. Die Zeit des Weltmachtbilateralismus ist vorbei. Das heißt, die Zeit ist vorüber, in der die internationale Politik praktisch ausschließlich von der Dominanz zweier Weltmächte geprägt war. Mein Eindruck ist, daß die intensive und konstruktive Zusammenarbeit der beiden Weltmächte in den letzten Jahren darin ihre zusätzliche Motivation erfährt, indem beide spüren, daß sie jetzt noch zu Prägungen der internationalen Politik in der Lage sind, die Welt aber am Beginn einer neuen Zeit steht, in der regionale Verbindungen ein neues Gewicht und eine neue Bedeutung gewinnen und sich auch regionales Selbstbewußtsein schärfer ausprägt. Wenn sich die Exklusivität des Weltmachtstatus relativiert, dann können sich auch die Europäer auf zukunftsorientierte Organisationsformen einlassen, ohne ständig befürchten zu müssen, stets nur im Schlagschatten einer Weltmacht zu stehen. Davon ist sicher eine beträchtliche Dynamik im Hinblick auf das europäische Haus ausgegangen.

2. Der zweite Gesichtspunkt betrifft die neue Geschwindigkeit der westeuropäischen Integration. Hierbei ist wichtig, zunächst einmal festzuhalten, daß die Entwicklungen in West- und in Osteuropa durchaus unterschiedlich verlaufen. Während die Integration in Westeuropa immer intensiver und schneller vor sich geht, ist die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa eher von einem gegenläufigen Prozeß gekennzeichnet, nämlich einer stärkeren Differenzierung; die Unterschiede werden betont. Herr Sagladin sagte, Europa werde farbiger. Das trifft gegenwärtig vor allem auf Osteuropa zu. In beiden Teilen Europas ist jedoch eine Entwicklungsdynamik zu beobachten, die eine Emanzipation von den bisherigen Bildern, Programmen und Konzepten ermöglichen könnte.

3. Der entscheidende Impuls geht sicher vom Reformprozeß in der Sowjetunion aus. Deshalb würde ein Gespräch über die Entwicklungsmöglichkeiten eines europäischen Hauses zweifellos in die Irre gehen, wenn man dabei nicht den zentralen Stellenwert der innersowjetischen Entwicklung mit ins Auge fassen würde.

Das, was sich gegenwärtig in der Sowjetunion vollzieht, ist ja nicht ohne historische Vorbilder. Es bedeutet letztlich den Versuch einer umfassenden gesellschaftlichen Modernisierung. Und damit sind verbunden - das wissen wir auch von der Entwicklung in anderen Gesellschaften: wachsende Arbeitsteilung, Flexibilität, Mobilität und Internationalisierung. Die Frage ist, ob und wie die Sowjetunion in der Lage sein wird, diesen Modernisierungsprozeß politisch zu steuern.

Lassen Sie mich dazu einige Faktoren nennen: a) Gesellschaften, die sich modernisieren, kompensieren dies durch Betonung der nationalen Komponente. Wieweit wird die Sowjetunion solche nationalen Spannungen aushaken können?

b) In derartigen Modernisierungs- und Differenzierungsprozessen ändert sich der Stellenwert von Ideologien. Das hat natürlich auch zur Folge, daß die Ideologien zwischen Ost und West ihre Bedeutung verändern werden. Die Frage ist indes, welchen "Kitt" die sowjetische Gesellschaft anstelle der Ideologien entwickeln kann, der das Ganze zusammenhält.

c) Gesellschaften, die modernisieren, haben einen immensen Bedarf an Experten. Wie kann die Sowjetunion diesen befriedigen? Es gibt also eine ganze Reihe fundamentaler struktureller Anfragen.

Wenn man in der Geschichte Fälle von Modernisierung in großen Gesellschaften analysiert, dann zeigen sich in der Konsequenz drei Alternativen, wie politische Systeme darauf reagieren können. Die eine Alternative heißt Pluralisierung, Öffnung, Ermöglichung von Konkurrenz in jeder Hinsicht. Die zweite Alternative ist die Rückwendung zu einem programmatischen Fundamentalismus, sei er nun religiös oder ideologisch geprägt. Die dritte Alternative besteht darin, daß die Staaten versuchen, diesen Prozeß mit starker Führungshand, auch mit Restriktionen und Repressionen zu steuern. Ich denke, auch für den Bau des Hauses in Europa ist es wichtig, welche dieser Alternativen die Sowjetunion langfristig wählen wird und wählen kann.

Eine abschließende Bemerkung: Herr Sagladin hat dankenswerterweise daran erinnert, daß unser bisheriges Denken und Handeln - sieht man vielleicht einmal vom INF-Vertrag ab - in den Ost-West-Beziehungen eher davon bestimmt war, traditionelle Programme quantitativ zu erweitern, statt qualitative Originalität zu entwickeln. Ich möchte hier nachdrücklich dafür plädieren, daß wir uns in diesem Gespräch mehr um qualitative Originalität bemühen. Wenn ich mir ansehe, was in der jüngsten Zeit bilateral verhandelt und vereinbart worden ist, so bewegt sich das weitgehend im Bereich quantitativer Fortführung bisheriger Verhandlungsstränge. Wir sollten dies durch eine Phase neuer Kreativität in der Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen transzendieren. Neues Denken heißt doch, die Betonklötze der politischen Erstarrungen, Abgrenzungen und Abschottungen zum Tanzen zu bringen.

Bereshkow

In den beiden Referaten ist in der Tat eine bemerkenswerte Annäherung der beiderseitigen Positionen und der Probleme, die wir in einem gemeinsamen europäischen Haus zu lösen haben, deutlich geworden.

Hier sind wir doch ein beträchtliches Stück weitergekommen, wenn ich dies etwa mit den ersten Bergedorfer Gesprächen in den 60er Jahren vergleiche, bei denen Teilnehmer aus der Sowjetunion dabei waren. Das war noch zur Zeit der scharfen Konfrontation, und damals bedurfte es schon einiger Weitsicht und großen Mutes, diesen Dialog aufzunehmen. Viele waren skeptisch, auf beiden Seiten. Um so mehr verdient das Verhalten von Leuten wie Herrn Körber Anerkennung.

Natürlich gibt es auch heute noch eine Reihe von Klischees, an die wir mit einer neuen Denkweise herangehen sollten. Nehmen wir beispielsweise die Frage der atomaren Abschreckung, ein Ausdruck, der im Deutschen besonders unheilvoll klingt. Im Westen wird immer noch die Ansicht vertreten - auch von Regierungsvertretern;-, daß die Doktrin der atomaren Abschreckung weiterhin beibehalten werden muß.

Ich halte diese Doktrin in jeder Hinsicht für fragwürdig. Selbst bei einer 50prozentigen Verringerung der Atomwaffen bleibt die atomare Bedrohung bestehen. Hier wird nach wie vor die Bereitschaft bekundet, im Falle eines Konflikts, der mit konventionellen Waffen beginnt, mit Atomwaffen zu reagieren, also einen Atomkrieg zu führen. Ich meine, angesichts der grundlegend veränderten Situation im Ost-West-Verhältnis käme es jetzt darauf an, eine neue Militärdoktrin auszuarbeiten.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Frage, welche Ziele die Sowjetunion in Europa anstrebt. Herr Sagladin erwähnte die Rolle der USA in Europa. Von Frau Thatcher war noch in diesem Jahr zu hören, die sowjetische Außenpolitik sei insofern bedrohlich, als sie versuche, die Vereinigten Staaten aus Europa herauszudrängen. In seinem Buch über "Perestroika" hat Gorbatschow dagegen klar zum Ausdruck gebracht, daß wir uns an solchen politischen Kabinettstückchen nicht beteiligen. Wir wissen, daß es jeder Realität entbehrt, Amerika aus Europa vertreiben zu wollen. Im Gegenteil, die USA können hier durchaus einen positiven Beitrag leisten und tun dies in gewisser Hinsicht schon jetzt. Dennoch wird das Klischee weiter aufrechterhalten, auch wenn es mit der veränderten Lage in Europa überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist.

Glaubt man tatsächlich an diese Argumentation, daß hier eine Bedrohung seitens der Sowjetunion besteht und man diese nur mit Gewalt dazu bringen kann, in ernsthafte Verhandlungen einzuwilligen? Solche Dinge liest man immer wieder in der westlichen Presse; sie bestimmen auch das Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten und verhindern die Beseitigung von Feindbildern.

Herr Bahr sprach von der Spaltung Europas. Lange Zeit wurde im Westen die These vertreten, die Überwindung der Spaltung könne nur erreicht werden, wenn es zuvor in den osteuropäischen Ländern, in der DDR, Polen oder der Tschechoslowakei, zu grundlegenden sozialen und politischen Veränderungen kommt. Herr Sagladin hat deutlich gemacht, daß auch wir, genau wie der Westen, an einer Überwindung der Spaltung interessiert sind. Dies hängt allerdings von Maßnahmen auf beiden Seiten ab. Dabei müssen die vorhandenen Strukturen und sozialen Systeme respektiert werden. So habe ich auch Herrn Bahr verstanden. Aber in der Öffentlichkeit wird immer noch weitgehend die andere These vertreten, die wir nach meiner Ansicht überwinden müssen.

Schröder

Wir sprechen hier gewissermaßen von europäischen Immobilien - was ich durchaus in seiner doppelten Bedeutung meine. Dabei habe ich meine Schwierigkeiten; denn das europäische Haus, das wir planen wollen, schließt doch zunächst einmal vieles aus. Das heißt, möglicherweise bauen wir hier an einem Luftschloß. Zu Recht ist gefragt worden, was die beiden Supermächte denn in einem solchen europäischen Haus zu suchen haben. Eine allein kann es nicht sein; aber möglicherweise können es auch beide nicht sein.

Ich würde es vorziehen, realistischer und nüchterner zunächst von einem europäischen Doppelhaus zu sprechen. Das gibt es bereits; es ist sozusagen auf dem Status quo errichtet. Von diesem Fundament sollten wir ausgehen, vielleicht hilft uns das, gewisse Illusionen abzubauen.

Selbst für dieses europäische Doppelhaus stellt sich die Frage nach der Rolle der beiden Supermächte. Sind sie immer noch die Landlords oder nur noch Untermieter aber mit welchen Machtbefugnissen? In jedem Fall schränkt natürlich die Tatsache ihrer Anwesenheit in den beiden Hälften Europas den dynamischen Prozeß enorm ein, auf den sich hier so viele Hoffnungen gründen.

Im Augenblick ist jedenfalls nicht zu erkennen, daß die Entwicklung in Europa auf eine Art Konvergenz abzielt; im Gegenteil, es sind durchaus gewisse Symptome eines Auseinanderdriftens zu beobachten. Während wir in Westeuropa eine neue Dynamik erleben, stellen wir, wie Herr Weidenfeld sagte, in Osteuropa zunehmende Schwierigkeiten fest. Es ist dort zweifellos farbiger geworden; aber gleichzeitig sehen sich die Regierungen und Parteien in Osteuropa enormen Problemen gegenüber, auf die sie bisher keine Antwort wissen, zumal diese Antworten in den einzelnen Ländern sicher sehr unterschiedlich sein müssen.

Wenn dieser Prozeß weitergeht, stellt sich in der Tat die Frage, ob er zu mehr Öffnung führt oder ob wir unter Umständen nicht auch mit einem Rückschlag rechnen müssen, der mehr Abgrenzung zur Folge hat. Auch dafür gibt es ja Anzeichen. Der point of no return ist sicher noch nicht erreicht; das wird zweifellos nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion abhängen.

Aus diesem Grunde geht es meiner Ansicht nach gegenwärtig weniger um den Bau eines europäischen Hauses, sondern vielmehr darum, wie man in dem bestehenden Doppelhaus Mauerdurchbrüche schaffen, Nachbarschaftshilfe organisieren und eine Auseinanderentwicklung verhindern kann. Auf unserer Seite taucht ja gelegentlich die Idee eines neuen Marshallplanes auf, die mich allerdings nicht sonderlich überzeugt. Denn in den letzten Jahren sind von westlicher Seite Milliardenbeträge in die sozialistischen Länder geflossen, ohne daß damit nachhaltige Wirkungen erzielt werden konnten, die man sich jetzt von einem Marshallplan verspricht. Im Gegenteil, diese Milliarden sind im Grunde wirkungslos versickert. Die ökonomische Situation in Osteuropa ist eher dramatischer als vorher.

Wie können wir also dazu beitragen, in jenen Ländern Öffnungsprozesse zu unterstützen, die durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer wieder behindert werden? Dabei spielt die Abrüstung zweifellos eine entscheidende Rolle, die möglicherweise wichtiger ist als die politische Zusammenarbeit. Denn im Grunde ist nur über diesen Abrüstungsprozeß eine Entwicklung auszulösen, die den betreffenden Ländern eine stärkere Einbindung in die weltwirtschaftliche Entwicklung erlaubt. Wenn es gelingt, den Abrüstungsprozeß voranzubringen und auf diese Weise mehr Vertrauen herzustellen, dann dürfte es eher möglich sein, die Hemmnisse für den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit abzubauen. Das betrifft dann etwa auch den Abbau von Restriktionen der COCOM-Liste auf technologischem Gebiet.

Wenn man in all diesen Dingen weiterkommen will, muß man vielleicht mit etwas mehr Kühnheit vorangehen, als dies bei beiden Referenten deutlich geworden ist. Als Journalist - ich bin ja kein politischer Verantwortungsträger - scheue ich mich nicht zu fragen, ob nicht vielleicht ein Appell an die Sowjetunion zu richten sei, den Abrüstungsprozeß zu beschleunigen und nicht so vorsichtig wie bisher weiterzugehen. Ich hatte den Eindruck, daß Herr Sagladin sich durchaus auf den von ihm erwähnten Kompromiß einlassen würde. Führt dieser Kompromiß aber mit der notwendigen Geschwindigkeit zu wirklichen Ergebnissen? Vielleicht könnte die Sowjetunion ja auch einmal über einseitige Schritte nachdenken auf den Gebieten, wo eine erhebliche Asymmetrie besteht und die Sowjetunion deutlich überlegen ist. Mit einem solchen Prozeß der Abrüstung könnten, wie gesagt, Voraussetzungen für mehr politisches Vertrauen und für stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen werden. Wenn wir so lange warten wollen, bis etwa die Wiener Verhandlungen zu irgendeinem Ergebnis führen, werden wir lange warten müssen.

Aber ich wende mich hier nicht einseitig nur an die Sowjetunion. Ebenso könnte man dem Westen, der NATO empfehlen, unkonventioneller zu denken. Ich frage mich zum Beispiel, ob es der rechte Augenblick ist, jetzt über Modernisierung von Atomwaffen bei uns zu reden. Sollte man nicht vielmehr argumentieren: Wir brauchen diese Atomwaffen im gewissen Sinne zur Abschreckung, um die Überlegenheit der Sowjetunion und des Warschauer Paktes auf konventionellem Gebiet auszugleichen. Aber wenn der Warschauer Pakt die Ungleichgewichte in der konventionellen Rüstung abbaut, dann können wir den Modernisierungsprozeß jederzeit anhalten.

Worin liegt das besondere Interesse der Deutschen an diesem europäischen Haus? Bei allem Realismus gibt es bei uns vielleicht doch immer noch einige Hoffnung und Illusion. Die Deutschen wohnen schließlich in beiden Hälften dieses europäischen Doppelhauses. Franzosen und andere Westeuropäer sind eben von der Spaltung nicht in gleicher Weise betroffen. Herr Bahr hat es ja deutlich ausgedrückt: Die Basis ist die Spaltung; aber wir müssen einen Zustand erreichen, auf dem die Spaltung überwindbar wird. Da zeigt sich deutlich das deutsche Interesse. Dies ist vielleicht zur Zeit noch ein utopisches Ziel; aber es ist sicherlich nicht ganz ohne Einfluß auf unser Verhalten.

Karaganow

Zunächst einige Gedanken zum Thema Stabilität und Wandel. Früher haben wir uns, wie Herr Sagladin zu Recht sagte, vornehmlich auf die Stabilität konzentriert, und auch jetzt ist uns offenbar ein stabiler Status quo wichtig. Ich würde demgegenüber empfehlen, daß wir - bei allem Verständnis für die Zurückhaltung beider Referenten - zumindest in einer halboffiziellen Atmosphäre wie hier, einmal über weitergehende Ziele nachdenken sollten, zumal wir in dieser Hinsicht ohnehin keine Alternative haben. Wir sehen uns in Europa immer rascheren Veränderungen in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen gegenüber.

In allen Bereichen sind Prozesse eingeleitet worden, die uns dazu zwingen könnten, auch das Sicherheitssystem, das auf die Jahre 1945-1955 zurückgeht, zu verändern. Einige Faktoren sind schon erwähnt worden, vor allem die Wandlungen in der Sowjetunion und in den übrigen sozialistischen Ländern. Des weiteren Veränderungen innerhalb unserer Bündnissysteme, die ich begrüße, wenn damit auch gewisse beunruhigende Elemente verbunden sind. Hinzu kommen grundlegende Veränderungen in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO, wo heute Fragen diskutiert werden, wie das früher nicht der Fall gewesen ist. Die Militärstrategie der NATO, die in den Jahren 1961-1968 entwickelt wurde, ist einer starken Erosion ausgesetzt. Es hat auch erhebliche Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Vereinigten Staaten gegeben in Richtung eines Neo-Isolationismus, ohne daß ich das überbewerten will. Dennoch könnte diese Entwicklung weitreichende Folgen haben.

Es ist also gar keine Frage, ob wir uns auf neue Ideen einlassen sollen. Wir kommen gar nicht darum herum, neu zu denken, gerade wenn es uns um eine dauerhafte Stabilität zu tun ist. Denn anderenfalls können die erwähnten Veränderungen sogar zur Destabilisierung beitragen, wenn wir an dem überkommenen System festhalten. Ich verstehe die Idee des europäischen Hauses im Sinne einer allmählichen Entwicklung, die die Stabilität nicht gefährdet, hin zu einem Europa, das vielleicht etwas anders aussehen wird, als wir es heute kennen. Möglicherweise kommen wir dabei auch zu einem neuen Sicherheitssystem.

Wenn man davon ausgeht, daß die Bündnisse für eine absehbare Zukunft bestehenbleiben, gewissermaßen als mächtige Stützpfeiler des europäischen Hauses und eines künftigen europäischen Sicherheitssystems, so darf man nicht vergessen, daß diese Bündnisse an sich ein einmaliges Faktum darstellen. Zum ersten Mal in der vieltausendjährigen Geschichte Europas gibt es zwei

Militärbündnisse in Friedenszeiten. Im Grunde stellen diese Bündnisse, ob sie nun geographisch, politisch oder gesellschaftlich bedingt sind, ein geschichtliches Zerrbild dar.

Ich erinnere daran, daß die NATO ursprünglich als politisches Bündnis gegründet wurde. Man war damals in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa durchaus unsicher, ob es der NATO gelingen würde, eine integrierte Militärstruktur aufzubauen. Erst der Koreakrieg hat diesen Zweifeln ein Ende gemacht. Danach begannen sich die beiden militärischen Lager herauszubilden.

Wenn man von einem langfristigen Prozeß spricht, sollte man auch an eine erneute Politisierung der Blöcke denken, die damit auf der Grundlage der bestehenden politischen Realitäten weit mehr der Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses dienen könnten. Auf diese Weise könnten auch die gegenseitigen Befürchtungen gegenstandslos werden, die ja weitgehend darauf beruhen, daß sich hier mächtige geschlossene Militärmaschinerien gegenüberstehen.

Egon Bahr hat bereits in den 60er und 70er Jahren davon gesprochen, daß sich das europäische Sicherheitssystem zu einem blockübergreifenden System mit neuen europäischen Institutionen entwickeln müsse, die die Blöcke allmählich ablösen und die Sicherheitsbedürfnisse der Bündnismitglieder verringern könnten. Dieser Prozeß hat bereits begonnen. In dieser Hinsicht sollten wir den KSZE-Prozeß nicht unterschätzen, der die Bedeutung der Blöcke für die Sicherheit in der Tat relativiert hat.

In diesem Zusammenhang sollte man auch überlegen, wie der gesamteuropäische Prozeß weiter institutionalisiert werden kann. Selbst unter rein bürokratischen Vorzeichen könnten davon wichtige Anstöße für Problemlösungen ausgehen. Die Schaffung gesamteuropäischer Institutionen, die entweder neu gegründet oder aus bestehenden Institutionen weiterentwickelt werden, könnten uns zu einem neuen Sicherheitssystem bringen, das weniger auf militärischer als vielmehr auf politischer Grundlage beruht.

Noch ein Wort zur Rolle der Abrüstung. Ich stimme Herrn Teltschik durchaus zu, daß man die Abrüstungs- und Sicherheitsfragen im Kontext der europäischen Politik nicht überbewerten soll. Wenn wir uns zu sehr auf diese Probleme konzentrieren und sie nicht in einen größeren Zusammenhang einordnen, dient das nur, ohne daß wir es wollen, der Militarisierung der europäischen Politik. Das haben uns die bitteren Erfahrungen der Jahre 1979 bis 1983 gezeigt, als sich praktisch die gesamte europäische Politik auf die 572 amerikanischen Raketen verengte, die zweifellos eine echte Bedrohung darstellten. Aber eine noch größere Bedrohung brachte die langfristige Verschlechterung der politischen Lage in Europa, die Ihnen und uns Probleme bescherte, die wir uns selbst eingehandelt haben.

Man sollte jedoch auch nicht in das andere Extrem verfallen und meinen, man könne den politischen Prozeß und eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen den Ländern ohne eine Überwindung der militärischen Konfrontation, zumindest deren Verringerung, in Gang setzen.

Wir haben aus der Vergangenheit ein Sicherheitssystem geerbt, wo wir einander nur durch die Mündungen der Gewehre betrachten. Wenn wir das nicht überwinden, wird jede Zusammenarbeit und jede Annäherung nur zu wachsendem Mißtrauen zwischen den beiden Systemen führen. Dann werden, überspitzt gesagt, Millionen von Menschen als Spione betrachtet, wenn sie über die Grenzen reisen.

Wir sollten aufhören, einander nur durch die Gewehrläufe anzuschauen. Dann eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten einer gegenseitigen positiven Beeinflussung beider Systeme, und es wird eine Zusammenarbeit in Form eines Wettbewerbs in Gang bringen, der sich für beide Seiten vorteilhaft auswirken wird. Ohne einen Abbau der militärischen Konfrontation ist das nicht möglich, weil wir andernfalls gezwungen sind, sehr viel für die Rüstung auszugeben.

Rühe

Unsere Diskussion macht einmal mehr deutlich, daß wir uns weniger Gedanken um das Produkt - das europäische Haus oder die Grundstücksgröße - machen sollten. Das ist noch das Denken des 19. Jahrhunderts, und wir sind hier nicht auf dem Wiener Kongreß. Für mich ist der Prozeß das Entscheidende und daß dieser in die richtige Richtung läuft. Es geht um die Formen des Zusammenlebens und nicht darum zu definieren, wie viele Quadratmeter das Grundstück hat, wer dazugehört und wer nicht und wie die Zimmer dieses Hauses im einzelnen aussehen. Auf den Prozeß kommt es an; das Endprodukt, das fertige europäische Haus wird es nie geben.

Wie ist es um das Zusammenleben bestellt? Lassen Sie mich ein anschauliches Beispiel geben. Wenn junge Leute hier zum Bahnhof in Bad Godesberg gehen, dann können sie für weniger als 400

Mark ein sogenanntes Eurorail-Ticket kaufen, mit dem sie drei Monate lang durch ganz Europa hin- und herfahren können. Das geht inzwischen wohl bis nach Marokko und nach Jugoslawien. Und unser europäisches Haus würde mir schon bei weitem wohllicher vorkommen, wenn, sagen wir, ein junger Mann oder ein junges Mädchen in Moskau ebenso einfach zum Bahnhof gehen und sich ein Ticket lösen könnten, um damit ebenfalls drei Monate durch ganz Europa zu fahren, auch in den Westen natürlich, wie umgekehrt unsere jungen Leute dann durch die Sowjetunion fahren. Um dies zuwege zu bringen, brauchten wir kein Zimmer, keine Tapete und keine Gardine im europäischen Haus zu ändern, und dennoch hätten wir ein ganz anderes Haus, weil sich die Formen des Zusammenlebens ändern würden. Ich füge hinzu: Je offener Europa wird, desto sicherer ist es auch.

Ein zweiter Punkt. Ich meine, wir sollten eingehend untersuchen, worauf es eigentlich zurückzuführen ist, daß der Lebensstandard in Westeuropa und in Osteuropa so unterschiedlich ist. Europa ist ja nicht nur politisch und militärisch geteilt, sondern vor allem auch technologisch und wirtschaftlich. Auch das ist keine Frage, die mit der Architektur dieses Hauses zusammenhängt. Wir können doch davon ausgehen, daß es im Prinzip überall in Europa die gleichen Begabungen, Fähigkeiten, Leistungsbereitschaft und im Prinzip auch die gleichen Vorstellungen vom Leben gibt. Das ist eine Gemeinsamkeit aller Europäer. Warum dann diese Unterschiede im Lebensstandard?

Erich Honecker soll zwar, wie ich vor kurzem gehört habe, davon gesprochen haben, der Lebensstandard in der DDR sei höher als der in der Bundesrepublik. Nun, wenn dem so sein sollte, müßten wir herauszufinden suchen, woran das wohl liegt, damit wir das dann auch schaffen können. Das ist nicht ganz so ernst gemeint, wohl aber die Frage, warum wir in Westeuropa wirtschaftlich soviel besser dran sind, als dies in den Ländern Osteuropas der Fall ist, wo die Menschen doch im Grunde die gleichen Ziele verfolgen. Das hat auch nichts mit COCOM und solchen Dingen zu tun. Worauf es ankommt, ist, unser Zusammenleben in Europa so zu organisieren, daß die unnötigen Unterschiede auch im Lebensstandard beseitigt werden.

Das betrifft zweifellos ebenso die Sicherheitsfrage. Es liegt durchaus in unserem Interesse, daß die Sowjetunion, wenn sie wirtschaftlich und technologisch stärker wird, militärische Überstärken abbauen kann. Und umgekehrt kann sie nur dann technologisch und wirtschaftlich stärker werden, wenn sie militärische Überstärken abbaut. Wir sind jedenfalls daran interessiert, daß sie andere Stärken entwickelt als nur die militärischen.

Noch ein Wort zum Verhältnis von Stabilität und Wandel. Meine These ist: Ohne Wandel wird es in Europa keine Stabilität geben. Die Formel "Stabilität durch Wandel" halte ich für das Lebensgesetz Europas. Wir haben in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg einen enormen Wandel erlebt. Denken Sie etwa an das deutsch-französische Verhältnis oder an die Europäische Gemeinschaft. Da hat ein revolutionärer Wandel stattgefunden, der zu einer neuen Stabilität geführt hat. Ähnlich kann es auch in der Sowjetunion und in Ost- und Mitteleuropa insgesamt keine Stabilität ohne Wandel geben. Deshalb sollte man so manche schmerzhafteste Wandlungsprozesse nicht als destabilisierend mißverstehen, wo sie doch in Wirklichkeit vielleicht der einzige Weg zur Stabilität sind. Und zu stabilitätsförderndem Wandel gehören auch Demonstrationen, Streiks, Offenheit, Diskussionen, Konflikte zwischen einer Zentrale und den Regionen in einem föderativen System. Auch darüber müssen wir in Europa sprechen. Natürlich gibt es auch destabilisierende Formen des Wandels, die niemand will. Aber ohne tiefgreifenden Wandel in Europa gibt es keine Stabilität.

Was die militärischen Fragen angeht, so bin ich Herrn Sagladin für seine Überlegungen in Richtung Kompromiß dankbar. Auch da geht es um den Prozeß, und wir sollten uns nicht darüber streiten, ob die Nuklearwaffen ganz oder nur zum Teil abgeschafft werden können. Ich bin davon überzeugt, daß keine der beiden Weltmächte an eine völlige Abschaffung der Atomwaffen denkt. Es gibt sie ja nun einmal, und wir können sie nicht wieder wegerfinden. Aus diesem Grunde sollten beide Seiten über eine sehr begrenzte Zahl von Nuklearwaffen verfügen, und sie sollten auch genau darüber Bescheid wissen, wieviel jeweils die andere Seite besitzt. Deshalb sollten wir über die nächsten Schritte sprechen, also über den Prozeß. Es wäre gut, wenn wir uns in dem Zusammenhang über den Begriff des Mindestmaßes verständigen würden, was dann vor allem im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle zu sehen ist.

Bereshkow

Herr Ruhe fragte nach den Ursachen für den unterschiedlichen Lebensstandard in Europa. Dazu gehört etwa die ungleiche Versorgung mit Lebensmitteln, aber auch mit anderen Produkten des täglichen Bedarfs. Es dürfte in der Tat problematisch sein, wenn in dem gemeinsamen Haus sehr unterschiedliche Lebensverhältnisse herrschen.

Herr Ruhe regte in dem Zusammenhang einen breiten Austausch von Menschen in Europa an, die zwischen den verschiedenen Ländern hin und her reisen sollten. Nun, die Reisebestimmungen sind bei uns erheblich erleichtert worden, auch in die kapitalistischen Länder. Um ins Ausland zu fahren, müssen die Leute Rubel in Valuta umtauschen. Aber die Summe reicht meist nicht weit, wenn die Menschen damit alle möglichen Dinge einkaufen, die sie benötigen. Dann verkürzen sich solche Reisen sehr schnell von einigen Wochen auf wenige Tage. Im nächsten Jahr werden die Reisemodalitäten noch weiter vereinfacht, und die Devisenfrage wird sich noch drängender stellen, wenn alle das Zeitlimit von drei Monaten voll ausschöpfen wollen. Das ist also ein durchaus ernstes materielles Problem, das nichts mit Reisebeschränkungen zu tun hat.

Dies ist nicht nur eine Frage, die den Austausch zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern, sondern auch die Situation innerhalb des RGW betrifft. Die Tschechoslowakei und die DDR haben kürzlich erklärt, daß über 100 Artikel aus den beiden Ländern nicht mehr ausgeführt werden dürfen, so daß Touristen damit rechnen müssen, daß ihnen bei der Ausreise Rasierklingen, Zahnpasta und Strumpfhosen wieder abgenommen werden. Das ist natürlich lächerlich, zeigt aber, daß selbst dort Probleme auftreten können, wo der Integrationsprozeß schon weit fortgeschritten ist.

Teltschik

Herr Bahr hat die Ausführungen in beiden Referaten zu Recht als realistisch charakterisiert. Alles andere würde auch wenig bringen. Wenn uns von einigen Teilnehmern nahegelegt wird, wir sollten etwas mutiger sein, dann bin ich dazu jederzeit bereit. Ich scheue mich überhaupt nicht, unkonventionell zu denken. Aber ich halte dem entgegen: Die Praxis ist noch nicht soweit.

Wenn ich etwa an die Vorbereitungen des Moskaubesuchs von Bundeskanzler Kohl denke, dann haben wir uns beispielsweise in einer Frage außerordentlich schwer getan, die nach wie vor sehr kompliziert ist, aber zu unserem Thema gehört, nämlich die Einbeziehung West-Berlins. Wir haben uns um geradezu lächerliche Dinge gestritten, zum Beispiel um Postfachnummern - und das drei Tage vor dem Besuch. Deshalb habe ich einige Probleme, heute große Entwürfe zu entwickeln, wenn wir uns über solche Detailfragen streiten, die alles andere als ein großer Wurf sind. Hier ist von beiden Seiten Mut, Kreativität und Bereitschaft zu unkonventionellen Schritten gefordert.

Herr Bahr hat unsere Thematik auf den treffenden Nenner gebracht, als er sagte: Es gehe jetzt darum, auf der Basis der Spaltung Europas einen Zustand zu schaffen, der die Spaltung eines Tages überwinden hilft. Genau das war in beiden Reden angelegt. Wie können wir mit pragmatischen Schritten eine umfassende Zusammenarbeit entwickeln, die Vertrauen durch konkrete Ergebnisse schafft? Vielleicht müssen wir am Ende feststellen, daß das alles gar nichts Sensationelles ist, sondern daß es dabei um sehr handfeste und konkrete Dinge geht, die aber von Dauer sind. So hat der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau insgesamt sicher keine sensationellen Ergebnisse gebracht; aber es war ein Erfolg, daß beide Seiten in zahlreichen Bereichen bereit waren, zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Dies soll im Prinzip auch beim Gegenbesuch so gehandhabt werden.

Deshalb möchte ich noch einmal unterstreichen, daß Gespräche über Abrüstung und Sicherheit zwar wichtig sind, aber nicht isoliert bleiben dürfen. Natürlich geht es auch nicht nur um politische Gespräche. Vielmehr: Beides gehört zusammen. In der Phase 1982-84 haben wir uns ausschließlich über Raketen unterhalten, was zu überhaupt keinem Ergebnis geführt hat. Das sah völlig anders aus, als die Gipfeldiplomatie in Gang kam. Da waren plötzlich beide Seiten gezwungen - das ist doch geradezu zwangsläufig und gilt für die Supermächte und die kleineren Staaten gleichermaßen;- , sich vorher zu überlegen, was bei einem solchen Gespräch eigentlich herauskommen soll. Der Anlaß selbst zwingt alle Beteiligten zu mehr Kreativität, weil man auch gegenüber der Öffentlichkeit mit einem Ergebnis aufwarten und deutlich machen will, daß man nicht nur Small talk geführt hat.

Bei allen Gipfelbegegnungen haben die beiden Großmächte im Vorfeld versucht, durch konkrete Vorschläge gerade auch im Bereich der Sicherheit und Abrüstung die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und damit auf das mögliche Ergebnis des Gipfels bereits im Vorwege einzuwirken. Das hat Nachteile; es hat aber auch Vorteile. Dies spricht alles dafür, daß der politische Dialog unverzichtbar ist, zumindest ist er Gesprächen über Abrüstung und Sicherheit gleichwertig.

Nur ein Wort zum Thema Marshallplan, das hier angeklungen ist. Wir sind uns sicher einig, daß die gegenwärtigen Reformen in der Sowjetunion und in einigen Warschauer-Pakt-Staaten für die politischen Führungen dieser Länder erhebliche Probleme aufwerfen, die die Stabilität betreffen, was in der Natur von Reformen liegt. Es liegt deshalb sicher im Interesse beider Seiten, enger und intensiver zusammenzuarbeiten und neue Formen für diese Zusammenarbeit zu finden. Hier ist die wirtschaftliche Kooperation zweifellos ein zentraler Faktor. Ich bezweifle aber, daß Ideen wie der

Marshallplan dabei weiterhelfen können; denn wir sehen uns heute einer ganz anderen Ausgangslage gegenüber als nach dem Zweiten Weltkrieg. Hinzu kommt, daß sich die Entwicklung in der Sowjetunion von der in anderen Warschauer-Pakt-Staaten grundlegend unterscheidet. Man muß also bei der Zusammenarbeit differenzieren. Ich würde lieber, wie die Amerikaner sagen, case by case vorgehen. Dabei geht es zum einen um die Bewältigung konkreter Krisensituationen, zum anderen aber kommt es auf eine langfristige Entwicklung der Zusammenarbeit an.

Mathiopoulos

Herr Teltschik hat vorhin die Bemühungen erwähnt, die Westeuropäische Union zu reformieren und zu intensivieren. Spanien und Portugal sind als neue Mitglieder hinzugekommen, und die Türkei, Norwegen und Griechenland haben ihr Interesse ebenfalls angemeldet. Hier zeigt sich ein neues Selbstbewußtsein in Westeuropa, das sich auch in Richtung Binnenmarkt 1992 ausdrückt. Die WEU könnte quasi zu einem zweiten Pfeiler im atlantischen Bündnis ausgebaut werden. Des weiteren ist in diesem Zusammenhang die deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft zu erwähnen, die dieser Entwicklung als Motor dienen könnte und der sich weitere westeuropäische Länder anschließen könnten.

Vor kurzem hat der französische Verteidigungsminister V. Chevennement geäußert, daß man in Frankreich auf lange Sicht durchaus in Erwägung zieht, den Schirm der französischen Nuklearwaffen auch auf die Bundesrepublik auszuweiten. Das sind alles noch unausgelegene Konzepte, die aber durchaus eine gewisse Dynamik entfalten können.

Sagladin

Ich finde die bisherige Diskussion interessant und konstruktiv. Man hätte in der Tat meinen können, daß sich Herr Teltschik und ich abgesprochen haben, weil wir die gleichen Themen angeschnitten haben. Ich sehe darin einen großen Erfolg, daß wir inzwischen gemeinsam Fortschritte erzielt haben, verglichen mit früheren Debatten. Unsere Standpunkte nähern sich immer mehr einander an. Das ist zweifellos ein positiver Prozeß.

Ich halte besonders die internationalen Aspekte der europäischen Situation, die Herr Teltschik dargestellt hat, für sehr wichtig. Da hat sich enorm viel verändert. Die regionalen Fragen bekommen ein immer größeres Gewicht. Es gibt die Beziehungsfelder Ost-West, Nord-Süd, Süd-Süd, zwischen denen sich die Kontakte entwickeln. Hier handelt es sich weniger um eine Art Aufteilung der Welt, sondern vielmehr um den Aufbau und die Organisation weltweiter Beziehungen.

Da bedarf es noch weitergehender Überlegungen, um die bestehenden Widersprüche aufzulösen. Es ist sicher kein Zufall, daß sich die Gruppe der Sieben auch über Nord-Süd-Probleme unterhält. Auch die blockfreien Staaten sprechen darüber, und zwar nicht im Sinne der Konfrontation, sondern im Bemühen um Kompromisse. Das ist eine neue Erscheinung, die deutlich macht, daß es im globalen internationalen Rahmen ein neues Bewußtsein gibt. Auch von Europa gehen viele Impulse auf andere Erdteile aus, die dann wiederum zurückkommen und uns beeinflussen.

Radomir Bogdanow hat gefragt, ob die Übereinstimmung in unseren Referaten zufällig war. Ich glaube nein. Das ist in der Tat das Ergebnis einer langwierigen schwierigen Entwicklung. Natürlich hat jeder seine eigenen Ideen und Gedanken, aber es gibt eine objektive Logik, die uns zwingt, zu ähnlichen Schlußfolgerungen zu gelangen. Das hat sich beim Besuch von Herrn Kohl in Moskau gezeigt und wird auch bei all den anderen Prozessen sichtbar, die wir vor Augen haben. Wir sind in unseren Beziehungen zu den USA, zur Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten an einem Wendepunkt angelangt. Wir haben die Periode hinter uns, in der man nur über Raketen und Militärstrategien miteinander gesprochen hat. Aber wir haben die nächste Etappe noch nicht erreicht. Wir befinden uns in einer Situation des Übergangs. Und mit diesem Umbruch ist praktisch alles verbunden, was wir hier erörtern.

Herr Bogdanow hat dann die Probleme der Abrüstung und die damit zusammenhängenden Fragen auch im Hinblick auf das europäische Haus angesprochen. Ohne Abrüstung, ohne eine Senkung des Rüstungsniveaus wird es weder ein gemeinsames europäisches Haus noch den Übergang zu einer Weltfriedensordnung geben. Auf der anderen Seite kann der Prozeß der Rüstungsreduzierung sicher auch ohne den Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses erfolgen, obwohl dies gefährlich wäre. Erinnern wir uns an die Anfänge der Entspannung, als wir mit den Vereinigten Staaten wichtige Verträge geschlossen haben: SALT I und den ABM-Vertrag. Aber mehr wurde nicht erreicht. Auf die Bereiche der Politik, Wirtschaft, Kultur hatte das keine Auswirkungen. Am Ende ist alles ohne Ergebnis geplatzt. Eine Abrüstung ohne europäisches Haus wäre politisch gesehen wenig produktiv.

Es wäre natürlich ebenso falsch, weiter darauf zu warten, bis man sich in Wien oder anderswo über die Abrüstung verständigt und sich erst dann den anderen Fragen zuwendet. Das sind parallele Prozesse, wie hier richtig gesagt wurde. Man sollte Verfahren und Wege suchen, um alles zu nutzen, was möglich ist.

Das Doppelhaus, von dem Herr Schröder sprach, existiert bereits; das braucht nicht mehr gebaut zu werden. In diesem Doppelhaus jetzt Korridore, Übergänge, verbindende Strukturen zu schaffen, über eben diese Aufgabe sprechen wir hier. Sehen Sie bitte in mir keinen Idealisten oder Phantasten. Dies wird keineswegs ein schneller und leichter Prozeß sein, wenngleich ich der Auffassung bin, daß man viele Dinge rasch tun muß und auch kann, weil es bereits eine Reihe von "Korridoren" gibt, zum Beispiel in der ökologischen Zusammenarbeit. Auf dieser Grundlage müssen wir eine Struktur aufbauen.

Den Vorstellungen von Herrn Bahr kann ich mich durchaus anschließen. Wir brauchen strukturelle Verbindungen zwischen den beiden Doppelhaushälften. Und um das zu erreichen, kann man nicht von einem einzigen Ansatz ausgehen. Vielmehr müssen wir lernen, Kompromisse zu schließen und die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen, wie hier richtig gesagt wurde. Das muß die gemeinsame Grundlage sein. Bei einigen Problemen, etwa beim Umweltschutz, sind Kompromißlösungen kaum möglich. Da bedarf es wirklicher Zusammenarbeit. Das ist eine komplizierte Dialektik zwischen Möglichkeit und Notwendigkeit, zwischen Wollen und Nichtwollen, die sich in der Praxis in konkreten Vorhaben realisieren muß.

Wie geht die Entwicklung in Osteuropa, insbesondere bei uns in der Sowjetunion weiter, ist hier gefragt worden. Herr Weidenfeld sprach von drei Möglichkeiten. Wir haben uns ganz eindeutig für die erste entschieden: den Weg zum Pluralismus und zur Demokratisierung der Gesellschaft. Es geht darum, vielfältige Alternativen bei der Problembewältigung zu diskutieren. Wir wissen, daß dies der schwierigste Weg ist. Zum einen ist ein solcher Weg für jede Gesellschaft schwierig. Zum anderen läuft er unserer Tradition zuwider; bisher wurden bei uns nie Alternativen diskutiert. Das heißt, wir brechen jetzt mit unseren Gewohnheiten. Drittens gibt es im Westen durchaus Kräfte, die unsere schwierige Lage zur Destabilisierung unseres Landes nutzen wollen.

Viertens sind wir natürlich auch von der weltpolitischen Lage abhängig. Das heißt, wir können bei unseren systemimmanenten, inneren Prozessen nicht ignorieren, was in der übrigen Welt vorgeht. Darum ist es für uns lebenswichtig, die Abrüstung zu forcieren, um die Rüstungslast zu verringern. Wenn wir aber die Mittel, die heute für die Militärtechnologien aufgewandt werden, für andere Zwecke einsetzen wollen, muß zuvor die Gesamtsituation verbessert werden.

Und wenn hier von einem Marshallplan die Rede war, dann kann man dazu nur sagen: Erstens gibt es keinen Plan, zweitens gibt es keinen Marshall mehr. Aber das ist nicht das Entscheidende; natürlich brauchen wir eine gewisse Unterstützung. Aber alle Kredite, die wir aufnehmen, machen nur einige wenige Prozente aus von dem, was wir selbst aufwenden, um die Entwicklung voranzutreiben. Das ist auch weniger eine Frage von Größenordnungen, sondern es geht vor allem um die Art der Beziehungen und einen neuen Ansatz zur Kooperation. Und ich muß betonen, daß wir auf seiten der bundesrepublikanischen Wirtschaftskreise auf großes Verständnis für unsere Situation und unsere Probleme gestoßen sind.

Vordringlichstes Problem ist zur Zeit, unsere Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Massenbedarfsartikeln zu versorgen. Dabei produzieren wir fast soviel, wie wir brauchen. Aber auf dem Wege von der Produktion bis zum Verbrauch müssen wir mit 30 bis 50 Prozent Verlusten rechnen. Da brauchen wir Hilfe. Ich wiederhole: Das ist nicht so sehr eine Frage der großen Geldsummen, sondern entscheidend sind die Absichten und Einstellungen. Es geht beispielsweise um die Ausbildung von Managern. Darüber haben wir mit Herrn Körber gesprochen. Es geht um die Atmosphäre und ein gegenseitiges neues Verständnis. Diese Dinge sind mehr wert als alles andere. Vielleicht bin ich da zu idealistisch; aber ich messe der Psychologie in den Beziehungen zu unseren Partnern große Bedeutung bei.

Bowin

Wie Herr Schröder zu meiner Rechten bin auch ich kein Politiker, sondern Journalist. In einem Punkt sind sich beide Professionen vielleicht ähnlich: Sie messen den Worten allzu große Bedeutung bei, besonders wenn es sich um Metaphern handelt. Da heißt es, wir bauen ein gemeinsames europäisches Haus, wir sprechen über das Fundament, das Dach, von Fenstern, Türen und Eingängen. Da wir dieselben Ausdrücke benutzen, erweckt das den Eindruck, daß wir darunter auch das gleiche verstehen. Darin liegt die Gefahr einer gewissen Fehleinschätzung, so als würden wir uns tatsächlich schon weitgehend angenähert haben.

Auch wenn die Ausführungen von Herrn Teltschik und Herrn Sagladin sich in der Wortwahl sehr ähnlich waren, glaube ich nicht, daß sie tatsächlich immer das gleiche gemeint haben. Da gibt es nach wie vor Unterschiede. Wir sollten also im Hinblick auf die gleichen Worte etwas vorsichtig sein. Wenn hier von Abrüstung und Entspannung die Rede ist und die guten Beziehungen zwischen uns hervorgehoben werden, dann hört sich das nach einer Euphorie an, in der man sich gewissermaßen eine Art gegenseitiger Generalamnestie verschafft. Wir sind schon dabei, uns gegenseitig zu schonen und die tatsächlich bestehenden Gegensätze in Watte zu verpacken, um niemanden zu verletzen. Das ist zwar an sich sehr angenehm, steht aber nicht im Einklang mit der herben Realität, die durchaus scharfe Kanten aufweist.

Hier ist viel von Stabilität und Wandel die Rede. Das klingt recht intellektuell. Streicht man das ganze Brimborium einmal ab, dann geht es im Prinzip um die deutsche Frage. Herr Teltschik hat West-Berlin angeführt, ein sehr interessantes Thema. Das Viermächteabkommen, das immer noch keinen rechten Namen hat, wird eines Tages in allen Lehrbüchern des Völkerrechts als ein Beispiel für eine höchst widersprüchliche Vereinbarung stehen. Dieses Dokument besteht im Grunde nur aus Widersprüchen. Das braucht uns indes nicht zu beunruhigen. Wer sich in der Mathematik auskennt, weiß, daß es irrealer Zahlen gibt, die aber für die Lösung bestimmter Aufgaben unerlässlich sind. Im Ergebnis kommen dann irgendwann reale Zahlen heraus. So ähnlich sieht es beim Viermächteabkommen aus. Auch da muß man mit unrealen politischen Zahlen arbeiten, um schließlich eine positive Lösung zu erreichen. Und diese Lösung lautet: Verminderung der Spannungen um Berlin.

Um zur deutschen Frage im weiteren Sinne zurückzukommen: Wenn wir hier vom politischen Status quo sprechen, dann meinen wir damit natürlich die aktuelle politische Lage in diesem Bereich. Würden wir jedoch einen weiteren historisch-philosophischen Ansatz wählen, sieht die Sache ganz anders aus. Da geht es dann um eine unvermeidliche evolutionäre Entwicklung. Und wir sollten in Moskau nicht dauernd zusammenzucken, wenn in Bonn von der deutschen Frage oder von der Einheit der deutschen Nation gesprochen wird. Ich hoffe, wir werden eines Tages diese Reife erlangen.

Es ist völlig klar, daß die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Koordinaten es nicht erlauben, kurzfristig die deutsche Frage zu lösen und die Spaltung in Europa zu überwinden. Aber die Formel von Egon Bahr ist mir sympathisch: Auf der Grundlage der Spaltung auf einen Zustand in Europa hinzuwirken suchen, in dem die Spaltung überwindbar wird. Genau darum geht es meiner Ansicht nach. Das heißt, wir müssen lernen, mit der Spaltung zu leben und gleichzeitig zusammenarbeiten. Sicher kommt eines Tages die Zeit - nennen wir sie N₂ -, in der wir die Spaltung tatsächlich überwunden haben werden.

Das führt mich zu einer noch generelleren Frage, die wir im Augenblick auch voneinander zu verschleiern suchen und die das Verhältnis von Sozialismus und Kapitalismus betrifft. Nach der klassischen Lehre bei uns stellt der Sozialismus eine höhere Zivilisationsstufe dar als der Kapitalismus. Danach wird es den Kapitalismus früher oder später nicht mehr geben, und am Ende bleibt nur noch der Sozialismus übrig. Dazu braucht man keinen Krieg, sondern ausschließlich Zeit. Demgegenüber wird im Westen die Ansicht vertreten, der Sozialismus werde sich allmählich überholen, und am Ende gebe es dann einen normalen liberalen Kapitalismus und alles habe seine Ordnung.

Natürlich werden nach wie vor solche entgegengesetzten Positionen vertreten. Die Frage ist, ob man sie überwinden kann oder ob wir unser gemeinsames europäisches Haus auf ein politisches Fundament aus unrealen Elementen aufbauen müssen. Das ist schwer zu beantworten, aber wir kommen um eine Antwort nicht herum.

Man könnte sich theoretisch auch eine andere Variante vorstellen, nämlich eine Art Konvergenz der Systeme. Denn die Veränderungen, die zur Zeit im Sozialismus stattfinden, bedeuten einen grundlegenden Wandel. Und wenn man sich dazu die fundamentalen Veränderungen ansieht, die der Kapitalismus in der Nachkriegsperiode erlebt hat, dann kann man theoretisch durchaus gewisse Momente der Konvergenz zwischen beiden Systemen feststellen. Damit würde dann die ganze Spaltungsproblematik einen völlig anderen Charakter erhalten. Aber das ist, wie gesagt, eine sehr abstrakte Überlegung, die in einem rein politischen Gespräch wenig zu suchen hat. Da wir hier jedoch keine Diplomaten sind, sondern als Wissenschaftler oder Journalisten die Probleme lediglich erörtern, ohne sie zu lösen, können derartige prinzipielle Erwägungen durchaus sinnvoll sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine gewisse Akzentverschiebung hinweisen. Sie werden sich noch an die 70er Jahre erinnern, als die KSZE-Konferenz in Helsinki vorbereitet wurde. Wir sollten nicht vergessen, daß wir damals bereits begonnen haben, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen. Die größten Schwierigkeiten gab es seinerzeit mit Korb 3, bei den humanitären,

ideologischen und weltanschaulichen Fragen. Am einfachsten war es mit Korb 2 im Hinblick auf die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fragen.

Wie sehen die Dinge heute aus? Hier hat eine völlige Verkehrung stattgefunden. Über Korb 3 wird kaum noch gesprochen. Aufgrund der Veränderungen, die zur Zeit bei uns in der Sowjetunion stattfinden und die sich meiner Überzeugung nach in Zukunft noch verstärken werden, verlieren die Gegensätze, die in Korb 3 enthalten waren, immer mehr an Bedeutung. Das, was uns auf humanitärem Gebiet trennt, beginnt sich immer mehr zu verwischen. Diesen Fortschritt kann man nur begrüßen. Er steht im Einklang mit einer der wichtigsten Tendenzen der weltweiten modernen Entwicklung, nämlich hin zur Demokratisierung. Diese Tendenz stellen wir überall auf der Welt fest, im Süden, im Norden, im Osten und im Westen.

Dagegen zeigen sich plötzlich in Korb 2, im wirtschaftlichen Bereich, wachsende Schwierigkeiten. Wenn wir nämlich an die konkrete Zusammenarbeit herangehen, stellen wir beispielsweise fest, wie schwer es ist, die Integrationsprozesse, die im Rahmen des westeuropäischen Gemeinsamen Marktes stattfinden, mit der bürokratischen Integration im RGW unter einen Hut zu bringen. Wir können natürlich Vereinbarungen treffen und Papiere unterschreiben. Aber damit bringen wir die beiden Strukturen noch nicht in Einklang, die nahezu unüberwindliche Unterschiede aufweisen.

Der Bau eines zivilisierten europäischen Hauses kann auch ohne die erfolgreiche Durchführung der Reformen in unserem Lande nicht gelingen. Dabei kommt es zunächst darauf an, daß wir die Effizienz unserer Wirtschaft erhöhen. Erst auf dieser Basis öffnen sich größere Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Vertrauensbildung als Voraussetzungen für dieses europäische Haus, in dem wir alle irgendwann einmal gemeinsam leben wollen.

Natürlich spielen dafür ebenso die militärischen Aspekte eine Rolle, auch wenn sie zur Zeit gegenüber den Wirtschafts- oder humanitären Fragen etwas von ihrer Bedeutung verloren haben. Wir sollten uns in dieser Hinsicht aber nichts vormachen. Sicher, die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges ist gegenwärtig gleich Null; und auch die Wahrscheinlichkeit eines "zufälligen" Krieges ist nicht viel höher einzuschätzen. Das verdeutlicht den Stellenwert der Verhandlungen über atomare Abrüstung. Wir reden darüber mehr als über alle anderen Themen. Am schwierigsten sind gegenwärtig offenbar die Verhandlungen, die wir Europäer miteinander zu führen haben, nämlich über die konventionelle Abrüstung. Hier sind die Probleme am kompliziertesten miteinander verflochten.

Dabei zeigen sich einige besorgniserregende Momente. Einerseits rückt der Zeitpunkt für die Aufnahme der Verhandlungen glücklicherweise näher. Andererseits erleben wir aber die Bemühungen unserer westlichen Partner, um jeden Preis die Modernisierung der atomaren Gefechtsfeldwaffen voranzutreiben, als Kompensation für die Reduzierung der konventionellen Bewaffnung. Auf jeden Fall ist das eine beunruhigende Entwicklung.

Ein anderer ernsthafter Tatbestand ist: Unsere amerikanischen Freunde versuchen, einen Atomkrieg auf jeden Fall zu vermeiden, sind aber gleichzeitig dabei, eine weitreichende Strategie zu entwickeln, die der konventionellen Rüstung den Vorrang gibt. Es handelt sich hier um eine hochmoderne Rüstungstechnologie, mit deren Hilfe ein länger andauernder Krieg geführt werden könnte. Wenn wir uns Ausarbeitungen der Amerikaner ansehen, sowohl die theoretischen Überlegungen als auch das Material, das sich bereits im Pentagon befindet, dann stellen wir fest, daß sich damit zur Zeit die fähigsten amerikanischen Köpfe in den zuständigen Organisationen beschäftigen. Einstweilen mag das alles noch reine Theorie sein und vorzugsweise in wissenschaftlichen Referaten stehen. Aber es gibt die Perspektive eines erneuten Rüstungswettlaufs, der uns wiederum in eine Sackgasse führen muß. Meiner Meinung nach gibt es keine Möglichkeit, dieser neuen Entwicklung zu entrinnen, wenn wir uns nicht auf das Einfrieren der konventionellen Waffen einigen.

Zweifellos kann auch die gegenwärtige Position der Sowjetunion nicht gerade Sympathien bei unseren westlichen Partnern wecken. Das sehen wir sehr wohl ein. Wir stehen hier vor zwei Schwierigkeiten. Zum einen müssen wir die Strategie der nichtoffensiven Verteidigung, die es bisher nur als Absichtserklärung gibt, in die Praxis umsetzen. Das wird ein langwieriger Prozeß sein. Wir müssen Statuten neu fassen und die Ausbildung der Truppen revidieren. Hinzu kommt eine ganze Reihe von weiteren konkreten Veränderungen, die einige Zeit benötigen. Hier stehen wir noch in den ersten Anfängen. Das löst bei unseren westlichen Partnern Unbehagen aus, die uns vorwerfen, ständig von einer neuen Strategie zu sprechen, die es aber in Wirklichkeit noch gar nicht gibt. Das ist auch gar nicht möglich; aber wir arbeiten daran.

Der zweite Punkt betrifft die Asymmetrie. In unserer Fachliteratur gibt es heute Überlegungen, die das militärische Kräfteverhältnis in Europa betreffen und einseitige Abrüstungsschritte auf unserer Seite für nützlich halten. Allerdings werden solche Ansichten noch nicht breit diskutiert. An sich wären solche

Schritte durchaus möglich und auch politisch sinnvoll. Die Schwierigkeiten liegen da weniger beim Generalstab oder beim Verteidigungsministerium, sondern vor allem bei unserer öffentlichen Meinung. Nach Abschluß des INF-Vertrages mit den USA über die Kurz- und Mittelstreckenraketen, der uns verpflichtet, mehr Raketen als die Amerikaner abzubauen, haben wir in meiner Zeitung eine Flut von Leserbriefen erhalten, in denen dagegen protestiert wurde. Wir haben im Fernsehen und in den Zeitungen die Zusammenhänge zu erklären versucht, dennoch war die öffentliche Meinung in unserem Lande besorgt.

Bei solchen einseitigen Schritten ist es also weniger die militärische oder die politische Elite, die Schwierigkeiten bereitet. Aber wir müssen auch die Meinung des einfachen Sowjetbürgers respektieren. Natürlich muß man schrittweise vorgehen. Wir stehen in unserem Lande vor einer großen Militärreform, die helfen kann, einen wesentlichen Teil dieser Probleme zu lösen. Das kann jedoch nur auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit geschehen, wenn wir ein schönes gemütliches europäisches Haus bauen wollen.

Stürmer

Wenn Herr Schröder vom europäischen Haus als von einer Immobilie spricht, dann frage ich mich, ob dieser Begriff die gegenwärtige Ost-West-Lage zutreffend bezeichnet. Diese Lage ist doch durch jene politische Dynamik gekennzeichnet, die Herr Teltschik hier dargelegt hat. Man könnte dem die Kategorie dramatischer technologischer Aufbrüche hinzufügen. Das betrifft nicht nur den gesamten Bereich des Militärischen, sondern zum Beispiel auch die Gentechnologie, die ja in der Bundesrepublik, ähnlich wie die Kernenergie, in den Mittelpunkt der inneren Auseinandersetzungen rückt. Wir stehen mitten in Umbrüchen, die in vielen Bereichen politisch gar nicht steuerbar sind, und diese Konfiguration - steuerlose Dynamik - gilt für die Sowjetunion teilweise noch stärker als für uns.

Diese Dynamik sollten wir nicht mit der Metapher des Hauses zudecken, die eine Stabilität unterstellt, von der doch in Wahrheit nicht die Rede sein kann. Wir müssen vielmehr darüber nachdenken, wie wir diese Prozesse, die zum Teil von tiefen Widersprüchen geprägt sind, zwischen Ost und West gemeinsam analysieren und bis zu einem gewissen Grade miteinander abstimmen können.

Nehmen Sie zuerst die wachsende wirtschaftliche Dynamik Westeuropas. In der Bundesrepublik sprechen wir jetzt immer von 1992 und meinen genaugenommen den 1. Januar 1993. Darüber hinaus geht unsere Phantasie kaum. Wir brauchen aber längerfristige Perspektiven; denn die Entwicklung hört ja mit diesem Zeitpunkt nicht auf. Diese Dynamik setzt aber nicht nur die Phantasie der Türken oder der Österreicher in Bewegung, sondern natürlich auch die der Ungarn, der Menschen in der DDR, der Polen und sicher genauso der Bevölkerung der Sowjetunion. Welche Antworten geben wir darauf?

Während Glasnost in der Sowjetunion offensichtlich eine starke positive Dynamik entwickelt, hat sich die wirtschaftliche Lage nach allem, was man erfährt, in mancher Hinsicht verschlechtert; jedenfalls gibt es außerordentliche, langandauernde Umstellungsschwierigkeiten. Andere dynamische Entwicklungen in der Sowjetunion hängen etwa mit den Glaubens- und Nationalitätenfragen in den südlichen Republiken zusammen und mit der Frage der Weiterentwicklung der Verfassung.

Wenn Herr Sagladin beispielsweise von "freier Wahl" spricht, dann verbirgt sich hinter diesem Verfassungselement natürlich eine Dynamik, welche die Sowjetunion, wenn man es ernst meint, eines Tages vor die Frage stellen wird, wie sie sich von einem Imperium zu einem Commonwealth wandelt. Und der Westen hat zu fragen, wie er sich angesichts solcher Veränderungen verhalten soll. Nutzen wir hier jeden kleinen taktischen Vorteil und verspielen damit vielleicht die Chance einer weltweiten vernünftigen Stabilisierung? Oder orientieren wir uns an übergreifenden Interessen, um der Sowjetunion diesen Wandel, der an und für sich schon schwierig und gefährlich genug sein wird, nicht zusätzlich zu erschweren, damit die Stabilität, an der wir existentiell interessiert sind, nicht gefährdet wird.

Herr Bahr hat seinerzeit von "Wandel durch Annäherung" gesprochen. Dieser Wandel findet heute unaufhaltsam statt. Auch aus der Sowjetunion hören wir, daß es gar keine Alternative zum Wandel gibt. Es kommt also darauf an, ihn in einen Stabilitätsrahmen einzubetten, obwohl, wie Herr Bowin deutlich macht, der Wandel viele der vorhandenen Gegensätze und Widersprüche aktiviert und auch zur Vorteilsnahme verleitet.

Wir müssen somit über Stabilität des Wandels oder Wandel der Stabilität nachdenken, und wir können das nicht allein durch Rekurs auf jene Stabilität tun, die der kalte Krieg in Europa etablierte. Bei allen Nachteilen hatte der kalte Krieg jedenfalls den einen Vorteil, daß er viele Dinge, so schmerzlich sie sein mochten - man denke an die Berlin-Situation und an die deutsche Teilung;-, berechenbar

gemacht hat. Diese Berechenbarkeit geht mit dem Wandel bis zu einem gewissen Grade verloren und muß durch politische Vernunft ersetzt werden, eine Anstrengung, die nur von beiden Seiten im Dialog der Politik geleistet werden kann.

Unabhängig von 1992 und auch unabhängig von den kurzfristigen Zielen der Perestroika, müssen wir darüber nachdenken, wie man an der schwierigsten Stelle in Europa, die bisher zugleich die stabilste Stelle im Ost-West-Konflikt war, die Stabilitätselemente erhält, ohne den Wandel zu verhindern. Dafür sollte man einige Grundregeln aufstellen, und ich entnahm dem Referat von Herrn Sagladin mit Befriedigung, daß hier auch auf seilen der Sowjetunion positive Wandlungen sich andeuten.

Dabei halte ich für besonders wichtig, daß die Sowjetunion Wandel nicht generell als bedrohlich ansieht, sondern als Tatsache. Ob es tatsächlich zu einer freien Wahl kommen wird, steht natürlich dahin. Auf jeden Fall wird dies aber ein sehr schmerzlicher Prozeß, der viel Mut und Kaltblütigkeit erfordert und von unserer Seite auch einiges an Selbstdisziplin und Weitsichtigkeit verlangt.

Welches sind die Ordnungsfaktoren, die bisher die Grundlage der Stabilität in Europa aufrechterhalten haben? Das ist zum einen natürlich die Präsenz der Nordamerikaner. Auch daran wird der Wandel nicht vorübergehen. Aber ich meine, die USA werden schon aus übergeordneten Stabilitätsinteressen ihre Rolle in Europa weiter wahrnehmen und wahrnehmen müssen. Man sollte auch der Sowjetunion immer wieder klarmachen, daß es nicht um Duldung geht, sondern daß die Präsenz der USA und Kanadas in Europa positiv als Stabilitätsfaktor zu sehen ist. Ich glaube nicht, daß die friedliche Regelung von Konflikten nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa ohne die Amerikaner erreicht worden wäre. Ich denke nur an das deutsch-französische Verhältnis in den fünfziger Jahren. Ohne die Geburtshilfe der Amerikaner hätte wohl alle Größe von Schuman, Monnet oder Adenauer nicht ausgereicht.

Zweitens: Wie kann man jene Stabilität, die die nuklearen Waffen bewirkt haben, erhalten, und gleichzeitig den Umfang dieser Arsenale auf ein vernünftiges Maß reduzieren? Auch dazu hat Herr Sagladin einige Hinweise gegeben, über die nachzudenken ist. Wir können unsere Sicherheit ja nicht der Utopie vom ewigen Frieden anvertrauen. Die Lösung dieses Problems aber ist nicht in erster, sondern in letzter Instanz eine technische Frage. Entscheidend sind zuerst die politischen und die moralischen Aspekte. Die unoriginelle Verteufelung nuklearer Waffen hilft uns hier nicht weiter. Statt dessen sollten wir ihre ganze Ambivalenz von Stabilitätselement und Vernichtungsdrohung gemeinsam durchdenken.

Schließlich drittens, müßte man sich, ohne daß da formale Übereinkünfte möglich sind, immer wieder darauf verständigen, zugunsten des Wandels Verzicht auf beiden Seiten zu üben. Auf östlicher Seite heißt das beispielsweise Verzicht auf Intervention. Nun kann man ja ohnehin in der Sowjetunion überall hören, daß die Breschnew-Doktrin tot sei und nicht mehr angewandt werden könne. Wenn das aber so ist, dann müßte man auch den Sinn von übergroßen Militärpräsenzen in Osteuropa überprüfen.

Auch auf westlicher Seite sollte man etwas anbieten. Man mag sich zum Beispiel fragen, ob in der Menschenrechtsfrage große öffentliche Rhetorik hilfreicher ist als stille Diplomatie. Um noch einen Schritt weiter zu gehen: Beide Seiten sollten sich fragen, ob man nicht zu einer Art Agreement kommen könnte, auf Versuche zu verzichten, von Schwächen, die die andere Seite zeigt - und da wird es auch in Zukunft hinreichend Ansatzpunkte geben;- , zu profitieren und sich statt dessen gemeinsam an einem übergeordneten langfristigen Rahmen des Wandels und der Interdependenz zu orientieren.

Hier könnte sich als hilfreich erweisen, gewisse Instrumente, die in der Deutschlandpolitik erprobt sind - bei aller Widersprüchlichkeit;- , in das Ost-West-Verhältnis generell einzubauen. Ich denke zum Beispiel an das Prinzip, daß Grenzen unverletzbar, aber überbaubar sind. Das heißt, die Grenze selbst wird nicht in Frage gestellt, wohl aber ihre Natur und Qualität. Ein solches neues Denken würde sicher nicht nur der Sowjetunion, sondern auch dem Westen einige Anstrengungen abverlangen.

Erst dann wird es möglich sein, sich auch bei weiteren Aufgaben zusammenzufinden, die uns ebenso trennen wie verbinden können. Wir gehen immer davon aus, die Umweltsorge würde uns zusammenführen. Das ist eine rührende Vorstellung. Nichts spricht dafür; ganz im Gegenteil, es ist eher wahrscheinlich, daß wir da gegeneinanderstehen und es viel Anstrengung kosten wird, dieses Gegeneinander zu meistern. Dieselbe rührende Vorstellung will, daß gemeinsamer Hunger alle Menschen zu Brüdern macht. Jede historische Erfahrung spricht dagegen. Umwelt-, Biotechnologie-, Energiefragen, auf all diesen Gebieten, so hören wir aus Bonn und Moskau, gehe es um die Überwindung gemeinsamer Sorgen. Aber darin stecken Probleme, die uns sehr wohl entzweien können. Hier ist also viel an übergreifender Vernunft nötig, um Grundlagen eines Minimalvertrauens zu schaffen. Ist das erst geschaffen, werden die militärischen Fragen leichter lösbar.

Vertrauen ist ohne Stabilität nicht denkbar. Dazu gehört auf dem Rüstungssektor auch die Erkenntnis - jenseits aller Rüstungskontrolle und geänderten Militärstrategie;- , daß die Waffen nicht die Ursache der Konflikte, sondern ihr Ausdruck sind. Deshalb müssen wir immer auch nach den Ursachen fragen. Auf Rüstungskontrolle allein läßt sich so wenig wie auf Rüstung eine internationale Ordnung bauen. Es gründlicher anzufangen, dafür sind heute in der Sowjetunion die Voraussetzungen dramatisch verbessert. Das sollte man im Westen anerkennen und unterstützen. Aber bestimmte schmerzliche Entscheidungen, so die zwischen Butter und Kanonen, kann man und darf man der Sowjetunion nicht ersparen.

Conrad

Herr Bowin hat vorhin mit erfreulicher Deutlichkeit gesagt, wenn man das ganze Brimborium einmal abstreife, gehe es im Prinzip um die deutsche Frage. Natürlich sehen zumindest die Menschen in unserem Lande Überlegungen wie die zum europäischen Haus ganz wesentlich unter dem Aspekt der Überwindung der Spaltung. Die Formel von Herrn Bahr, auf der Basis des Status quo einen Zustand herbeizuführen, in dem die Spaltung Europas - und das heißt dann ja auch die Spaltung Deutschlands überwunden werden kann, wird gerade in Deutschland gut verstanden. Dabei stimme ich Herrn Ruhe zu, daß es uns weniger auf das Produkt - europäisches Haus - als vielmehr auf den Prozeß des Bauens, also des Zusammenlebens ankommen sollte.

In diesem Prozeß muß sicher auch Berlin eine besondere Rolle spielen. Herr Bowin meinte, das Viermächteabkommen sei ein besonders widersprüchliches Dokument. Ich glaube, das Abkommen selbst ist gar nicht so widersprüchlich. Aber der Westen und der Osten legen dieses Dokument sehr unterschiedlich aus, und daraus entsteht dann der Widerspruch. Doch unabhängig von solchen Widersprüchen sollte man sich darüber einig sein, daß Berlin, und zwar West- und Ost-Berlin, in den Prozeß der Zusammenarbeit sowohl auf der bilateralen deutsch-sowjetischen Ebene als auch im europäischen Gesamtzusammenhang voll mit einbezogen werden muß. An Berlin ließe sich die Annäherung zwischen Ost und West besonders gut demonstrieren. Warum nicht über die Sektorengrenze hinweg zum Beispiel Tagungen, europäische Veranstaltungen und ähnliches abhalten? Da sollte man nicht immer an irgendwelchen Kleinlichkeiten festhalten, wie sie Herr Teltchik erwähnt hat.

Die Konzentration auf den Prozeß würde sicher auch die Diskussion um Abrüstungs- und Rüstungskontrollprobleme erleichtern. Das wird besonders bei der von Herrn Sagladin erwähnten Kompromißalternative deutlich. Wenn wir davon ausgehen, daß nicht auf einmal sämtliche Atomwaffen beseitigt werden können und man ein Mindestmaß anstrebt, dann kann dies in einem Stufenprozeß vor sich gehen. Auf diese Weise könnte man den ganzen Sachverhalt gewissermaßen entdämonisieren.

Das gilt auch für den Begriff der Modernisierung. Bei nüchterner Betrachtung geht es hier im Grunde um eine Gesamtkonzeption, um festzustellen, was im Rahmen einer reduzierten Bewaffnung in Zukunft noch notwendig ist. Daß diese auf ein Mindestmaß zurückgeführten Waffen dann auf dem modernsten Stand gehalten werden müssen, ist eigentlich selbstverständlich und bedarf keiner großen Aufregungen. Mit anderen Worten: Hier handelt es sich nicht um einen isolierten Vorgang, sondern um einen Bestandteil eines umfassenden Prozesses.

Im Rahmen dieses Prozesses wird es dann auch darum gehen, wie Herr Stürmer gesagt hat, die Grenzen nicht nur unverletzbar zu lassen, sondern überbaubar zu machen. Dazu gehört zweifellos ein erheblicher Ausbau des Informations- und Nachrichtenaustausches. Das steht zwar schon alles in der KSZE-Schlußakte, aber in der Praxis funktioniert es bisher noch nicht so recht. Deshalb begrüße ich die Nachricht, daß die Deutsche Welle in der Sowjetunion nicht mehr gestört wird, was übrigens in anderen Ländern des Warschauer Pakts immer noch der Fall ist. Ich meine, mit solchen Dingen sollte man in Zukunft ganz aufhören. Des weiteren befürworte ich einen sehr viel stärkeren Zeitungsaustausch. Daß es jetzt eine deutsche Ausgabe der Prawda bei uns gibt, finde ich erfreulich. Das ist inzwischen eine sehr interessante Lektüre geworden. Aber man sollte auch unsere Zeitungen bei Ihnen mehr anbieten.

Der gegenseitige Informationsaustausch dient dem Prozeß der Vertrauensbildung. Daß sich dabei jetzt auch zwischen den sozialistischen Ländern - nämlich zwischen der Sowjetunion und der DDR - Probleme ergeben, zeigt, daß es sich hierbei um eine sehr generelle Fragestellung handelt. Auch da dürfte die Lösung nur in einem Prozeß zu erreichen sein, dessen Fortgang auf dem Wege zu einem europäischen Haus von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Mathiopoulos

Herr Schröder hat vorhin offen ausgesprochen, was vielleicht einige in diesem Saal auch denken, was aber gewiß unsere westlichen Partner, ob Amerikaner, Franzosen oder Engländer, beschäftigt, nämlich die Tatsache, daß das deutsche Interesse, und zwar auf beiden Seiten, an dem Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses aufgrund der Teilung besonders groß ist. Von daher ist auch verständlich, daß man sich von einer solchen Idee kurzfristig Linderung und langfristig gar die Überwindung dieser Teilung verspricht. Wenn man die deutsch-sowjetischen Beziehungen, wie es hier anklang, jedoch zu einem Motor für den Bau dieses gemeinsamen europäischen Hauses ausweiten will, dürfte das unsere westlichen Freunde in Europa und in den USA dieser Idee gegenüber noch skeptischer stimmen, als sie es bereits sind.

Herr Sagladin und auch Herr Teltshik haben in ihren Referaten eine Reihe konkreter Ausführungen zur Verbesserung der West-Ost-Kooperation auf allen Ebenen gemacht. Die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses läßt aber auch andere Interpretationen zu, die sie etwa als Teil der neuen Innen- und Außenpolitik Gorbatschows ausweist.

Erstens: Im Westen wird gemutmaßt, daß die Sowjetunion in der Außenpolitik eine doppelte Entspannungsoffensive ins Auge faßt. Dabei geht es zum einen um eine Annäherung an Asien. Ich denke beispielsweise an den kürzlichen Besuch des chinesischen Außenministers in Moskau, aber auch an den bevorstehenden Besuch von Außenminister Schewardnadse in Tokio und an viele andere Initiativen. Zum anderen versucht die Sowjetunion eine Annäherung an Westeuropa. Dem dient die lyrische Metapher, wie Herr Weidenfeld es genannt hat, des gemeinsamen europäischen Hauses. Auf diese Weise sollen zugleich die USA veranlaßt werden, ihre Rolle in Europa und in Asien neu zu definieren, um es vorsichtig auszudrücken.

Zweitens: Eine andere Interpretation besagt, daß mit der Idee des gemeinsamen europäischen Hauses auf die innenpolitische Entwicklung Einfluß genommen werden soll, indem man versucht, die europäischen Elemente gegenüber den asiatischen Elementen in der Sowjetunion zu stärken. Man könnte hier sozusagen von einer Europäisierung der Sowjetunion sprechen. Herr Sagladin hat selbst gesagt: "Wir sind Europäer und Asiaten." Möglicherweise kann der russische Vielvölkerstaat mit der Stärkung des europäischen Elementes besser zusammengehalten werden.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang ein bezeichnendes Zitat aus Gorbatschows "Perestroika"-Buch anführen. Da heißt es: "Wir sind Europäer. Das alte Rußland war durch das Christentum mit Europa verbunden, und die Tausendjahrfeier seiner Verbreitung im Land unserer Vorfahren wird das nächste Jahr kennzeichnen." Und Gorbatschow fährt fort: "Die Geschichte Rußlands ist ein elementarer Bestandteil der großen Geschichte Europas. Die Russen, Ukrainer, Weißrussen, Moldauer, Litauer, Letten, Esten, Karelrier und andere Volksstämme unseres Landes haben in beträchtlichem Maße zur Entwicklung der europäischen Kultur beigetragen. Deshalb betrachten sie sich zu Recht als deren rechtmäßige Erben."

Vielleicht ist diese innenpolitische Offensive auch ein Versuch, ein Stück russischsowjetischer und damit europäischer Identität zu stiften, was die Annäherung an Westeuropa erleichtern würde und das Verhältnis zu Osteuropa festigen könnte.

Drittens: Einer weiteren Interpretation zufolge hat die Idee des europäischen Hauses, gekoppelt mit dem Reformprogramm, das seinen Ausdruck in Glasnost und Perestroika findet, nicht nur in der Sowjetunion, sondern in ganz Osteuropa zu einem beträchtlichen Wandel geführt. Herr Sagladin sprach die Beispiele Ungarn und Polen an, wo sich eigenständige nationale Entwicklungen vollziehen. Dieser Prozeß werde von der Sowjetunion begrüßt. Dieser Prozeß, der die unterschiedlichen nationalen Interessen stärker betont, wird vielleicht auch in Osteuropa zu einer Dynamik führen, die die Reformen auf allen Ebenen unterstützt. Ich war vor einigen Tagen in Ungarn. Der Eindruck, den ich dort gewonnen habe, bestätigt die These von Herrn Sagladin in bezug auf den intensiven Ausbau des nationalen Charakters und der nationalen Interessen.

Viertens schließlich könnte sich von westeuropäischer und auch von amerikanischer Seite die Frage stellen, ob der KSZE-Prozeß als Motor intensiver West-Ost-Kooperation in allen drei Körben nicht bereits die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausschöpft. Bisher galt die Schlußakte von Helsinki zum einen als die Charta der europäischen Nachkriegsordnung; zum anderen wurde sie in der konsequenten Implementierung der Prinzipien der drei Körbe als der einzige realistische Prozeß zur Überwindung der Teilung Europas angesehen. Zum dritten wurde die Schlußakte so verstanden, daß sie eine gemeinsame und kohärente westliche Ostpolitik ermöglicht. Der Weg zur KSZE-Schlußakte wurde Anfang der 70er Jahre durch die Ostverträge der sozial-liberalen Koalition gebahnt. In diesem Sinne erfüllt der KSZE-Prozeß gewissermaßen die klassische außenpolitische Bahr-Maxime der Ära Brandt "Wandel durch Annäherung".

Hier stellt sich jetzt die Frage: Bedeutet die Idee zum Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses eigentlich etwas anderes als die intensive Fortführung des KSZE-Prozesses? Wenn das nicht der Fall ist, braucht man keinen neuen Namen und auch keine lyrischen Metaphern. Wenn ja, gibt es auf sowjetischer Seite vielleicht Befürchtungen, daß etwa durch 1992 und die verstärkten Bemühungen, der WEU zu neuen verteidigungspolitischen Profil zu verhelfen, Westeuropa immer enger zusammenwächst und die Kooperation mit dem Osten nicht so ertragreich sein könnte, wie man sich das wünscht. Also, wo liegen die Unterschiede zwischen der KSZE und dem europäischen Haus, wenn es denn welche gibt?

Bowin

KSZE und europäisches Haus sind nach meiner Vorstellung zwei Stadien des gleichen Prozesses. Das, was in den siebziger Jahren begonnen hat, wird heute fortgesetzt. Ich sehe da keine prinzipiellen Unterschiede.

Karaganow

Ich stimme zu, daß es sich um zwei Stadien des gleichen Prozesses handelt. Aber während die KSZE damals wie heute auf eine allmähliche Verbesserung des Status quo gerichtet ist, zielt die Konzeption des gemeinsamen europäischen Hauses darauf ab, diesen Nachkriegs-Status-quo grundlegend zu verändern, mit anderen Worten, die Spaltung zu überwinden. Dafür ist es nötig, den KSZE-Prozeß zu modifizieren. Natürlich muß man darauf aufbauen; aber es geht darum, dem ganzen Prozeß der Annäherung zwischen Ost und West eine neue Qualität zu geben.

Schulze

Vor einem Jahr auf dem Bergedorfer Gesprächskreis in Budapest haben wir eine ganze Stunde darüber diskutiert, ob man der Sowjetunion und den dort stattfindenden Entwicklungen tatsächlich trauen könne. Diese Frage spielt in unserem heutigen Gespräch kaum noch eine Rolle. Hier hat tatsächlich ein neues Denken eingesetzt, das uns für unser zukünftiges Zusammenleben die größten Chancen eröffnet. Besonders erfreulich sind die vielen neuen Denkansätze bei unseren sowjetischen Kollegen. Es ist noch gar nicht so lange her, da klang das alles noch ganz anders.

Zum Thema Verzicht auf Kernwaffen: Wir sind sicher im Prinzip alle dafür. Aber wenn die beiden Großmächte und die Europäer vollständig auf Kernwaffen verzichten würden, was ist dann eigentlich mit den anderen zehn, zwölf Nationen, die schon heute über Kernwaffen verfügen, Südafrika etwa oder Israel, Indien, Pakistan; möglicherweise besitzt demnächst auch Herr Ghadafi solche Waffen. Wie gehen wir damit um? Ich habe früher immer angenommen, die beiden Großen würden sich gerade in der Frage zusammenfinden, wie sie gemeinsam die Proliferation verhindern könnten.

Zum Thema europäischer Binnenmarkt: Hier ist ein gewisses Mißtrauen von sowjetischer Seite sicherlich verständlich. Noch größer ist in dieser Hinsicht allerdings das Unbehagen der Amerikaner, die in Westeuropa eine zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Macht sehen. Hinzu kommt, daß die USA nunmehr mit dem Gedanken eines europäischen Hauses konfrontiert werden, in das die Sowjets mit einziehen möchten, sicher kein sehr erhebendes Gefühl für die Amerikaner.

Deshalb halte ich die Frage von Frau Mathiopoulos für berechtigt, ob das europäische Haus eigentlich etwas anderes sein kann als der KSZE-Prozeß. In vieler Hinsicht sprechen wir heute vom global village, der one world. Da ist es schwer verständlich, warum wir dem europäischen Haus eigentlich solche Aufmerksamkeit zuwenden sollten. Warum befassen wir uns nicht von vornherein mit den globalen Prozessen? Diese europäischen Abgrenzungen können doch nur Mißtrauen erzeugen.

Wenn sich Gruppen oder Völker zusammenschließen, dann tun sie dies in aller Regel aus zwei Gründen. Entweder um einer gemeinsamen Bedrohung zu begegnen - die ist im Augenblick nicht erkennbar;-, oder weil man gegenseitige Vorteile erkennt. Und hier ist ja eine Reihe solcher Vorteile genannt worden. Dazu gehört erstens die gemeinsame Bekämpfung der Umweltgefahr; da könnte ich mir, im Gegensatz zu Herrn Stürmer, doch eine Zusammenarbeit vorstellen. Zweitens eine völkerrechtliche Verbindlichkeit der KSZE-Schlußakte. Drittens die immer stärkere wirtschaftliche Verflechtung, die die Menschen friedlich miteinander verbindet. Viertens gemeinsame Interessen in der Abrüstungsfrage. Fünftens gegenseitige Information, die die Vertrauensbildung erleichtert. Schließlich noch, sechstens, vielleicht eine Art gemeinsames Krisenmanagement, obwohl das auch wieder die Gefahr des Mißtrauens birgt.

Große Möglichkeiten sehe ich im Kommunikationsbereich mit Hilfe von Satelliten, ein Bereich, auf dem die Amerikaner seit Jahren große Anstrengungen unternehmen. Hier sind ohne Schwierigkeiten

Grenzen zu überschreiten und weltweit Informationen und Kenntnisse über Länder und Menschen zu vermitteln. Ich habe immer ein gesamtwesteuropäisches Fernsehen befürwortet, das in verschiedenen Sprachen gleichzeitig ausgestrahlt wird, technisch heute überhaupt kein Problem. Die Resonanz auf solche Fernsehbrücken - wir haben derartige Sendungen ja gemacht - ist beim Publikum außerordentlich groß.

Solche Möglichkeiten sollten wir künftig in noch ganz anderer Weise nutzen. Das würde auch bei der Jugend ankommen, die ganz anders als wir älteren, die wir immer noch eher in den alten Kategorien denken, bereit ist, andere Kulturen und Lebensentwürfe anzunehmen.

Sagladin

Herr Bowin hat einen gesunden Realismus in unserer Diskussion angemahnt, ohne daß ich seine Meinung in allen Punkten teilen würde; denn ich glaube nicht, daß Herr Teltschik und ich uns nur deshalb so nahe in unseren Ansichten gekommen sind, weil wir die scharfen Kanten in Watte verpackt hätten. Das war nicht nur eine Frage der Höflichkeit, sondern dabei haben wichtige Faktoren eine Rolle gespielt.

Das betrifft insbesondere die bedeutenden Veränderungen, die bei uns stattfinden. Ich denke dabei nicht nur an die wirtschaftliche und die politische Reform oder an die Justizreform, sondern ich meine unser neues Selbstverständnis. Viele Dinge, die wir früher als heikle politische Realitäten verstanden haben, beurteilen wir jetzt wesentlich anders. Ich will nur einige Punkte kurz aufzählen.

Erstens haben wir unser Konzept des Sozialismus geändert. Der Sozialismus, den wir heute wollen, ist ein ganz anderer, als er bisher aufgebaut wurde.

Zweitens haben wir unsere Ansichten im Hinblick auf die beiden Systeme geändert, was auch die Zukunft der gegenseitigen Beziehungen betrifft. Worauf es heute ankommt, ist, die allgemeinen menschlichen Interessen und Bedürfnisse sicherzustellen. Aus diesem Grunde sind wir auch nicht dagegen, über Alternativen zu den bestehenden Gesellschaftssystemen nachzudenken.

Ich glaube dabei nicht so sehr an eine Konvergenz der Systeme. Obwohl wir uns als Dialektiker bezeichnen, haben wir nach unseren bisherigen Vorstellungen die Übergänge der Menschheit von einem Entwicklungsstadium zum nächsten nicht als dialektischen Prozeß verstanden. Denn die Lösung der Widersprüche bedeutet ja nach dialektischem Verständnis nicht die Vernichtung der einen Seite, sondern eine Synthese der Gegensätze auf einer höheren Ebene. Das ist nicht unbedingt Konvergenz; aber es bedeutet, daß die beiden gegensätzlichen Systeme nicht auf der Stufe der Auseinandersetzungen stehenbleiben, sondern miteinander reden, zusammenarbeiten und sogar voneinander lernen. Der Pluralismus der modernen Welt ist nicht so sehr die Ursache für die Konflikträchtigkeit der heutigen Situation, sondern eher eine Möglichkeit der gegenseitigen Bereicherung.

Der Wandel in der Konzeption des Sozialismus hat auch die praktische Umsetzung in unserem Lande geändert. Aber solche Veränderungen gibt es nicht nur bei uns, sondern genauso im Westen, was die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen angeht. Und ohne Frage beeinflussen sich beide Gesellschaftssysteme gegenseitig. Wir befinden uns in einem schwierigen Prozeß der gegenseitigen Annäherung, wobei wir versuchen, Probleme gemeinsam zu lösen, die gestern noch unlösbar schienen, beziehungsweise nach neuen Wegen für Probleme zu suchen, die heute noch nicht zu lösen sind. Auf diese Weise können wir Fortschritte erzielen, ohne die Realitäten zu ignorieren.

Niemand stellt in Abrede, daß es zwei deutsche Staaten, also eine Spaltung gibt. Das ist das Ergebnis eines historischen Prozesses. Herr Bowin hat ja bereits gesagt, daß wir nicht mehr zusammensucken, wenn bei Ihnen von Wiedervereinigung gesprochen wird. Sie kennen in dieser Hinsicht unseren Standpunkt, den Michail Gorbatschow ja noch einmal deutlich gemacht hat, als Bundeskanzler Kohl in Moskau war. Jeder Versuch, das geschichtlich Gewordene durch eine unrealistische Politik in Frage zu stellen, ist ein sehr gefährliches Unterfangen. Niemand negiert die Existenz des Problems, und es wird auch nicht bestritten, daß es gelöst werden kann, aber nicht, indem man heute eine unrealistische Politik forciert.

Es gibt zahlreiche solcher Probleme zwischen verschiedenen Ländern. Wollten wir in allen diesen Fällen auf eine Lösung der Probleme drängen - ich denke dabei gar nicht an militärische oder physische Gewalt;- dann wäre unser europäisches Haus ein Trümmerhaufen. Die Existenz zweier deutscher Staaten und West-Berlin ist eine Tatsache, die für einige bestimmte Probleme schafft. Und man sollte keine neuen Hindernisse aufbauen, sondern den bestehenden Hindernissen aus dem Weg gehen und den Blick nach vorn öffnen. Überlassen wir diese Dinge doch der geschichtlichen Entwicklung, deren Verlauf keiner von uns konkret vorhersagen kann.

Um es abschließend noch einmal zu betonen: Daß wir uns in unseren Ansichten so nahe gekommen sind, ist weder darauf zurückzuführen, daß wir bemüht waren, höflich miteinander umzugehen oder heiklen Fragen auszuweichen, sondern eine Folge der Veränderungen in Europa, in der Bundesrepublik wie in der Sowjetunion. Dabei versuchen wir, den Weg für eine gemeinsame Entwicklung zu finden, woran uns die bestehenden Probleme nicht hindern dürfen, ohne deren Lösung für alle Zeit auszuschließen. Wie eine Lösung aussehen kann, wissen wir heute noch nicht, weder Sie noch wir. Darum lassen Sie uns gemeinsam vorangehen.

Bogdanow

Da Herr Bowin einer der einflußreichsten Journalisten in der Sowjetunion ist, muß ich mich zu einigen Punkten seiner Ausführungen äußern, mit denen ich ganz und gar nicht einverstanden bin.

"Spaltung" ist ein Begriff, der im Deutschen sicher ähnlich wie "Abschreckung" wenig angenehm klingt. Um welche Spaltung geht es eigentlich? Um die der 50er, 60er oder die der ausgehenden 80er Jahre? Sehen Sie sich einmal das Spektrum in Osteuropa an: Von Ungarn bis zur DDR finden sehr interessante Prozesse statt, die keineswegs einheitlich verlaufen. Ungarn ist fast schon Mitglied der EG - und demgegenüber dann Bulgarien oder Rumänien. Spaltung meint also etwas sehr Verschiedenes. Für Sie in der Bundesrepublik mag die Spaltung zur DDR im Vordergrund stehen.

Nach meiner Überzeugung hat in Europa ein Prozeß der Entwicklung von nationaler und gesellschaftlicher Vielfalt begonnen, der mit dem Begriff der Spaltung zwischen Ost und West nicht zureichend abgedeckt wird.

Was die deutsche Frage angeht, die hier ja immer mitschwingt: Warum sollten wir in der Sowjetunion eigentlich vor dieser Frage das große Zittern bekommen? Verbinden Frankreich oder Holland nicht ganz andere Ängste mit der deutschen Frage? Und wie steht es mit den Vereinigten Staaten? Wenn Sie die deutsche Frage so stark betonen, dann betrifft das zugleich Ihre Beziehungen zur NATO und die ganze Konstellation in Europa. Das ist also weniger unser Problem als das des westlichen Bündnisses. Ich meine, wir sollten hier eine realistische Betrachtungsweise einnehmen, die dann dem Bau des gemeinsamen europäischen Hauses durchaus zugute käme.

Dann zu den Kernwaffen. Es heißt hier, überspitzt formuliert, die Kernwaffen würden in Europa benötigt, um die Überlegenheit der Sowjetunion bei der konventionellen Rüstung zu kompensieren. Aber wenn wir schrittweise zu einer konventionellen Parität gelangen - und ich bin überzeugt, daß wir dahin kommen werden;- , welche Gründe gibt es dann noch für die weitere Existenz von Atomwaffen in Europa? Versuchen Sie das einmal unserer öffentlichen Meinung zu erklären. Aber auch unsere Militärs werden dann an der Aufrichtigkeit der NATO-Absichten stark zweifeln.

Ich frage mich, ob das Kernwaffenproblem in Europa nicht in Wirklichkeit weniger mit der Sowjetunion als vielmehr mit der internen Situation der NATO etwas zu tun hat. Inwieweit betrifft es die amerikanische Präsenz in Europa? Denn es heißt ja immer wieder, die Amerikaner würden ohne taktische Atomwaffen nicht in Europa bleiben. Dann sollten Sie uns klar und deutlich sagen, daß Sie soundso viele Kernwaffen benötigen, damit die Amerikaner nicht um ihre Sicherheit bangen. Man muß also die Dinge beim Namen nennen und nicht mit den Begriffen herumspielen.

Wenn Sie den Gedanken der defensiven Verteidigung konsequent verfolgen, dann sollten Sie, statt Lance zu modernisieren und irgendwelche neuen Systeme einzuführen, die gefährdeten Regionen mit einer bestimmten Anzahl von Atomminen abdecken, um auf diese Weise die direkte Berührung zwischen den Truppen zu verhindern. Dann könnte man diese Minen mit fortschreitendem Abbau der Konfrontation allmählich wieder entfernen. Vielleicht sollten wir unsererseits auch zu einer solchen Absicherung unserer Gebiete übergehen. Aber es muß sich dabei eindeutig um Defensivwaffen handeln, sonst gibt es Mißverständnisse.

Ein letzter Punkt, in dem ich mit den Ausführungen von Herrn Bowin nicht einverstanden bin, betrifft eine sehr prinzipielle Frage. Herr Bowin meint, wir müßten erst in unserem eigenen Lande den Umbau vollziehen, bevor wir darangehen können, das gemeinsame europäische Haus zu bauen. So ähnlich klang es auch auf deutscher Seite an: Machen Sie zunächst einmal Ordnung bei sich selbst, dann werden wir weitersehen. Sie sollten sich aber einmal klarmachen, daß zwischen Perestrojka und der neuen internationalen Lage eine direkte Verbindung besteht. Das Tempo, mit dem wir uns in Europa und in die Welt integrieren, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, hängt unmittelbar davon ab, was in unserem Lande selbst stattfindet.

Schließlich: Was meinen Sie, wenn Sie von Osteuropa sprechen? Gehört die Sowjetunion nicht dazu? Ist also Osteuropa nur das Gebiet westlich vom Bug, während alles, was östlich vom Bug liegt, anders zu bezeichnen wäre?

Daschitschew

Die Konzeption für den Bau des gesamteuropäischen Hauses beginnt sich in immer mehr Köpfen festzusetzen, und wir denken auch bereits an konkrete Baumaßnahmen. Ist das reines Wunschdenken, wie hier gesagt wurde, oder stehen dahinter auch reale Möglichkeiten?

Daß wir gerade jetzt so intensiv über das gemeinsame europäische Haus sprechen, kommt nicht von ungefähr, sondern hat, wie Herr Sagladin ausführte, objektive Gründe. Es ist offensichtlich, daß unser alter Kontinent der vierzig Jahre langen Konfrontation im militärischen und politischen Bereich und auch in der Propaganda und Ideologie, selbst in der Wirtschaft, müde geworden ist. Die Tatsache, daß unsere Sicherheit auf einem Gleichgewicht des Schreckens basiert, kann uns heute ebenfalls nicht mehr zufriedenstellen. Wir haben eine Stufe erreicht, auf der eine grundlegende Überprüfung der Werte stattfinden muß. Und hier macht die Idee des gemeinsamen europäischen Hauses ein großes Maß an übereinstimmenden Interessen deutlich. Denn die heutige Lage in Europa kann uns alle nicht zufriedenstellen, vor allem entspricht sie nicht den Interessen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland.

Vergleichen wir einmal die gegenwärtige Situation in Europa mit der vor dem Kriege. Damals hatte der Handel der osteuropäischen Länder mit der Sowjetunion nur einen Anteil von einem Prozent, während 80 Prozent auf die westeuropäischen Länder entfielen. Heute sind die osteuropäischen Länder einschließlich der Sowjetunion am Handel mit der Europäischen Gemeinschaft nur zu etwa zwei Prozent beteiligt. Das zeigt, wie sehr die Zusammenarbeit - nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet - deformiert wurde, und zwar zum Nachteil beider Seiten.

Welche Richtung kann die gesamteuropäische Entwicklung in Zukunft nehmen? Soll sich die Spaltung weiter vertiefen, oder erreichen wir eine Annäherung? Herr Ruhe hat in diesem Zusammenhang einige interessante Vorschläge gemacht, und wir sollten in der Tat überlegen, wie wir ein weiteres Auseinanderrücken der Teile Europas verhindern und Brücken zwischen Ost und West bauen können.

Was die Sowjetunion betrifft, so hat die Perestroika sowohl in unserer inneren als auch in unserer äußeren Entwicklung grundlegende Veränderungen mit sich gebracht, womit wir die Voraussetzung für eine Realisierung des gemeinsamen europäischen Hauses erheblich verbessern. Früher sind wir in unserer Außenpolitik davon ausgegangen, daß die Haupttendenz der internationalen Entwicklung im Kampf beider Systeme bestehe. Heute sind wir der Meinung, daß sich diese Tendenz abschwächt und es uns vor allem um das gemeinsame Überleben der Menschheit gehen muß, die wir vor den Gefahren eines Atomkrieges, der Umweltverschmutzung, der Erschöpfung der Energie- und Rohstoffressourcen, vor Hunger und Krankheit bewahren müssen.

Vor zehn Jahren hätten wir über ein gemeinsames europäisches Haus kaum sinnvoll nachdenken können. Dazu waren unsere Systeme zu verschieden. Weder in wirtschaftlicher noch in politischer oder in humanitärer Hinsicht erschien eine Annäherung möglich. Hier hat sich die Lage grundlegend gewandelt. In der Sowjetunion werden wichtige Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftlichen und politischen Strukturen so zu verändern, daß umfassende Kontakte mit dem Westen möglich werden. Wir befürworten heute die Integration unserer Wirtschaft in die gesamteuropäischen und weltwirtschaftlichen Prozesse. Die mikroökonomischen Prozesse in unserer Volkswirtschaft erhalten mehr und mehr einen eigenständigen Charakter, wie dies auch im Westen der Fall ist. Auf diese Weise werden Hindernisse zwischen den beiden Wirtschaftssystemen abgebaut, und wir nähern uns einander an.

Was die Entwicklung im Westen angeht, so sind wir offen gesagt am meisten besorgt über die weitere Integration Westeuropas, die zu einer Isolierung führen kann. In der Nachkriegszeit waren es nicht zuletzt die Integrationsprozesse in West- und Osteuropa, die, verbunden mit dem kalten Krieg, zu einem so starken Verfall der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen beigetragen haben. Das läßt sich anhand des vorliegenden Zahlenmaterials sehr konkret nachweisen. Wenn sich die Prozesse auch in Zukunft in dieser Richtung weiterentwickeln, dürfte es kaum irgendwelche positiven Veränderungen geben.

Diese Entwicklung in Westeuropa beunruhigt mich jedenfalls mehr als beispielsweise die Modernisierung im Rahmen der NATO auf militärischem Gebiet. Ein Einbeziehen der BRD in die westeuropäische Integration bedeutet engste Verflechtungen der Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich, England und den anderen westeuropäischen Ländern. Denken Sie nur einmal an die politische Bedeutung der Zollunion zwischen Preußen und Österreich zurück.

Wenn es uns gelänge, durch Verträge und Abkommen die militärische Konfrontation auf ein Minimum zu beschränken und ein Kräftegleichgewicht auf niedrigem Niveau zu gewährleisten, wird sich das langfristig auch auf wirtschaftlichem Gebiet positiv auswirken. Dem steht aber eine weitergehende

Integration in Westeuropa entgegen. Es ist auch im Interesse der BRD, ernsthaft darüber nachzudenken, wie die Konzeption des europäischen Hauses mit den nationalen Interessen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung gebracht werden kann. Dies gilt vor allem unter dem Gesichtspunkt der Integrationsprozesse auf beiden Seiten.

Die stürmische Entwicklung des Integrationsprozesses im Westen geschieht offenbar auch aus außenpolitischen Erwägungen. Hier sollte man gemeinsam Lösungsansätze erarbeiten, damit die Integration nicht zu einer Verfestigung oder Vertiefung der Spaltung Europas führt, sondern sich sowohl nach Osten als auch nach Westen öffnet.

Ich meine, es kommt darauf an, den Handel zwischen den west- und osteuropäischen Ländern einschließlich der Sowjetunion wesentlich zu erhöhen. Vieles wird von der Zusammenarbeit zwischen dem RGW und der Europäischen Gemeinschaft abhängen. Beide Organisationen sollten sich vorrangig darum bemühen, in dieser Situation des Umbruchs die bestmöglichen Bedingungen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in ganz Europa zu schaffen. In diesem Zusammenhang kann der gesamteuropäische Prozeß auch die Schlußakte von Helsinki um wichtige neue Aspekte ergänzen, die der Belebung des Wirtschaftsaustausches dienen.

Häfele

Ich möchte hier auf ein etwas begrenztes Thema eingehen, das freilich gewichtig genug ist. Ich meine die Umweltproblematik, die sich heute in einer neuen Qualität zeigt und internationale Dimensionen bekommen hat. Aus diesem Grunde gehört diese Frage zu jenen Charakteristika der internationalen Lage, die Herr Teltschik hervorgehoben hat.

Wir verstehen heute besser als noch vor 10 oder 15 Jahren, daß das Energieproblem nicht primär ein Versorgungsproblem ist - das ist es auch immer noch, zumal in mittel- und längerfristiger Sicht, wobei allerdings im Prinzip Möglichkeiten avisiert werden, das Versorgungsproblem langfristig, wenn nicht für immer, zu lösen.

Demgegenüber sind wir gegenwärtig auf viel drängendere Weise mit dem Entsorgungsproblem konfrontiert, das alle Sorten von Abfall betrifft und nicht nur eine Frage der Kernenergie ist.

Das neue Energieproblem sollte man zutreffender mit drei Begriffen umschreiben: Energie, Ökologie, Klima. Damit wird die kontinentale, ja globale Dimension dieser Fragestellung deutlich. Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hat bei der Eröffnung der Toronto-Konferenz zusammen mit der norwegischen Ministerpräsidentin Frau Brundtland darauf hingewiesen, daß dieses Thema zu Recht auf die Ebene auch von Gipfelgesprächen gehört.

Es hat den Anschein, daß das Energieproblem auch in der Sowjetunion heute unter veränderten Vorzeichen diskutiert wird. In der Post-Tschernobyl-Situation wird der Frage der Primärenergiebereitstellung in der westlichen Sowjetunion jetzt ein anderer Stellenwert beigemessen. In den deutsch-sowjetischen Beziehungen gehört dazu auch die Diskussion um die Lieferung eines Hochtemperaturreaktors, eine für viele ja durchaus überraschende Entwicklung. Dabei ist es sicher nicht damit getan, nur einen Rahmenvertrag zu schließen und alles weitere dann der kommerziellen Seite zu überlassen. Da stellen sich Fragen, die weit über den Kommerz hinausgehen.

Was heute in der Sowjetunion vorrangig diskutiert wird, ist der Ausbau der Verwendung von Naturgas, das, wie in Toronto ausgeführt wurde, neben dem Energiesparen und der Atomenergie, mit zu einem Maßnahmenbündel gehört, wenn man das CO₂-Problem, das sich auf Atmosphäre und Klima auswirkt, in den Griff bekommen will. In der Sowjetunion ist man offensichtlich dabei, die Kohle als Primärenergieträger gegenüber dem Naturgas zurücktreten zu lassen, um der Umweltproblematik stärker Rechnung zu tragen.

Des weiteren kann man aber daran denken, in Zukunft ungewöhnlich große Mengen von Naturgas in Verbindung mit Hochtemperatur-Prozeßwärme zu verwenden. Dabei könnte man das Naturgas in Wasserstoff konvertieren, hätte dann die Möglichkeit, das anfallende CO₂ anstelle des ursprünglichen Methans sofort wieder in den Boden zu verpressen. Das wäre ein Beispiel dafür, wie man unter globalen Perspektiven dem fossilen Entsorgungsproblem zunächst einmal begegnen kann. Hier könnten also die Sowjetunion und die Bundesrepublik an einem konkreten Beispiel, dem Naturgas und dem Hochtemperaturreaktor, miteinander kooperieren.

Die Verwendung von Naturgas im großen Maßstab läßt sich auch weltweit vorsehen. Eine solche großtechnische Perspektive wäre jedenfalls für einen Zeitraum von 30 bis 50 Jahren sinnvoll - auf lange Sicht muß man natürlich auch vom Erdgas abgehen;- , und hier könnte eine sinnvolle Kooperation zwischen unseren Ländern stattfinden.

Ein weiterer Bereich größerer Gemeinsamkeit betrifft die Erstellung von Analysen und die Entwicklung von Perspektiven und Strategien etwa zum Thema Energie Ökologie - Klima. Hier bedarf es der gemeinsamen Einübung, was insofern von Bedeutung ist, als die Denkkategorien und die Inhalte der verwendeten Begriffe keineswegs immer übereinstimmen bei den Wissenschaftlern beider Seiten. Es geht also nicht nur um die sogenannte Hardware, also die Apparate und Maschinen, sondern auch um die entsprechende Software, etwa im Hinblick auf die verwendeten Systemanalysen. In dem Zusammenhang wären dann auch sehr viel allgemeinere Fragen mitzudiskutieren, etwa der Regional- oder der Wirtschaftsentwicklung. Es wäre wünschenswert, wenn eine solche gemeinsame Analyse und Strategie bei einem so konkreten Problem relativ kurzfristig zustande kommen könnte.

Pekschew

Ich brauche nicht eigens darauf hinzuweisen, welche Bedeutung den wirtschaftlichen Beziehungen beim Bau des europäischen Hauses zukommt. Ohne normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen fehlt diesem Haus das sichere Fundament.

Alexander Bowin hat gesagt, Korb 2 der KSZE-Schlußakte enthalte inzwischen die schwierigsten Probleme. Das hängt wohl damit zusammen, daß wir uns nunmehr um die praktische Lösung der Probleme bemühen. Wir befinden uns nicht mehr länger in der Phase der Erklärungen, sondern der konkreten Umsetzung der zwischen uns bestehenden offenen Fragen.

Von daher sollten auch die Integrationsprozesse, die in Westeuropa im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und in anderen Ländern stattfinden, nicht dramatisiert werden. Gleiches gilt für die Mitgliedstaaten des RGW. Der Integrationsprozeß enthebt uns nicht der Notwendigkeit, nach Vorteilen für beide Seiten zu suchen. In gewisser Weise sind diese Integrationsprozesse durchaus wichtig, weil sie das wirtschaftliche Potential erhöhen, indem sie sich auch um Absatzmöglichkeiten nach draußen bemühen.

Ich weiß aus meiner eigenen Zusammenarbeit mit westlichen Partnern, daß der sowjetische Binnenmarkt von ihnen in immer größerem Maße als zukunftsreich angesehen wird. Das heißt, wir sind ein Partner mit Zukunft, und wir tun jetzt alles, um unser Wirtschaftssystem, seine Struktur und rechtliche Grundlage so einzurichten, daß sich diese Prozesse schnell entwickeln können. In dieser Hinsicht sind wir dabei, eine Reihe strategisch wichtiger Entscheidungen zur Verbesserung der Wirtschaftsmechanismen zu treffen und dabei auch die Außenwirkungen dieser Maßnahmen zu berücksichtigen.

So sind zum Beispiel grundlegende Gesetze im Hinblick auf die Staatsbetriebe, die Kooperative verabschiedet worden. Auch die Verordnung über die Außenwirtschaftstätigkeit gehört dazu. Damit soll ermöglicht werden, daß wir uns aktiv in die internationale Arbeitsteilung einschalten. Die Schaffung der Rechtsgrundlagen ist noch nicht abgeschlossen, aber sie weist in eine Richtung, von der unsere Partner im Westen schon lange geträumt haben. Wenn wir auch mit diesen Beschlüssen etwas spät dran sind, so kann man zumindest feststellen, daß die Vertrauensdefizite auf wirtschaftlichem Gebiet - anders vielleicht als im politischen und militärischen Bereich - zwar noch nicht völlig beseitigt, aber nur noch minimal sind.

Unsere jetzigen Beschlüsse betreffen Dinge, die unsere Partner seit langen Jahren gefordert haben: direkter Zugang der Betriebe zum Außenhandel, Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, von Joint-ventures in der Sowjetunion und bei unseren westlichen Partnern. Die juristischen Fragen sind bei uns inzwischen geklärt. Es laufen auch bereits zahlreiche Projekte in die neue Richtung. Natürlich erlaubt der gegenwärtige Zustand der sowjetischen Wirtschaft es nicht, alle Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in großem Maßstab anzugehen. Unsere Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich an konkreten Projekten, und zwar steht dabei der Gesichtspunkt des gegenseitigen Vorteils für beide Seiten im Vordergrund. Von solchen Projekten gibt es schon eine beträchtliche Anzahl.

Was speziell unser Bankensystem angeht, so haben wir sehr gute Beziehungen zu den Banken in der Bundesrepublik Deutschland und in andere westliche Länder. Und bei der jetzigen Reform unseres Bankensystems finden ebenfalls die Außenhandelsaspekte Berücksichtigung, ohne daß wir die internen Problemstellungen außer acht lassen. Auf die internationale Kooperation der Banken wird dabei besonderes Gewicht gelegt. Denken Sie nur an die letzten Vereinbarungen, die während des Kanzlerbesuches in Moskau unterzeichnet wurden und die eine neue große Kreditlinie eröffnen.

Natürlich sind wir, wie Herr Sagladin zu Recht beklagt, in dieser Hinsicht noch nicht flexibel genug. Aber wir bemühen uns um größere Flexibilität. Die Kreditlinie orientiert sich ja noch an den

traditionellen Formen der Zusammenarbeit. Wir hoffen aber, mit Hilfe dieses Abkommens auch neue Möglichkeiten zu eröffnen, beispielsweise die Frage der freien Konvertierbarkeit des Rubels anzugehen. Jeder meiner westeuropäischen Partner, mit denen ich zusammentreffe, konfrontiert mich mit dieser Frage. Natürlich würden wir mit der Konvertibilität des Rubels viele Probleme lösen, aber wir sind heute noch nicht soweit. Zuvor müssen wir die Stabilität des Rubels sicherstellen und den Wechselkurs den Bedingungen des Weltmarktes annähern. Dafür brauchen wir eine gewisse Zeit, ohne daß ich sagen kann, wie lange es dauern wird. Aber die Entwicklung zur Konvertibilität ist unumgänglich.

Die Kredite aus Ihrem Lande sollen besonders dazu beitragen, die Entwicklung der Nahrungsmittel- und der Leichtindustrie zu finanzieren. Dafür müssen wir selbst natürlich sehr viel mehr aufwenden als die erwähnten drei Milliarden D-Mark. Wir hoffen, auf diese Weise unsere Märkte besser mit Massenbedarfsartikeln zu versorgen.

Gegenwärtig bemühen wir uns ernsthaft, die Zusammenarbeit mit jenen internationalen Wirtschaftsinstitutionen auszubauen, die bereits seit vielen Jahren im Westen aktiv sind. Ich denke beispielsweise an die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, mit der wir enge Beziehungen entwickelt haben. Zugleich gibt es Arbeitskontakte mit dem GATT, mit dem Internationalen Währungsfonds und einigen anderen großen internationalen Institutionen. Ob diese Arbeitskontakte dazu führen, daß wir eines Tages Vollmitglieder dieser Organisationen werden, ist heute noch nicht abzusehen, zumal nicht alle diese Institutionen unseren Vorstellungen entsprechen. Aber wir sind heute - im Gegensatz zur Vergangenheit - um Formen der Zusammenarbeit bemüht.

Zwischen den Bankiers der Sowjetunion und denen des Westens, besonders der Bundesrepublik Deutschland, bestehen seit langem nicht nur gute geschäftliche Beziehungen, sondern wir konsultieren uns auch gegenseitig. Bei der Erarbeitung des neuen Bankengesetzes in der Sowjetunion haben wir sehr wohl auch die Ratschläge von hervorragenden Bankiers Ihres Landes berücksichtigt. Eine solche Entwicklung wäre uns vor kurzem noch völlig undenkbar erschienen.

Obwohl der Rubel noch nicht konvertierbar ist, brauchen wir die Hände keineswegs in den Schoß zu legen. Zu diesem Zwecke haben wir jetzt beispielsweise eine französisch-italienisch-sowjetische Bank gegründet - leider ist die Bundesrepublik nicht dabei;-, deren Grundkapital sich sowohl aus Rubel wie auch aus frei konvertierbaren Währungen zusammensetzt. Wenn der Rubel eines Tages konvertierbar geworden ist, würden solche gemeinsamen Bankgründungen natürlich erheblich erleichtert werden. Aber man kann auch schon heute etwas zusammen unternehmen. Ich meine, bei allen Schwierigkeiten, die sich uns in der Praxis beim Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen stellen, scheint mir doch mehr Optimismus als Pessimismus am Platze zu sein.

Teltschik

Herr Daschitschew hat sich besorgt über die europäische Einigung geäußert. Derartige Sorgen sind auch in den Gesprächen von Generalsekretär Gorbatschow mit Bundeskanzler Kohl angeklungen. Wir nehmen diese Befürchtungen sehr ernst, und Herr Bowin hat recht, daß wir in der Sache nicht aneinander vorbeireden dürfen. Deshalb will ich hier einige Fragen im Zusammenhang erörtern.

Wenn jetzt selbst in der Sowjetunion das Bewußtsein wächst, daß man vor gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und anderen Herausforderungen steht, die national nicht mehr zu lösen sind, dann gilt das noch in viel größerem Maße für die kleineren und mittleren europäischen Staaten. Wir wissen seit vielen Jahren, daß wir - ob wir nun die Integration wollen oder nicht - auf die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn unmittelbar angewiesen sind.

Die Europäische Gemeinschaft ist eine Realität. Die Sowjetunion hat sich viele Jahre schwergetan, diese Realität in dem Maße ernst zu nehmen, wie sie es heute tut. Ich habe überhaupt keinen Zweifel, daß das Ziel des europäischen Binnenmarktes von allen Beteiligten gewollt ist, und deshalb wird er auch zustande kommen. Ob das dann der 1. Januar 1993 oder erst im Jahr 1995 sein wird, ist zweitrangig.

Ich will auch meinerseits eine Sorge aussprechen, die das Verhältnis zwischen Ost und West trüben könnte. Es gibt Spekulationen, daß die Sowjetunion in der deutschen Frage eine Initiative ergreifen könnte, um die Integration in Westeuropa zu erschweren oder zum Scheitern zu bringen. Ich halte das für unwahrscheinlich. Aber die sowjetische Außenpolitik der letzten zwanzig Jahre zeigt, daß es solche Hoffnungen auf Seiten der Sowjetunion gegeben hat, über Deutschland-Initiativen westliche Integrationsversuche zum Scheitern zu bringen. Ich würde eine solche Überlegung für sehr gefährlich halten.

Im übrigen will ich die Frage an die sowjetischen Kollegen richten: Wenn die Westeuropäer enger zusammenarbeiten, sind sie dann nicht von der Größenordnung her ein viel besserer Partner für die Sowjetunion als heute? Und würde in dem Fall nicht auch die Sorge vor einer sowjetischen Dominanz auf dem europäischen Kontinent entsprechend abnehmen? Ein integriertes Europa könnte natürlich ein anderes Selbstverständnis im Umgang mit dem sowjetischen Partner an den Tag legen.

Des weiteren gebe ich zu überlegen: Wenn die Sowjetunion mit ihrer Politik der Demokratisierung und Perestroika fortfährt und ein System anstrebt, das sie selbst als sozialistische Marktwirtschaft und sozialistischen Rechtsstaat bezeichnet, ist es dann nicht in einer langfristigen Perspektive vorstellbar, daß eine solchermaßen veränderte Sowjetunion mit diesem europäischen Binnenmarkt eines Tages eine Art Freihandelszone bildet, wie das heute die USA und Japan diskutieren?

Herr Pekschew geht diese Fragen als Ökonom und Banker viel nüchterner und pragmatischer an. Er hat sicher recht; denn hier geht es um Entwicklungen, die längst ihre eigene Dynamik erreicht haben und nicht mehr nur von politischen Entscheidungen abhängig sind. Auch die gemeinsamen Institutionen, die Herr Bahr vorhin vorgeschlagen hat, würden viel wirkungsvoller gestaltet werden können, wenn sie auf seiten der Westeuropäer nicht nur national besetzt sind, sondern wenn der Sowjetunion dort ein größerer westeuropäischer Verbund gegenüberstünde.

Herr Häfele hat den Zusammenhang von Energie, Ökologie und Klima angesprochen. Wir müssen davon ausgehen, daß wir auch in Zukunft noch schwierigste Fragen der Sicherheit und Abrüstung diskutieren und regeln müssen, die die Gefahr enthalten, daß sie immer wieder zu Konfrontationen, Mißverständnissen und Auseinandersetzungen führen. Deshalb sollten wir auf den anderen Ebenen sicherstellen, daß dort Kooperation möglich bleibt.

Ich will an ein Beispiel erinnern. Als wir 1983 in Genf über das INF-Abkommen verhandelten, war den Beobachtern bewußt, daß diese Verhandlungen wahrscheinlich ohne Ergebnisse enden würden. Wir haben erwartet, daß die Sowjetunion dann den Verhandlungstisch verlassen wird. Der damalige Vorschlag, eine internationale Umweltschutzkonferenz einzuberufen, die dann im Sommer 1984 in München zustande gekommen ist, zielte deshalb auch darauf ab, wenigstens irgendein Forum aufrechtzuerhalten, auf dem Ost und West sich begegnen konnten, wenn auch zu einem völlig anderen Thema. Das heißt, wir müssen Instrumente schaffen, die es uns erlauben, über bestimmte Fragen zusammensitzen, auch wenn es in anderen Bereichen zu Schwierigkeiten kommt.

Herr Conrad hat das Thema Modernisierung und Gesamtkonzept angesprochen. Unsere sowjetischen Kollegen haben sich ja heute bei dieser Frage sehr zurückgehalten. Aber ich weiß, daß es auf sowjetischer Seite die Versuchung gibt, dies wieder zu einem zentralen Thema der Ost-West-Beziehungen zu machen. Was hier versucht wird, ist, eine Diskussion auf ein Detail zu reduzieren, um bestimmte Entscheidungen auf der Gegenseite zu beeinflussen.

Dieses Thema sollten wir in der Tat entdämonisieren. Das Gesamtkonzept der NATO zielt darauf ab, die zukünftige Struktur nuklearer Rüstung neu zu bestimmen und auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Das dürfte auch im sowjetischen Interesse sein. Aber das, was dann an Rüstung bleibt, muß zweifellos auf dem letzten technischen Stand gehalten werden. Ich hielt es deshalb für dringend geboten, daß dieses Thema von beiden Seiten nicht in den Mittelpunkt der zukünftigen Gespräche gerückt wird.

Pjadyschew

In vierzig Nachkriegsjahren haben wir immer wieder erfahren, daß Begriffe und Lösungen in den Beziehungen zwischen Ost und West ihre Bedeutung verloren haben. Wenn wir heute von einem europäischen Haus sprechen, dann stellt sich wohl jeder die Frage: Ist das wieder nur eine schöne Phrase, die über kurz oder lang in die Geschichte eingehen wird? Was die sowjetische Außenpolitik angeht, kann man die Feststellung treffen, daß das gemeinsame europäische Haus eine ausgewogene und durchdachte Konzeption darstellt, an der das Zentralkomitee unserer Partei und die sowjetische Führung ihre außenpolitische Tätigkeit orientiert.

Die sowjetische Außenpolitik hat in den letzten drei Jahren eine erstaunliche Wandlung durchgemacht. Als die Führung des Landes im März 1985 in die Hände von Michail Gorbatschow überging, befand sich die Außenpolitik in einem desolaten Zustand. Wir verloren uns in den verschiedenen Weltregionen, wo unsere Präsenz teilweise ungerechtfertigt und auch für die Sowjetbürger nicht einsichtig war. Da hat sich inzwischen vieles grundlegend verändert, angefangen mit einer neuen außenpolitischen Philosophie, von der hier schon die Rede war.

Diese Philosophie geht davon aus, die Welt als Einheit zu betrachten, und sie erwartet von der Politik, daß diese rentabel ist, wie Außenminister Schewardnadse es mitunter ausdrückt. Diese Verwendung

eines Terminus der Ökonomie in der Außenpolitik geschieht nicht ohne Grund. Die Politik hat die Aufgabe, den tatsächlichen Interessen unseres Volkes und unseres Staates zu dienen. Wenn unsere Außenpolitik die Lage der Sowjetunion erleichtert, ist sie gut, wenn sie die Ressourcen etwa der Wirtschaft schwächt, ist sie nicht gut.

Es entsprach der Logik der Entwicklung, daß unsere Außenpolitik in den vergangenen drei Jahren vornehmlich auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet war. Es gab vier Gipfeltreffen; ein weiteres Treffen folgt in den nächsten Tagen in New York. Das bedeutet allerdings nicht, daß andere Bereiche zweitrangig wären; im Gegenteil, der Europapolitik kommt durchaus Priorität zu.

Es war ein Fehler der vorangegangenen Periode, daß wir im asiatischen, südamerikanischen und pazifischen Raum so wenig aktiv gewesen sind. Vor zwei Jahren hat die erste Reise eines sowjetischen Außenministers nach Lateinamerika, Südostasien und in den pazifischen Raum stattgefunden. Für unsere Außenpolitik sind alle Regionen der Welt wichtig. In Europa gilt unser Hauptaugenmerk dem Bau des gemeinsamen europäischen Hauses, das ein wichtiges Ziel unserer außenpolitischen Aktivität ist.

Die Reaktionen auf unsere Politik aus dem Ausland sind unterschiedlich, und gelegentliche Tendenzen, der Perestroika entgegenzuwirken, sind nicht zu verkennen. Bisher war die Einstellung im Ausland vorherrschend, daß innenpolitische Schwierigkeiten in der Sowjetunion, sei es in Estland oder im Kaukasus, von Vorteil seien. Je größer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion sind, um so besser sei es für die Vereinigten Staaten und andere Staaten. Inzwischen haben die meisten auch im Ausland erkannt, daß dieser Ansatz falsch ist und es sehr viel vorteilhafter für die eigene Position ist, die Perestroika unter positivem Vorzeichen zu sehen. Wenn man diese Entwicklung schon nicht direkt unterstützt, sollte man zumindest auf Zusammenarbeit setzen.

Was die Europapolitik, also die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern angeht, so können wir hier nichts Positives zustande bringen, wenn wir nicht berücksichtigen, was um diesen Kontinent herum vor sich geht. Da gibt es ernsthafte regionale Konflikte, die den besten Plänen für Europa entgegenstehen und ohne deren Lösung es nicht gelingen wird, ein festgefügtes zuverlässiges Europa zu bauen. Vielleicht eröffnet sich jetzt erstmals in der Nachkriegszeit die einmalige Möglichkeit, diese regionalen Konflikte zu lösen.

Ich denke etwa an die Politik der nationalen Aussöhnung in Afghanistan. Auf die Situation dort blicken wir mit großer Zuversicht. Den Genfer Vertrag halten wir genau ein. Dieses Beispiel könnte auch ein Lösungsmodell für andere Krisenregionen sein. Wichtig ist vor allem, daß die Sowjetunion solche regionalen Probleme mit den Vereinigten Staaten diskutiert. Dies war ein Thema bei allen Gipfeltreffen und Begegnungen zwischen den Außenministern. Mit den westeuropäischen Staaten werden diese regionalen Probleme allerdings noch zu wenig besprochen. Es besteht der Eindruck, daß diese Länder die regionalen Probleme gewissermaßen an die Vereinigten Staaten delegiert haben und diese für sich sprechen lassen. Es dürfte im Interesse aller sein, wenn die Europäer sich in dieser Hinsicht aktiver beteiligen würden.

Weidenfeld

Die eigentliche Leistung der Politik von Gorbatschow ist darin zu sehen, daß es ihm gelungen ist, eine innenpolitische Krise als regelbar erscheinen zu lassen und damit zugleich internationales Vertrauen zu gewinnen. In der Kombination dieser beiden Elemente liegt die eigentliche staatsmännische Kunst. Ich weiß nicht, wann die sowjetische Politik jemals so originell gewesen ist, daß sie für die Reformbewegungen, ja für die oppositionellen Strömungen in Osteuropa einschließlich der DDR praktisch als orientierender Bezugspunkt dienen konnte. Warum sollte es aber nicht möglich sein, diese Originalität auch auf andere Felder zu übertragen?

Ich nenne zwei Beispiele: Der Reformkurs in der Sowjetunion wird zweifellos nur Erfolg haben, wenn es gelingt, auch die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Um dies zu erreichen, braucht die Sowjetunion eine große Anzahl von Fachkräften, die den ökonomischen Aufbruch mit organisieren kann. Die ökonomische Kultur in der Sowjetunion kennt nicht den Typ des Unternehmers, den sie jetzt aber benötigt, um die ökonomische Reform durchzuführen.

Die Sowjetunion braucht auch die internationale Ausbildungskooperation. Wenn Sie sich einmal vor Augen halten, wie dicht die Ausbildungsverflechtung im West-West-Verhältnis ist; tausende von Personen werden in anderen Ländern ausgebildet. Dazu gibt es im Ost-West-Verhältnis erst rudimentäre Ansätze. Hier wäre eine internationale Ausbildungsoffensive großen Stils nötig, damit ein wirksamer Erfahrungsaustausch stattfinden kann.

Ein zweites Beispiel ist für die politischen Ost-West-Beziehungen vielleicht noch wichtiger. Ich meine Berlin, wo vieles, wie wir hier gehört haben, immer noch sehr kleinlich gehandhabt wird und den großen Schwung der Ideen, den wir auf anderen Gebieten erleben, vermissen läßt. Hier ist jedenfalls die Dynamik des neuen Denkens noch nicht sichtbar geworden. Herr Bowin hat vorhin gesagt, das Viermächteabkommen über Berlin werde in den Lehrbüchern der Rechtswissenschaft geradezu als das klassische Dokument der Widersprüche behandelt. Vielleicht sollten Sie aber zur Ergänzung einmal die Lehrbücher der Politikwissenschaft heranziehen, in denen das Berlin-Abkommen durchaus als hohe Form politischer Rationalität gewürdigt wird. Der Grund liegt darin, daß es mit diesem Abkommen gelungen ist, Widersprüche einzukapseln und auf dieser Grundlage praktische Regelungen zu erreichen.

Ich frage mich nun, ob man nicht versuchen sollte, in einem zweiten Anlauf erneut Widersprüche einzukapseln, um weitergehende praktische Regelungen möglich zu machen. Man könnte doch sagen: Jegliche Kooperation, die wir uns im Zusammenhang mit Berlin ausdenken, soll den gegenwärtigen Berlin-Status nach allseitigem Einverständnis nicht tangieren. Aber wir gehen in der Kooperation eben darüber hinaus. Warum könnte man nicht vor einem solchen Hintergrund Berlin, Ost- wie West-Berlin, zu einer Drehscheibe des Ost-West-Dialogs machen? Daß solche Lösungen heute nicht möglich sind, darauf sollten wir uns in einem Kreis wie diesem, der von solcher intellektueller Dynamik geprägt ist, eigentlich nicht zurückziehen, sondern durchaus kühner denken.

Ich will dann noch etwas zum Stichwort "Prozeß" sagen. Hier wird nämlich eine gegenseitige Sogwirkung von Osteuropa auf Westeuropa und umgekehrt deutlich. Osteuropa wird in diesen Jahren von vielen Westeuropäern wiederentdeckt, indem es seinen alten kulturellen Rang wiedererhält, wobei das Faszinosum der Reformprozesse, die sich dort abspielen, noch hinzukommt. Umgekehrt übt natürlich auch Westeuropa eine starke Sogwirkung auf Osteuropa aus.

Dabei hat ja der westeuropäische Einigungsprozeß schon in den zurückliegenden Jahrzehnten vielfältige Sogwirkungen ausgeübt, ohne daß es sich hier von Anfang an um einen großen Meisterplan gehandelt hätte. Der Beginn mit den sechs Staaten war vielmehr ein kleiner pragmatischer Start. Mit dem zunehmenden Erfolg der Europäischen Gemeinschaft ist aber die Sogwirkung immer größer geworden. Immer mehr Staaten haben sich bemüht, in den Genuß privilegierter Beziehungen zur EG zu kommen. Gegenwärtig sind es über 130 Staaten, die diplomatische Beziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft unterhalten.

In dem Zusammenhang sollte man die Entstehung des Binnenmarktes 1992 doch etwas entdramatisieren. Im Grundsatz ist dieser Markt bereits in den Römischen Verträgen verankert und keineswegs eine neue Entwicklung. Was vor zwei Jahren zusätzlich vereinbart wurde, ist ja kein neues Ziel, sondern eine Beschleunigung der Prozeduren. Da findet Ende 1992 oder am 1. Januar 1993 doch kein europäischer Urknall statt, und plötzlich ist der Binnenmarkt da. Vielmehr hat man vereinbart, bis zu diesem Zeitpunkt 279 Gesetze zu erlassen, von denen bereits 108 bis heute verabschiedet wurden. Das heißt, wir befinden uns mitten in diesem Prozeß. Und ich bin ganz sicher, daß es der vollendete Binnenmarkt auch keineswegs nötig haben wird, sich gegenüber irgend jemanden abzuschotten, weder gegenüber Osteuropa noch gegenüber den Vereinigten Staaten, wo ja ähnliche Befürchtungen gehegt werden.

Was hat Westeuropa Osteuropa zu bieten? Zum einen natürlich ökonomische Potenz. Da müßten sich die Westeuropäer einig werden, wie sie dieses Potential arbeitsteilig einsetzen wollen. Westeuropa verfügt aber auch über einige Erfahrungen, die bei der Konstruktion Gesamteuropas wichtig sind. Hier haben sich die Gegner von gestern zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen und vereinbart, Konflikte untereinander nicht mehr gewaltsam, sondern friedlich nach festgelegten Verfahren zu regeln. Grenzen zwischen ihnen haben keine zerschneidende Wirkung mehr, sondern es herrscht Freizügigkeit. In dieser Hinsicht sind die Westeuropäer zu einer Lerngemeinschaft geworden. Warum sollten solche Lernprozesse nur auf den Westen beschränkt bleiben?

Borowik

Wenn ich dieses Gespräch hier mit der Diskussion vergleiche, die wir im vergangenen Jahr mit dem Bergedorfer Gesprächskreis in Moskau hatten, dann stelle ich fest, daß sich unser Dialog erfreulich weiterentwickelt hat. Ich habe auch nicht den Eindruck, daß wir die scharfen Ecken und Kanten in Watte packen, um nicht anzustoßen, sondern wir versuchen, voneinander zu lernen. Wir kommen immer mehr zu der Einsicht, daß wir Partner sein müssen angesichts der vielfältigen globalen Probleme, die wir nicht alleine lösen können. Die gemeinsame Gefahr einigt uns. Es mag sein, Herr Stürmer, daß der Hunger die Menschen nicht einigt, aber bei den Umweltproblemen haben wir gewissermaßen den gemeinsamen Untergang vor Augen und wissen, daß wir diese Probleme nicht

auf Kosten anderer im Alleingang, sondern nur gemeinsam lösen können. Das gleiche gilt für die nukleare Abrüstung.

Für die einigende Kraft solcher Probleme möchte ich ein Beispiel anführen. Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich sage, daß die Widersprüche zwischen NATO und Warschauer Vertrag ein Kinderkram sind, verglichen mit den Gegensätzen, die unter den sowjetischen Schriftstellern bestehen. Aber alle diese sich anfeindenden Poeten, die sich zu Diskussionen im "Haus des Schriftstellers" treffen, waren sich sofort einig, als bekannt wurde, daß neben diesem Hause ein Atomkraftwerk gebaut werden soll. Da waren alle bereit, gemeinsam ein Dokument zu unterschreiben, was sonst undenkbar gewesen wäre.

Natürlich lassen sich die Kernwaffen nicht wieder wegerfinden, wie hier gesagt wurde. Aber die Dampflok mußte eines Tages der Elektrolok weichen, und dann ging die Entwicklung weiter zu Auto und Flugzeug, als diese sich als vorteilhafter erwiesen. In London hat man die Kamine abgeschafft, die mit Braunkohle geheizt wurden, weil man in der Stadt nicht mehr atmen konnte. Auch wir werden bald keine Luft mehr zum Atmen haben und manches abschaffen müssen. Das gilt für die Atomwaffen, aber auch für die Atomkraftwerke, wenn ein Ersatz für sie gefunden ist. So unrealistisch ist diese Perspektive also gar nicht.

Wir sprechen von Europa und vom Überleben der Menschheit. Wir vergessen häufig, daß die Losung vom Überleben der Menschheit für die Europäer eine andere Bedeutung hat als, sagen wir, für einen lateinamerikanischen oder für einen afrikanischen Bauern, dem von fünf Kindern vier vor Hunger sterben. Und doch besteht eine Wechselbeziehung zwischen den gigantischen Ausgaben, die für die Rüstung getätigt werden, und den weltweiten ökologischen Problemen. Ich würde es sehr befürworten, wenn solche Fragen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erörtert werden könnten.

Lassen Sie mich in dieses mehr akademische Gespräch einige banale Vorschläge einbringen. Ich meine, wir sollten weit mehr die öffentliche Meinung zum Adressaten unserer Überlegungen machen. Ich würde nicht so weit gehen, unseren Kreis hier als irrealer Größe zu bezeichnen, um den Begriff von Herrn Bowin aufzunehmen, aber die eigentlich realen Kräfte finden wir auf der Straße, bei jenen, die die öffentliche Meinung repräsentieren, die uns möglicherweise helfen können, eine Einigung zu erzielen.

Hier war viel die Rede von Vertrauensbildung und Zusammenarbeit. Ich möchte einige Projekte vorschlagen, die uns vielleicht helfen könnten, diese Zusammenarbeit auf allen Ebenen in Gang zu bringen und eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.

Wenn jetzt seitens des NATO-Generalsekretärs, also von Herrn Wörner, die Bereitschaft der NATO zur Zusammenarbeit mit den Warschauer-Vertrags-Staaten bekundet wurde, könnten wir da nicht für den Anfang ein Treffen von einfachen Soldaten beider Seiten arrangieren? Sagen wir je 500 Soldaten, die dann in Stockholm, in Genf, in Helsinki, in Moskau, in Washington, wo immer, zusammenkommen könnten. Das hat nichts mit Propaganda zu tun, sondern hier geht es darum, jungen Leuten ein Gespräch zu eröffnen, die sich sonst nur durch das Visier eines Geschützes oder den Computer einer Rakete wahrnehmen. Auf diese Weise würden sie begreifen, daß sie alle Menschen sind und daß sie das Leben in Europa in einem gemeinsamen Haus gestalten können. Ich weiß, daß solche Treffen uniformierter Soldaten Schwierigkeiten bereiten, die aber zu überwinden wären, wenn sich so einflußreiche Leute, wie sie hier versammelt sind, dafür verwenden würden.

Ein anderer Vorschlag beträfe etwa eine Spendensammlung in allen europäischen Ländern für Kinderkrankenhäuser zum Beispiel in Bolivien, Indien oder in Nicaragua. Die Aktion selbst könnte sich dabei als wichtiger erweisen als das Ergebnis, weil sie das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung fördern würde. Durch eine gemeinsame Spendenaktion könnten wir auch als Sinnbild des gesamteuropäischen Hauses gewissermaßen ein gesamteuropäisches Dorf schaffen, in dem sich die verschiedenen Kulturen Europas wiederfinden. Oder wir richten gemeinsam internationale Kinderlager ein, wo sich Kinder aus der Sowjetunion, aus der Bundesrepublik und aus anderen europäischen Ländern treffen könnten. Auch dafür müßten Spenden gesammelt werden.

Des weiteren denken wir daran, einen Ost-West-Expresß zu organisieren, der, sagen wir, von Lissabon bis zur Ostgrenze Europas führt - das kann der Ural, aber auch bis nach Wladiwostok sein. Menschen aus ganz Europa können mit diesem Zug reisen, der in größeren Städten zwei bis drei Tage Aufenthalt hat. Auf diese Weise werden die anderen Europäer auch die Sowjetunion kennenlernen.

Schließlich: Das Sowjetische Friedenskomitee ist bereit - als Antwort auf das Angebot von Herrn Körber, zehn Stipendien für die sowjetischen Studenten in die Bundesrepublik zu vergeben;- , zehn Stipendien für bundesdeutsche Studenten in der Sowjetunion zur Verfügung zu stellen.

Ich meine, bei all unseren theoretischen Erläuterungen sollten wir solche konkreten Projekte nicht vergessen, die wir wie die Luft zum Atmen brauchen.

Bunkina

Ich möchte auf zwei Themen aus unserer Diskussion näher eingehen. Zum einen auf die Frage nach der Konvergenz, ein Begriff, der aus den Naturwissenschaften stammt und dort die Angleichung von Eigenschaften und Merkmalen unter Beibehaltung der elementaren Charakteristika der betrachteten Phänomene meint. Und wenn wir heute vom Bau des gemeinsamen europäischen Hauses sprechen, dann geht es dabei in der Tat auch um Annäherungen auf politischem, wirtschaftlichem, gesellschaftlichem oder sozialem Gebiet. Das ist ein natürlicher Prozeß, der sich real vollzieht.

Aber können wir daraus die Schlußfolgerung ziehen, wie das immer wieder geschieht, daß Konvergenz in diesem Verständnis die Absorption des einen Systems durch das andere bedeutet? Wadim Sagladin hat zu Recht die Frage gestellt, ob Sozialismus und Kapitalismus für sich noch eine Zukunft haben. Der Sozialismus wird zukünftig sicher anders aussehen als das Modell, das wir bisher bei uns aufgebaut haben und das wohl nicht in jeder Hinsicht gelungen war. Hier sehen wir uns einer vielfältigen geschichtlichen Entwicklung gegenüber. Und wenn wir den Konvergenz-Begriff auf die realen Prozesse beziehen, die in der heutigen Welt vor sich gehen, dann brauchen wir davor keine Furcht zu haben.

Die zweite Frage betrifft die Integrationsprozesse, nicht nur in Westeuropa. Das Jahr 1992 oder beziehungsweise der 1. Januar 1993 haben eine nahezu symbolische Wirkung erlangt. Überall wird davon gesprochen, ob in Österreich, in Skandinavien oder in den sozialistischen Ländern Osteuropas. Aber auch da geht es um einen objektiven Prozeß, ob wir das nun befürworten oder nicht. Dieser intensive Integrationsprozeß in Westeuropa ist in gewisser Weise unumgänglich, und er ist mit der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftskomplexes verbunden.

Ist die Entstehung eines solchen einheitlichen Binnenmarktes für die sozialistischen Länder von Vorteil oder von Nachteil? Darauf kann man sicher nur mit "einerseits andererseits" antworten. Auf der einen Seite hat diese Entwicklung für Drittländer, auch in Osteuropa, durchaus Vorteile. Wenn heute beispielsweise die sowjetische Staatsbank gute Beziehungen zu den Banken in der Bundesrepublik pflegt, so kann sie diesen Status morgen auch auf die anderen Länder der Gemeinschaft ausweiten. Das ist sicher von Vorteil. Aber man sollte auch nicht die negativen Seiten außer acht lassen.

Meine Prognose für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa ist, daß es zwischen den sozialistischen Ländern einschließlich der Sowjetunion und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zu einem engmaschigen Netz von Vereinbarungen kommen wird. Fragen von übergeordneter Bedeutung, wie Umweltschutz, Verkehr, Energieversorgung und andere dürften schon bald Gegenstand der Verhandlungen zwischen RGW und Europäischer Gemeinschaft sein. Eine Gesundung der Wirtschaft dürfte jedenfalls vorteilhaft für die politische Moral und für die Festigung des Friedens in Europa sein.

Altmann

Ich habe den Eindruck, das europäische Haus, von dem wir hier reden, verwandelt sich unversehens in ein Museum ungelöster Probleme, vollgestopft mit allen möglichen Dingen. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß die entscheidenden Voraussetzungen für derartige Überlegungen in dem innerpolitischen Reformkurs von Gorbatschow liegen. Innen- und Außenpolitik gehören da ganz eng zusammen. Wenn die Perestroika in Rußland scheitert, scheitert auch die Außenpolitik.

Diese Reformpolitik ist in der Tat ein säkulares Ereignis. Sie bedeutet in letzter Konsequenz die Entscheidung für den Primat der Evolution gegenüber dem Erbe der Revolution. Das ist eine wichtige Entscheidung für Europa, ja für die ganze Welt.

Dabei wäre es für uns wichtig zu erfahren, welchen Zeitplan man sich in der Sowjetunion für die Reformen vorstellt. Wann, glaubt man, wird die sowjetische Wirtschaft soweit sein, daß sich die Sowjetunion öffnen kann? Denn nicht wir müssen uns öffnen, sondern die Sowjetunion.

Damit ist dann aber eine grundsätzliche Neuorientierung verbunden. Öffnung bedeutet den Eintritt der Sowjetunion in die Weltwirtschaft. Daran knüpfen sich natürlich große Hoffnungen im Hinblick auf den weiten sowjetischen Markt. Das gilt nicht nur für uns Deutsche oder für die Europäer, sondern generell. Ich wiederhole: Für uns kommt es darauf an, von der sowjetischen Seite einen Zeitplan zu erfahren, auf den wir uns einstellen können.

Was Abschottungstendenzen des Gemeinsamen Marktes angeht, so halte ich sie zumindest in größerem Maßstab und auf Dauer - nicht für durchsetzbar. Wie immer dieser Gemeinsame Markt aussieht, er muß sich der Welt gegenüber öffnen, auch gegenüber der Sowjetunion. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren; das ist eine Frage des ökonomischen Sachzwangs.

Die Öffnung eines großräumigen sowjetischen Marktes für die neue Weltwirtschaft, darin sehe ich eine ganz neue revolutionäre und erstrangige Aufgabe. Damit könnte auch ein neues Bild der Welt verbunden sein, vielleicht die Wiedererfindung der one world, der einen Welt. Möglicherweise müssen wir dann auch die Frage der Rüstung anders als im traditionellen Schema der Abrüstung sehen, nämlich in der Perspektive eines Systems der gegenseitigen Sicherheit, das von den beiden Weltmächten getragen und für die ganze übrige Welt verpflichtend wird.

Auch die Lösung der deutschen Frage hängt entscheidend davon ab, ob die Sowjetunion selbst ihre große Öffnung schafft. Öffnet sich Rußland der Welt, ist eine neue Lage da. Wenn nicht, dann nicht. Deshalb brauchen unsere Völker Gewißheit. Zusicherungen guten Willens und irgendwelche Versprechungen über die Neueinrichtung des europäischen Hauses reichen da nicht aus. Solche Gewißheit nennen wir auch Orientierung. Und Orientierung heißt im Wortsinn: die Richtung des Heiles. Die sollten wir suchen.

Bahr

Ich greife die Formulierung von Herrn Stürmer auf: Wir sollten vermeiden, von den Schwächen des anderen zu profitieren zugunsten einer gemeinsamen Stabilität. Deshalb sollten wir das Schiff der Probleme nicht noch mehr beladen; es ist schon beladen genug. Vieles von dem, was Herr Conrad gesagt hat, wird sich im Verlaufe des Prozesses ergeben. Aber wir sollten nicht zuviel auf einmal wollen.

Das europäische Haus wird es nur geben, wenn die beiden Großen wie bisher die Sicherheit und Stabilität dieses Hauses garantieren. Insofern ist für mich die Sowjetunion Osteuropa, jenseits aller geographischen Definition.

Ich will aber auch deutlich machen: Ich ziehe nicht in ein neues Haus mit einem Partner ein, der in seinem alten Haus die Möbel zerschlägt und die Fenster klirren läßt. Das heißt, die Stabilität der künftigen Partner in diesem gemeinsamen europäischen Haus, also der osteuropäischen Staaten, ist von erheblicher Bedeutung. Dazu kann die Sowjetunion mehr beitragen als wir.

Man kann die These aufstellen, daß die gegenseitige ökonomische Verflechtung und Abhängigkeit von den westlichen Wirtschaftlern erst dann bewußt eingegangen wird, wenn auch die potentielle Bedrohung wegfällt. Ich kann mich doch nicht in eine Abhängigkeit begeben, solange ich fürchten muß, daß die Bedrohung wiederkommt. Im Augenblick spüren wir sie nicht, obwohl noch keine einzige Kanone abgezogen wurde. Deshalb räume ich den Fragen der Sicherheit doch eine gewisse Priorität ein, obwohl ich vorhin die Umweltfrage so stark akzentuiert habe.

Ich möchte aber in dem Zusammenhang Wadim Sagladin fragen: Was spricht eigentlich dagegen, die Helsinki-Schlußakte zu einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zu machen und dadurch eine Art von Rechtsbasis zu legen? Wir sind in Westeuropa sehr stolz darauf, daß es zwischen unseren Staaten Krieg nicht mehr geben kann wegen der eingetretenen wirtschaftlichen Verflechtung. Im Grunde müßte es doch unser Ziel sein, einen ähnlichen Zustand zwischen Osteuropa und Westeuropa herbeizuführen, das heißt, einen Grad an Verflechtung und gegenseitiger Abhängigkeit zu erreichen, der bedrohende Waffen nicht mehr braucht. Insofern ist es gar kein utopisches Ziel zu sagen: Wir wollen den ewigen Frieden. Wir wollen in der Tat einen Zustand erreichen, in dem Krieg in Europa unmöglich ist.

Aber die Gegenwart - auch in unserer Diskussion hier - ist zum Teil immer noch bestimmt vom alten Denken. Man steht einander gegenüber; es gibt noch immer Konfrontation. Dabei werden wir in wenigen Jahren ganz neuen Gefahren gegenüberstehen - ich erinnere an das, was Herr Häfele gesagt hat-, die uns gemeinsam betreffen. Unter Umständen werden wir dann immer noch in Wien verhandeln und uns fragen, ob wir weiterhin neue Waffen anschaffen wollen.

Insofern hat Herr Bowin sehr recht zu fragen, wieso denn eigentlich auf beiden Seiten weiter gerüstet wird. Ich höre, daß die Sowjetunion ihre Rüstungsproduktion nicht reduziert; ich höre, daß in der NATO über die Modernisierung von Raketen nachgedacht wird - der Jäger 90 ist ja schließlich auch nicht von Pappe. Und die Amerikaner erwarten, daß wir Europäer unsere finanziellen Verteidigungsanstrengungen verstärken. Wie paßt das denn alles zusammen? Wir müssen doch bei Beginn der Verhandlungen in Wien die weitere Modernisierung zunächst einmal abstoppen, damit wir

wenigstens überschauen können, was abgeschafft werden soll, beispielsweise auch in der Sowjetunion.

Aber es geht auch um ganz neue Waffensysteme, die es heute noch gar nicht gibt. Auch die müssen wir in unsere Überlegungen einbeziehen. Das heißt, wie können wir das Denken in den alten Kategorien der Konfrontation und der Sicherheit voneinander wenigstens in dem einen Punkt überwinden, daß wir uns gemeinsam vor neuen Waffen schützen? Das wäre doch sehr interessant. Dann haben wir immer noch genug damit zu tun, die alten Waffen wegzubringen.

Ein letztes Wort zu der gegenwärtigen Entwicklung in der Sowjetunion und in Osteuropa. Ich habe gesagt, wir brauchen stabile Partner, wenn wir in ein gemeinsames Haus einziehen. Heute machen wir uns Sorgen um das, was in der Sowjetunion geschieht. Das war früher nicht der Fall. Wir fragen uns, ob der Prozeß dort beherrschbar bleibt oder nicht. Und wie steht es um diesen Prozeß in anderen Ländern Osteuropas? Ich bin gar nicht so darauf aus, daß die DDR mit der Sowjetunion gleichgeschaltet wird. Wenn die noch nicht bereit sind zu soviel Glasnost, na, sollen sie doch abwarten. Ich glaube nicht, daß sie sich auf die Dauer diesem Prozeß werden entziehen können. Aber das ist deren Sache. Wichtig ist, daß der ganze Prozeß kontrollierbar bleibt. Solange wir das jedoch nicht überschauen können, sind wir erst recht daran interessiert, daß in Osteuropa so schnell wie möglich ein Zustand erreicht wird, der es physisch unmöglich macht, noch einmal Druck oder Drohung mit militärischen Mitteln auf Westeuropa auszuüben.

Kaiser

Ich halte zwei Fragen für die weitere Diskussion fest. Zum einen: Läßt sich die KSZE-Schlußakte in einen völkerrechtsverbindlichen Vertrag umwandeln? Zum anderen die Frage, die auch Herr Altmann aufgeworfen hat, ob der Prozeß in Osteuropa kontrollierbar bleibt und sich evolutionär entwickeln kann.

Daschitschew

Im Westen wird häufig die Frage gestellt: Ist die Perestroika in der Sowjetunion ein irreversibler Prozeß? Oder ist der ganze Umbau nur auf eine Person fixiert - und wenn dann mit Gorbatschow etwas passiert? Nun ist die Perestroika ja keineswegs eine neue Entwicklung. Und einige unserer Historiker vertreten die Auffassung, daß wir jetzt bereits den dritten Versuch erleben, das Modell des Sozialismus neu zu gestalten. Der erste Versuch wurde noch während der Regierungszeit Lenins unternommen durch die damalige Neue Ökonomische Politik (NEP). Das ging bis zum Jahre 1929. Der zweite Versuch kam nach dem 20. Parteitag 1956, und jetzt befinden wir uns praktisch in einem dritten Anlauf.

Hier läßt sich nun eine bestimmte Entwicklung ausmachen. Nehmen Sie die Reform in Ungarn, die 1968 begann und zunächst nur einzelne Bereiche der Gesellschaft, in erster Linie die Wirtschaft, erfaßte. Die politischen und gesellschaftlichen Strukturen blieben außen vor, zumal die Reformer in Ungarn äußere Faktoren, wie zum Beispiel den Einfluß der Sowjetunion, mitberücksichtigen mußten. Deshalb ist man in Ungarn sehr umsichtig zu Werke gegangen und hat den Prozeß sich allmählich entwickeln lassen. In China begann vor zehn Jahren eine Perestroika.

Wir haben es hier also nicht mit einer Erscheinung zu tun, die sich nur auf die Sowjetunion konzentriert, sondern mit einer breiten Entwicklungstendenz, mit einem Übergang zu einer neuen Qualität, zu einem neuen Modell des Sozialismus. Deshalb bin ich der Auffassung, daß diese Tendenz unumkehrbar ist, obwohl es durchaus denkbar ist, daß zeitweilig Wellentäler entstehen. Der Prozeß selbst aber wird weitergehen.

Lebahn

Von sowjetischer Seite wird hier immer wieder darauf verwiesen, daß im Augenblick vieles anders wird. In der Tat ist zur Zeit in der sowjetischen Wirtschaft ein Prozeß im Gange, den wir bisher nicht für möglich gehalten haben. Vieles wird geradezu auf den Kopf gestellt. Herr Pekschew meinte sogar, es sei jetzt eine Situation entstanden, von der wir uns früher nicht einmal hätten träumen lassen.

Wovon träumt ein westlicher Banker? Daß er es mit einem Partner zu tun hat, mit dem er optimal zusammenarbeiten kann. Das setzt eine optimale wirtschaftliche Struktur voraus, also im Zweifelsfalle unser effektives kapitalistisches Wirtschaftssystem.

Hier sehe ich nun aber ein generelles Problem, über das sich unsere sowjetischen Kollegen sicher den Kopf zerbrechen. Denn dabei geht es ja nicht nur um das Wirtschaftssystem, sondern um das ganze gesellschaftliche und ideologische System. Man kann nicht aus dem Westen bestimmte

Instrumente übernehmen, die ganz typisch für unser System sind, und dann erwarten, daß das dort auch so wie bei uns funktioniert.

Meine Frage an die sowjetischen Teilnehmer ist: Sehen Sie irgendwelche ideologischen oder gesellschaftlichen Grenzen hinsichtlich der Übernahme westlicher Instrumente? Wie ich höre, will Gorbatschow jetzt in New York die Börse besuchen. Das demonstriert, wie offen man in der Sowjetunion unterdessen geworden ist. Denn etwas Kapitalistischeres als die Börse gibt es wohl nicht. Wenn ich über die Jahrzehnte hinweg an die vielen Karikaturen in sozialistischen Zeitungen denke, dann war es gerade der westliche Börsenvertreter, der als teuflischer Repräsentant einer unmenschlichen Politik dargestellt wurde. Wenn sich diese Einschätzung jetzt geändert haben sollte und man bereit ist, selbst auf diesem Gebiet einiges von uns zu übernehmen, können wir das nur begrüßen.

Nun sollten wir natürlich fairerweise zugeben, daß Umstrukturierungsprozesse auch in unserer Wirtschaft Unsicherheiten mit sich bringen und ihre Zeit dauern. Wenn beispielsweise die Geschäftspolitik und Organisation bei einem Konzern wie Daimler-Benz völlig neu ausgerichtet wird, dann geht das auch nicht von heute auf morgen. Genausowenig können wir das bei der Perestroika in der Sowjetunion erwarten. Wenn bei uns ein Autokonzern einen Modellwechsel vornimmt, dann bedeutet das erhebliche Veränderungen in den Produktionsabläufen. Und das, was wir zur Zeit in der Sowjetunion erleben, läßt den Schluß zu, daß dort jetzt ein ganz erheblicher Modellwechsel stattfindet.

Herr Altmann fragte nach der Vorhersehbarkeit und Sicherheit dieses Prozesses. Aufgrund unserer vielfältigen Kontakte mit der Sowjetunion habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets selbst nicht so genau wissen, wie die langfristigen Planungen ablaufen werden. Um es drastisch zu sagen: 70 Jahre einer verfehlten Wirtschaftspolitik sind nicht kurzfristig zu revidieren. Und die heutige sowjetische Regierung steht vor dem Problem, daß sie vor aller Weltöffentlichkeit sozusagen die Quittung für die Fehlleistungen ihrer Vorgänger erhält. Jetzt dürfen die Leute erstmals offen Kritik üben. Aber wen kritisieren sie, wenn sie sich über die Schlangen vor den Geschäften ärgern? Doch nicht diejenigen, deren Politik über 70 Jahre die Ursache für diesen Zustand sind, sondern die heutige Regierung. Das ist menschlich verständlich. Dieser menschliche Faktor ist aber von entscheidender Bedeutung. Deshalb heißt es in der Diktion der sowjetischen Regierung, das neue Denken müsse forciert werden.

Wie schwierig das ist, kann ich mir zumindest im Wirtschaftsbereich vorstellen. Für uns westliche Wirtschaftler ist - so hart das klingen mag - der Gewinn das A und O. Das ist der Hauptmaßstab. Dagegen ist dem sowjetischen Volk in 70 Jahren beigebracht worden: Gewinn, das ist Profit, und das ist etwas Schlechtes. Und nun hören die Menschen dort von einem Tag zum anderen das Gegenteil. Daß es da zu Friktionen und Widerständen kommt und man sich schwertut, das zu verstehen, liegt doch auf der Hand.

Wir sehen das beispielsweise bei der Freigabe von wirtschaftlicher Initiative auf unterer Ebene in den Kolchosen, den Kooperativen und den Joint-ventures. Auf einmal entfalten zahlreiche Menschen in Wirtschaft und Wissenschaft private Initiative mit teilweise ausgesprochen interessanten Ergebnissen. Zugleich gibt es dagegen aber auch bedenkliche Reaktionen, indem diese Leute etwa in Leserbriefen und Zeitungsartikeln als Diebe, Halsabschneider und Spekulanten beschimpft werden. Es reicht eben nicht aus, nur die ökonomischen Instrumente zu wechseln, sondern es müssen auch die dazugehörenden geistigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Herr Pekschew hat mit Recht gesagt, die Sowjetunion sei ein sehr guter Schuldner vom internationalen credit standing her. Und Auslandskredite sind in der heutigen Situation unerlässlich, um die riesigen Zukunftsinvestitionen durchführen zu können. Kredit kommt von credere, von glauben. Wir müssen das Gefühl bekommen, daß die sowjetische Seite an ihre Zukunft glaubt und dabei auch die Zusammenarbeit mit uns einbezieht. Jedenfalls würde ich es befürworten, wenn sich der Westen finanziell in großem Maßstab an der wirtschaftlichen Entwicklung dieses riesigen Landes beteiligt, wofür natürlich von der Sowjetunion auch die allgemein üblichen kreditmäßigen und dazu gehören neben wirtschaftlichen ebenso die politischen - Rahmenbedingungen geschaffen und gewährleistet werden müssen.

Pekschew

Eines möchte ich klarstellen: Die Sowjetunion nimmt beim Kapitalismus keine Anleihen auf. Es handelt sich hier um ein Instrumentarium der Warenproduktion, das sowohl dem Kapitalismus als auch dem Sozialismus eigen ist. Es kann also keine Rede davon sein, wir wollten versuchen, den Sozialismus gegen den Kapitalismus einzutauschen.

Sagladin

Sie fragen, ob die Situation in der Sowjetunion kontrollierbar ist. Das kann ich nur mit ja beantworten. Der Prozeß ist allerdings insofern schwer für uns zu kontrollieren, als wir uns fest entschlossen haben, ihn unter demokratischen Bedingungen zu realisieren. Die demokratische Kontrolle hängt eng mit einer Ausweitung der Diskussion, der Meinungsvielfalt, des Pluralismus zusammen. Es gibt also in diesem Prozeß einige destabilisierenden Elemente, aber die Vorteile dieser Vorgehensweise sind so offenkundig, daß wir auf diesem Weg weitergehen werden.

Herr Altmann fragt nach einem Zeitplan, wann was zu erwarten ist. Darauf kann ich Ihnen ehrlich gesagt keine genaue Antwort geben. Es gibt allerdings einige klare zeitliche Limits. So wissen wir, daß die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in zwei, drei, vielleicht vier Jahren sichergestellt werden muß. Das zweite Limit stellt das Wohnungsproblem dar, das bis zum Jahr 2000 zu lösen ist. Das wird schwer werden. Alle anderen Programme sind zur Zeit noch in der Diskussion.

Auf dem letzten ZK-Plenum hat Ministerpräsident Ryshkow darüber informiert, daß gegenwärtig ein Plan bis zum Jahre 2005 ausgearbeitet wird, und zwar werden erstmals drei Planvarianten vorgeschlagen, die jetzt diskutiert werden müssen, bevor wir uns für eine Variante entscheiden. Das Ziel aller drei Varianten ist die Umorientierung der Wirtschaft auf die Erfüllung sozialer Bedürfnisse. Das setzt nach außen in jedem Fall die Abkehr von der Konfrontation und die Verringerung der Rüstungsproduktion, also der Aufwendungen für den militärischen Bereich, voraus.

Welche Prioritäten will man setzen? Entweder beginnen wir mit einer technischen Umrüstung im Maschinenbau oder mit einer Modernisierung der Leichtindustrie. Die Entscheidung darüber erfolgt im April 1989, wenn dem neu gewählten Obersten Sowjet die Dinge zur Entscheidung vorgelegt werden. Dann wird auch der Zeitplan mehr oder weniger klar sein.

Frau Mathiopoulos fragte nach dem Unterschied zwischen dem Helsinki-Prozeß und dem europäischen Haus. Ich würde so antworten: Im Jahre 1975 bei der KSZE übertraf der Wunsch die Wirklichkeit; 1985 wird der Wunsch in die Tat umgesetzt. Des weiteren: Die KSZE sah 1975 eine Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten vor, bei der die Spaltung des Kontinents unverändert bleiben sollte. Das, was wir heute versuchen, ist nicht nur die Entwicklung der Zusammenarbeit, sondern wir streben auch den Aufbau gesamteuropäischer Strukturen an, beispielsweise im Hinblick auf den Umweltschutz, möglicherweise die Energiewirtschaft und humanitäre Fragen.

Mit anderen Worten: Wir wollen den Helsinki-Prozeß fortsetzen, diesen jedoch nunmehr auf einer qualitativ noch höheren Stufe verwirklichen. Gorbatschow hat vor kurzem gesagt, der Abschluß der Wiener Verhandlungen könne der erste Schritt zu einer faktischen Grundsteinlegung des europäischen Hauses sein. Denn in Wien geht es nicht nur um Zusammenarbeit, sondern auch um gemeinsame ständige Einrichtungen in der Ökologie und in anderen Bereichen.

Herr Bahr fragte, ob wir die Idee befürworten würden, dem Helsinki-Prozeß eine rechtsverbindliche Form zu geben. Warum nicht? Wir sind mit jeder Zeile der Schlußakte einverstanden. Eine andere Frage ist, wie sich diese Prinzipien in Zukunft weiterentwickeln sollen. In unsere Verfassung von 1977 hatten wir zehn der Helsinki-Prinzipien aufgenommen und werden das auch in der neuen Verfassung beibehalten.

Kaiser

Ich nenne einmal vier Fragen, die wir in der weiteren Diskussion vertiefen könnten.

Erstens: Herr Sagladin sprach von einer Kompromißlösung im Hinblick auf die nukleare Abschreckung, die, wenn auch vermindert, noch für eine längere Zeit in Europa weiterbestehen könnte. Und Herr Bogdanow meinte, was die Modernisierung angehe, müsse man Wege und Mittel finden, daß Kernwaffen nur noch der Verteidigung dienen. Was heißt das?

Zweitens: Hier war viel von Veränderungen die Rede, die aber kontrolliert vor sich gehen müssen. Was ist eigentlich damit gemeint? Wie weit kann die Veränderung gehen? Uns würde beispielsweise interessieren, wie unsere sowjetischen Gäste sich die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten vorstellen.

Drittens: Herr Rühle hat die Offenheit der Grenzen stark betont. Die Türen im europäischen Haus müssen offener werden. Welche Entwicklung können wir uns da vorstellen, ohne daß dieser Prozeß unkontrollierbar wird?

Und schließlich viertens: Sowohl Herr Sagladin als auch Herr Bahr haben von neuen rechtlichen Möglichkeiten, Institutionen, Klammern gesprochen, die Ost- und Westeuropa verbinden. Welche Ansätze könnten auf diesem Gebiet nützlich sein?

Karaganow

Zunächst ein Wort zur Präsenz Amerikas im gemeinsamen europäischen Haus. Ich wende mich dabei nicht nur an die westdeutschen, sondern auch an meine sowjetischen Kollegen. Ich meine, wir sollten klipp und klar zum Ausdruck bringen, daß Amerikas Anwesenheit in Westeuropa nicht irgendein *Fait accompli* darstellt, sondern daß dies gegenwärtig und auch in absehbarer Zukunft unabdingbar ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind Teil des heutigen Europas in politischer, militärischer, kultureller und moralischer Hinsicht. Und wenn wir über die Zukunft nachdenken, dann ist das Hauptziel eines wie auch immer gearteten Sicherheitssystems in Europa die Erhaltung der Stabilität. Dies ist ohne die USA nicht zu gewährleisten. Der Abzug der Vereinigten Staaten würde über kurz oder lang eine Destabilisierung innerhalb Westeuropas zur Folge haben, zumindest kann das dazu führen. Es könnten neue oder alte Rivalitäten oder gegenseitiges Mißtrauen wieder aufbrechen. Das wollen wir sicher nicht.

Ich halte aber das Ausscheiden der Vereinigten Staaten aus dem europäischen Sicherheitssystem auch aus grundsätzlichen Erwägungen für unmöglich, selbst wenn wir hier alle damit einverstanden wären. Schon auf die Androhung eines solchen Abzuges würde man in Westeuropa angesichts der sowjetischen Übermacht mit Schrecken reagieren.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu: Ich bin wie viele meiner Kollegen gegenüber der amerikanischen Politik, besonders der Militärstrategie, mißtrauisch. Ich hielte es deshalb für besser, wenn die Vereinigten Staaten an das europäische Sicherheitssystem gebunden blieben, weil sie dadurch, wie die Praxis der letzten 30 Jahre zeigt, viel vorsichtiger agieren, zumal sie auch von diesem System mit abhängig sind. Sowohl der westeuropäische als auch der gesamteuropäische Einfluß hat die Vereinigten Staaten mehr als einmal von unbedachten Schritten abgehalten, wenn ich etwa an den kalten Krieg oder an 1973 zurückdenke.

Ich möchte dann noch etwas zur Schaffung des westeuropäischen Binnenmarktes 1992 sagen. Anders als viele meiner Kollegen sehe ich 1992 in kurz- und mittelfristiger Perspektive als eine positive Entwicklung. Dank seiner größeren Gemeinsamkeit hat Westeuropa neues Selbstvertrauen gewonnen. Noch vor fünf Jahren grassierte der sogenannte Europessimismus, der Westeuropa zu einem schwer umgänglichen Partner machte. Ein selbstbewußtes Westeuropa ist für uns ein sehr viel interessanterer und zuverlässigerer Partner.

Man sollte hinzufügen, daß sich mit der Entstehung des europäischen Binnenmarktes die Situation ja nicht grundlegend verändert, sondern lediglich weiterentwickelt, wobei ich nicht verkenne, daß damit auch strukturelle Momente für die Auseinanderentwicklung Europas verbunden sein können. Insofern würde ich von unseren westdeutschen Kollegen gern wissen, ob Sie irgendwelche kompensatorischen Maßnahmen vorsehen, um zu verhindern, daß 1992 tatsächlich zu einer Auseinanderentwicklung Europas führt.

Mein dritter Punkt betrifft asymmetrische Rüstungsprobleme, die bei den künftigen Verhandlungen zu berücksichtigen sind. Dazu würde ich gern wissen: Was ist denn der Westen bereit zu geben? Ist er überhaupt bereit, irgend etwas beizusteuern? Da zeichnen sich in letzter Zeit positive Veränderungen ab. Oder ist die Bundesrepublik immer noch der Ansicht, daß sie nur über das absolute Minimum an Streitkräften verfügt?

Eine weitere Frage stelle ich zur Modernisierung der Atomwaffen im Rahmen der NATO. Wenn dies realisiert würde, und einige Anzeichen deuten daraufhin, bedeutet das dann nicht eine erhöhte militärische Bedrohung für unser Bündnis? Wie wird die Sowjetunion darauf reagieren? Daraus könnte sich durchaus eine neue politische Krise entwickeln, auch wenn diese nicht die Ausmaße von 1979/83 annimmt.

Schröder

Was wäre denn die Sowjetunion zu geben bereit, wenn wir auf die Modernisierung verzichten? Würde dann die Sowjetunion als Gegenleistung beispielsweise ihre Kurzstreckenwaffen auf den Stand der NATO-Kurzstreckenwaffen reduzieren?

Bogdanow

Zu der Beseitigung von Raketen im Mittelstreckenbereich in Europa kann man zwei Einschätzungen vernehmen. Die einen meinen, dadurch sei die Sicherheit in Europa gestiegen. Andere vertreten dagegen den Standpunkt, den ich auch in der BRD gehört habe, daß dies die Sicherheit in Europa vermindert habe. Dadurch sei praktisch eine Abkoppelung von den amerikanischen strategischen Waffen erfolgt, zu denen die in Europa stationierten Mittelstreckenraketen eine Art Bindeglied dargestellt haben. Auf diese Anschauung gründet sich vermutlich die ganze Philosophie der Modernisierung, daß die angeblich verminderte Sicherheit durch die Modernisierung kompensiert werden müsse.

Wir stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit in Europa größer geworden ist. Wenn ab dem kommenden Jahr die bestehenden Asymmetrien und Ungleichgewichte in der konventionellen Rüstung ausbalanciert werden mit dem Ziel einer Parität auf beiden Seiten, frage ich mich: Wozu brauchen Sie dann noch die Modernisierung, und warum sollen wir dafür etwas bezahlen?

Daschitschew

Wir sollten die Frage der Modernisierung nicht dramatisieren. Natürlich sind die Militärs überall bestrebt, ihre Streitkräfte zu modernisieren. Sie wissen, wie heftig wir seinerzeit auf alle militärischen Neuerungen im Westen reagiert und uns bemüht haben, den Westen möglichst einzuholen, der ja meist Vorreiter bei der Einführung neuer Waffensysteme war. Heute sehen wir die Frage der militärischen Parität ein wenig anders und sind der Meinung, daß es auf ein vernünftiges Verhältnis bei der Rüstung ankommt. Wir werden also nicht gleichziehen, wenn es zu einer Modernisierung im Westen kommt. Die Mittel, über die wir verfügen, reichen für die Selbstverteidigung völlig aus.

Bahr

Zur Modernisierung zunächst drei Bemerkungen. Erstens ist Modernisierung eine völlig normale Erscheinung. Zweitens befinden wir uns zur Zeit in einem Modernisierungsprozeß, der die atomaren Artilleriegeschosse betrifft, ein Vorgang, gegen den auch die SPD keine Einwände hat, weil dadurch die strategische Lage nicht verändert wird.

Drittens: Das, worüber wir jetzt reden, wird nur als "Modernisierung" bezeichnet, in Wirklichkeit ist es eine neue Rüstung mit veränderten strategischen Fähigkeiten. Ich meine eine Rakete mit 450km Reichweite, die wir zur Zeit noch nicht haben. Da sollte man also nicht von Modernisierung sprechen.

Vor wenigen Tagen hat der stellvertretende sowjetische Generalstabschef hier in Bonn darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion als Ergebnis des INF-Abkommens ihre modernste Rakete mit einer Reichweite von 400km abzieht und vernichtet. Vielleicht sollte man der Sowjetunion vorschlagen, diese Rakete nicht zu vernichten, sondern aufzuheben für den Fall, daß im Westen neue 400-km-Raketen hergestellt werden. Es macht doch überhaupt keinen Sinn, daß diese Raketen in der Sowjetunion vernichtet und bei uns neu aufgestellt werden.

Was die Modernisierung von luftgestützten Abwehrwaffen angeht - von den Reichweiten her eine echte Kompensation für INF-, so wird dadurch zwar das INF-Abkommen nicht verletzt, das sich ja nur auf landgestützte Raketen beschränkt. Aber de facto stellen diese neuen luftgestützten Abwehrwaffen eine Kompensation dar und Kompensation führt jede Abrüstung ad absurdum. Wenn man das, was jeweils abgerüstet wird, auf andere Weise kompensiert, sollte man die Abrüstung gleich lassen. Was also innerhalb der NATO unter den Stichworten "Modernisierung" und "Kompensation" überlegt wird, ist Ausdruck des alten Verhältnisses der potentiellen Konfrontation, die wir ja gerade beenden wollen. Auf jeden Fall muß die Entwicklung neuer Waffensysteme, die es heute noch gar nicht gibt, gestoppt werden.

Auf die Frage, was die Sowjetunion bezahlen muß, um die Modernisierung zu verhindern, würde ich antworten: Sie sollte so schnell wie möglich die konventionellen Asymmetrien beseitigen, zumindest bis zu einem Punkt konventionell abrüsten, der die Angriffsunfähigkeit garantiert.

Die Kompromißlösung, die Herr Sagladin vorgeschlagen und der Herr Teltschik im Grundsatz zugestimmt hat, ist aus meiner Sicht die politisch-taktische Antwort angesichts der Tatsache, daß man sich nicht zutraut, jetzt einen Modernisierungsstopp zu vereinbaren. Statt dessen einigt man sich in einem politischen Zwischenschritt auf ein Minimum auf beiden Seiten. Ich finde es hochinteressant, daß die Sowjetunion offenkundig, um die Verhandlungen zwischen Ost und West in Wien nicht zu erschweren, von einer dritten Null-Lösung nicht mehr redet, sondern statt dessen ihre Bereitschaft, über ein vereinbartes Minimum auf beiden Seiten zu verhandeln, bekundet. Als zeitlich begrenzte

Zwischenstufe ist eine solche Vorgehensweise natürlich besser, als die unbegrenzte Fortsetzung der Modernisierung oder die Einführung neuer Waffen.

Teltschik

Beim Thema Modernisierung stehen beide Seiten in der Tat vor der Frage, ob daraus erneut ein Gegenstand der Konfrontation wird, oder ob wir es konstruktiv miteinander zu lösen versuchen. Ich kann nur davor warnen - Herr Karaganow hat das ja deutlich gemacht-, wieder in die Situation von 1982/83 zurückzufallen, daß man fast willkürlich ein bestimmtes Nuklearsystem herausgreift und sagt, das entscheide jetzt über Frieden oder Unfrieden. Deshalb sollten wir in diesem Punkt sehr sorgsam und redlich miteinander umgehen.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Nuklearsysteme mit weniger als 500 km Reichweite bisher rüstungskontrollpolitisch nicht erfaßt sind. Ich weise darauf hin, daß es unsere Regierung gewesen ist, die auch im westlichen Bündnis von Anfang an darauf gedrängt hat, daß diese Systeme rüstungskontrollpolitisch erfaßt werden, so schwierig dies von der Verifikation her auch ist.

Beide Seiten haben Nuklearsysteme mit weniger als 500km Reichweite, und es ist unbestritten, daß die Sowjetunion davon deutlich mehr besitzt als der Westen. Und auch die Sowjetunion modernisiert im Bereich unter 500km Reichweite. Das betrifft beispielsweise die über 600 Systeme der SCUD B.

Aus diesem Grunde hat Bundeskanzler Kohl die Sowjetunion wiederholt gebeten, darüber nachzudenken, ob sie einige dieser Systeme nicht einseitig reduziert. Diese Bitte ist bis heute ohne Antwort geblieben.

Tatsache ist: Als diese Bundesregierung 1982 ins Amt kam, gab es im Bereich der Nuklearsysteme unter 500 km Reichweite rund 6.000 Nuklearköpfe in Westeuropa; heute sind es noch rund 4.000. Das heißt, der Westen hat einseitig über 2.000 nukleare Sprengköpfe reduziert. Vielleicht gibt es morgen nur noch 2.000 oder sogar nur 1.000. Das Gesamt-konzept der NATO sieht vor, die Struktur der nuklearen Verteidigung in und für Europa neu zu ordnen und die nuklearen Sprengköpfe weiter drastisch zu reduzieren, ohne daß der Westen bereit ist, im Bereich unter 500km Reichweite auf Null zu gehen. Ziel ist - darüber haben die Außenminister der NATO in Reykjavik einvernehmlich gesprochen-, daß diese Systeme auf gleiche Obergrenzen zwischen NATO und Warschauer Pakt reduziert werden sollen. Das wurde auch noch einmal auf dem NATO-Gipfel im März dieses Jahres bekräftigt.

Nun liegt es in der Logik der Sache, daß die verbleibenden Systeme wirksam gehalten werden müssen. Die entsprechende Formel im NATO-Kommuniqué lautete: up to date. Das hat mit Kompensation und einer neuen Bedrohung der Sowjetunion überhaupt nichts zu tun. Denn es wird ja weiter drastisch reduziert.

Es liegt auch im Sinne des Gesamtkonzepts der NATO, daß sich ein. erfolgreicher Verlauf von START, also die Reduzierung der strategischen Systeme um 50 Prozent, natürlich auf die Nuklearstruktur in und für Europa auswirken wird. Wir Europäer sind ja nicht zuletzt deshalb so sehr für die Reduzierung der strategischen Systeme, weil die Sowjetunion mit ihrem Potential solcher Systeme problemlos die INF-Systeme kompensieren kann, was die Zielabdeckung in Europa betrifft. Wir haben nichts Vergleichbares. Auch ein weltweites Verbot von C-Waffen würde sich auf Zahl und Struktur der nuklearen Rüstung in Europa auswirken. Das gleiche gilt für das Erreichen konventioneller Stabilität.

Wir dürfen also das Thema der Kurzstreckensysteme nicht isoliert sehen, sondern die Entwicklungen in allen Bereichen werden sich auf Zahl und Struktur der Nuklearwaffen in Europa auswirken.

Sie sagen, Herr Daschitschew: Wenn der Westen modernisiert, werden wir nicht gleichziehen. Da kann ich Sie nur auffordern: Sie sollten gleichziehen, weil es dann deutlich weniger Nuklearsysteme in Ost und West geben wird.

Sagladin

Einige Worte zum Problem der Modernisierung. Das Vorhandensein taktischer Atomwaffen in Westeuropa wurde, wie Herr Bogdanow sagte, mit der sowjetischen Überlegenheit im konventionellen Bereich begründet. Wenn diese Asymmetrie jetzt beseitigt wird, bedarf es in der Tat der Atomwaffen nicht mehr; dann erledigen sich die im Westen vorhandenen Befürchtungen, ob diese nun berechtigt sind oder nicht. Ich habe ja bereits gesagt, daß wir die realen Bedürfnisse unserer Partner im Westen berücksichtigen, selbst wenn wir sie nicht nachvollziehen können.

Ich würde in dieser Situation raten, die Modernisierung jetzt nicht zu forcieren, sondern ein, zwei Jahre abzuwarten, bis deutlich wird, wie die Verhandlungen im konventionellen Bereich verlaufen.

Ein zweiter Aspekt ist, daß die Existenz atomarer Waffen im Westen auch von der Konzeption der Abschreckung getragen wird. Dies ist zumindest die Grundlage der NATO-Strategie. Das heißt, es ist nicht nur die Frage der Asymmetrien, sondern auch der strategischen Überlegungen, die den Bedarf nach solchen Waffen auslösen. Herr Teltschik wies darauf hin, daß auch die Sowjetunion über derartige Waffen in großer Anzahl verfügt. Das ist zutreffend. Deshalb schlagen wir parallel zu den Verhandlungen über konventionelle Bewaffnung auch Verhandlungen über den Abbau taktischer Atomwaffen vor.

Wie sie wissen, favorisieren wir die Idee einer dritten Null-Lösung. Dazu ist der Westen heute noch nicht bereit. Deshalb sollten wir uns um eine Zwischenlösung bemühen. Herr Teltschik hat zu Recht gesagt, das Problem der taktischen Waffen führe entweder zur Konfrontation oder zu Vereinbarungen. Wir sind für Vereinbarungen, und ich bin davon überzeugt, daß wir den Prozeß der Vertrauensbildung Schritt für Schritt voranbringen.

Herr Bahr erwähnte die neuen Waffensysteme, die bisher noch niemand besitzt. Auch darüber kann man sich verständigen. Es gibt Vorschläge von amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftlern, die militärische Nutzung neuer Technologien zu verbieten und eine internationale Kontrolle dafür einzurichten. Da kann man sich verschiedene Varianten vorstellen, und es kommt nur darauf an, eine Lösung zu finden, die für beide Seiten akzeptabel ist.

Herr Karaganow hat das Thema der amerikanischen Präsenz in Europa angeschnitten, und ich stimme seiner Einschätzung durchaus zu. Die Anwesenheit der Amerikaner ist aber noch aus einem anderen Grunde notwendig. Bei der Errichtung des europäischen Hauses kommt es entscheidend darauf an, daß der Helsinki-Prozeß, an dem ja die USA und Kanada wesentlich beteiligt sind, in wichtigen Teilen vorangetrieben wird.

Ein weiterer Punkt betrifft die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die mit dem europäischen Haus eng verknüpft sind. Die Dynamik der bilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten hat sich - einmal unabhängig vom Rüstungssektor - enorm verstärkt. Das kam für uns, aber auch für die Amerikaner recht unerwartet. Im humanitären Bereich, beim Informations- und beim Kulturaustausch nehmen die Kontakte rapide zu. Auch über die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen wird ernsthaft gesprochen. Dabei geht es auch um Rücknahme der Beschränkungen aufgrund des Jackson-Amendments. Diese vielfältigen Beziehungen zur UdSSR werden die USA noch stärker an das gesamteuropäische Haus binden.

Altmann

Ich meine, wir sollten hier nicht so tun, als wenn wir Militärs wären, die Absprachen zu treffen hätten. Nach all den Reden über das europäische Haus ist es eine merkwürdige Erwartung, daß da Bewohner mit Maschinenpistolen bewaffnet einziehen werden, die zwar gesichert, aber geladen sind. Eine eigenartige Bewohnerschaft. Stellen Sie sich einmal ein Haus vor, in dem jeder mit so einem Ding herumläuft.

Wir sollten prinzipiell politischen Lösungen den Vorzug vor militärischen geben. Es ist eine große Gefahr, daß die militärischen Waffen heute ein so großes Eigengewicht haben und sich gegenüber den politischen Möglichkeiten selbständig machen. Deshalb sollten wir die Frage gegenseitiger Sicherheitssysteme politisch diskutieren und nicht dauernd über Abrüstung alten Stils reden.

Kaiser

Wir sollten noch einmal zu den Befürchtungen Stellung nehmen, daß sich der gemeinsame Markt nach außen abkapseln könnte.

Weidenfeld

Zunächst möchte ich daran erinnern, daß Fragezeichen dieser Art nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von den USA, von Japan, von den skandinavischen Staaten genauso wie von der Schweiz aufgeworfen werden.

Worum geht es eigentlich in diesem Europa von 1992? Aufhebung der internen Markthemmnisse, Freizügigkeit von Arbeitskräften, Kapital, Dienstleistungen, also die logische Konsequenz der längst realisierten Zollunion. Der Markt wird gegenwärtig noch behindert durch unterschiedliche Normen, Steuern, Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften. Es findet eine ungeheure Verschleuderung von

Ressourcen statt. Pro Jahr werden innerhalb der EG beispielsweise im öffentlichen Auftragswesen über 400 Milliarden DM investiert, auf abgeschotteten nationalen Märkten. Das führt zu immensen Kosten bei großen technologischen Produktionen. Zum Beispiel haben die westeuropäischen Staaten für die Entwicklung des digitalen Telefonsystems 19 Milliarden DM investieren müssen, während die Amerikaner für ein vergleichbares System knapp die Hälfte und die Japaner nur ein Viertel dieser Summe aufgewendet haben.

Die Chancen und Risiken im Blick auf die Außenbeziehungen, die in diesem Prozeß stecken, sollten wir nüchtern sehen. Die EG als wirtschaftlicher Partner wird zweifellos noch stärker als heute - mit zusätzlichen Möglichkeiten weltweiter ökonomischer Kooperation. Und ein starker Markt ist viel weniger als ein schwacher darauf angewiesen, sich durch Zäune nach außen zu schützen. Der Zugang zu diesem Markt für Dritte wird sich insgesamt vereinfachen, weil diese sich nur auf einen Markt und nicht auf zwölf Märkte einstellen müssen.

Zu den Risiken gehört, daß die Verwirklichung dieses Marktes erhebliche soziale und ökonomische Konflikte innerhalb der europäischen Gemeinschaft auslösen wird. Das, was wir in den letzten Jahren etwa an Konflikten in der Stahlindustrie im Ruhrgebiet erlebt haben, ist nur ein kleiner Vorgeschmack für das, was an sozialen Konflikten ausbrechen wird, wenn gewachsene ökonomische und soziale Besitzstände in Frage gestellt werden. Hier besteht durchaus die Gefahr, daß man sich vornehmlich mit sich selbst beschäftigt und zumindest in einzelnen Marktbereichen versucht, sich gegen die Konkurrenz von außen zu schützen, wenn schon die Besitzstände im Innern in Frage gestellt werden.

Aber ich halte dies für eine begrenzte Gefahr, weil die Europäische Gemeinschaft '92 es sich weniger leisten kann als irgendein anderer Wirtschaftsraum auf dieser Erde, Zäune um sich zu errichten. Denn diese Gemeinschaft ist zum einen extrem exportorientiert und zum anderen genauso extrem vom Import von Rohstoffen abhängig. Jedes Herumzündeln an dieser labilen internationalen Ordnung würde negative Konsequenzen für den Außenhandel der EG haben. Die Einsicht in diesen Sachverhalt ist zweifellos in einzelnen EG-Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägt.

Gefahren im Außenhandel sehe ich also weniger im Grundsatz, aber sehr wohl im Detail, wenn die EG dazu übergeht, die Marktbedingungen im einzelnen so zu definieren, daß ein Zugang von außen praktisch unmöglich wird. In dieser Hinsicht sollten unsere Partner, beispielsweise aus der Sowjetunion, gewissermaßen ein politisch-ökonomisches Frühwarnsystem entwickeln, um solche Tendenzen frühzeitig zu erkennen. Der Vereinbarung zwischen EG und RGW kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Daschitschew

Die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westeuropäische Integration wirft nach Meinung vieler westdeutscher Autoren erhebliche Probleme für die Lösung der nationalen Frage auf. Da heißt es unter anderem, in gewisser Weise verstoße dies sogar gegen das Grundgesetz und gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Ich würde gerne wissen, wie sich die westeuropäische Integration auf den außenpolitischen Spielraum der Bundesrepublik auswirken wird und in welchem Spannungsverhältnis dies zur nationalen Frage steht.

Bahr

Es besteht kein Zweifel, daß die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis hin zur Unauflösbarkeit dieser Union eine veränderte politische Situation für die sogenannte deutsche Frage schafft. Wenn, wie Bundeskanzler Kohl es formuliert, die europäische Union faktisch unauflöslich geworden ist, dann kann niemand mehr ausscheiden, ohne sich selbst und seinen Partnern Schaden zuzufügen. Und das bedeutet, daß die deutsche Wiedervereinigung im alten Sinne, nämlich die Wiederherstellung eines freien Souveräns, der selbst entscheiden kann, nicht mehr geht. Die gesamtdeutsche Option, die wir noch beim Beitritt zur NATO ausgesprochen haben, ist dann nicht mehr möglich.

Ich will dazu nur feststellen: Der Zusammenschluß Westeuropas ist richtig, er ist historisch vernünftig, und er wird von der übergroßen Mehrheit der Menschen in diesem Lande getragen. Er wird also passieren. Damit wird sich der bisherige Charakter der deutschen Frage verändern. Dann gibt es nur noch die Möglichkeit, daß sich die DDR, aber diese nicht allein, sondern auch andere Staaten Osteuropas, diesem großen Markt annähern oder anschließen oder assoziieren. Das wird sicher noch nicht zum 1. Januar 1993 eintreten, aber irgendwann wird dieser Qualitätssprung stattfinden.

Weidenfeld

Ich darf noch einmal erinnern, daß das, was in der EG zum Thema "Europa 1992" beschlossen wurde, rechtlich in keiner Weise über die Vereinbarungen der Römischen Verträge von 1957 hinausgeht. Auch die Römischen Verträge sind irreversibel und unauflöslich. Das Ziel hat sich seit 1957 nicht verändert; hier ergibt sich keine neue Lage.

Ich meine, wir sollten uns in diesem Zusammenhang die große historische Leistung unseres Grundgesetzes vor Augen halten, in dem nämlich die Versöhnung von deutscher und europäischer Perspektive gelungen ist. Und ich bin sicher, daß die Deutschen auch im Europa 1992 diese gleiche Leistung vollbringen werden.

Deshalb sollten wir verhindern, daß der Versuch unternommen wird, jetzt die deutsche Frage zu dramatisieren und die deutsche und die europäische Perspektive gegeneinander auszuspielen. Damit würden wir einen Sprengsatz an die westeuropäische Integration legen und der deutschen Frage nichts nützen.

Bahr

Ich muß nur darauf aufmerksam machen, Herr Weidenfeld, daß Walter Hallstein seinerzeit beim Abschluß der Römischen Verträge vor dem deutschen Bundestag die Erklärung abgegeben hat, daß die Bundesregierung ihre Partner darauf hingewiesen habe, für den Fall der deutschen Einheit werde die Bundesrepublik aus den Römischen Verträgen und aus Euratom ausscheren. Daran läßt sich nicht mehr festhalten, weil es mit dem Charakter dessen, was an europäischer Integration erstrebt wird, unvereinbar wäre.

Weidenfeld

Hallstein hat vor dem Deutschen Bundestag nicht von "ausscheren" gesprochen, sondern von "überprüfen" der Römischen Verträge. Das ist etwas anderes.

Teltschik

Wollte man die deutsche Frage und die europäische Integrationsentwicklung in Widerspruch bringen, würde man übersehen, daß die deutsche Frage nicht vorrangig eine territoriale Frage war und ist. Die europäische Integration geht ja nicht isoliert vor sich, sondern ist beispielsweise verknüpft mit neuen Prozessen in der Sowjetunion. Von daher ist anzunehmen, daß sich diese Fragen eines Tages auf beiden Seiten völlig neu stellen werden.

Kaiser

Ich meine, diese innerdeutsche Diskussion ist auch für unsere sowjetischen Kollegen wichtig.

Sagladin

Zum europäischen Binnenmarkt wurde hier von einem meiner Kollegen zu Recht gesagt, man solle diese Entwicklung nicht dämonisieren und die Situation für uns nicht dramatisieren. Die Bildung dieses Marktes ist ein objektiver Prozeß, der schon lange im Gange ist und der weitergehen wird. Wir haben auch keine Angst vor diesem Prozeß, sondern fragen uns, wie sich die Beziehungen in Europa unter den neuen Bedingungen entwickeln werden.

Herr Weidenfeld betonte, daß der Gemeinsame Markt günstigere Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa schafft. Er kann aber auch neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit eröffnen. Ob wir diese Möglichkeiten nutzen können, wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Europas, insbesondere zwischen dem RGW und der EG, gestalten werden.

Herr Weidenfeld sagte, Westeuropa hänge stark vom Export seiner Waren und vom Import von Rohstoffen ab. Das steht außer Zweifel. Und was die Handelsstruktur der Sowjetunion angeht, so treten wir eher noch wie ein Land der dritten Welt auf, denn als entwickeltes Industrieland. Wir exportieren heute ja vorzugsweise Rohstoffe. Aber das wird sich ändern, und wir bemühen uns, Halbfertigprodukte auszuführen, weil das bessere Erträge bringt. Wir werden uns auch immer stärker auf den Handel mit solchen Industrieprodukten konzentrieren, deren Herstellung auf neuen Technologien beruht und die wir in unserem Lande dringend benötigen.

Nicht nur Westeuropa wandelt sich, sondern auch wir werden uns verändern. Die Frage ist, wie sich zwischen diesen beiden veränderten Größen die Beziehungen gestalten werden. Der Gemeinsame Markt ist stark exportabhängig, braucht also entsprechende Absatzmärkte für seine Produkte. Und die

Sowjetunion ist ein interessanter großer Markt, wie mir westliche Wirtschaftsvertreter bestätigt haben. Aber der sowjetische Markt wird sich verändern. Wir sind bereit, den Handelsaustausch in der ganzen Breite zu entwickeln. Doch das geht nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Wenn die nicht gegeben ist, müssen wir uns andere Handelspartner suchen.

Die entscheidende Frage in bezug auf den Gemeinsamen Markt ist für uns, ob im Westen die Bereitschaft zur Gegenseitigkeit auf der Basis gleichwertiger Beziehungen vorhanden ist oder nicht. Darauf arbeiten wir hin. Wir nehmen direkte Beziehungen zu vielen großen Industriebetrieben auf. Es geht mit anderen Worten um den gleichberechtigten Austausch zwischen zwei sich verändernden Wirtschaftskomplexen.

Kaiser

Herr Weidenfeld hat zu Europa die klassische liberalorientierte Auffassung vorgetragen, die in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschend ist. Aber es gibt innerhalb der Gemeinschaft, wie Sie wissen, durchaus auch andere Auffassungen. Im Hinblick auf diese sind die Sorgen der Osteuropäer dann doch nicht so unbegründet.

Ein Beispiel: Heute importieren Italien und Frankreich praktisch keine japanischen Wagen. Die Japaner haben das akzeptiert, weil sie freien Zugang zum deutschen und zum britischen Markt haben. 1992 ist eine solche Abgrenzung theoretisch nicht mehr möglich, weil dann ein japanisches Auto in Hamburg importiert und ohne Grenzkontrolle nach Mailand transportiert werden kann. Darauf gibt es schon heute Reaktionen. Beispielsweise wird FIAT-Chef Giovanni Agnelli die Äußerung zugeschrieben: Wir werden uns doch nicht durch 1992 unsere soziale Lage destabilisieren lassen!

Mit anderen Worten: Es wird bei der Verwirklichung des Binnenmarktes Probleme geben. Das betrifft nicht nur den Agrarbereich, denn die gemeinsame Agrarpolitik stellt ohnehin die höchstentwickelte Ausprägung des organisierten Protektionismus dar. Auf diesem Feld könnte Osteuropa viel exportieren. Die EG-Agrarpolitik könnte unter Umständen gerade jene Produkte betreffen, die eine sich modernisierende Sowjetunion exportieren möchte. Wenn etwa die Firma LADA, deren PKWs sich einen kleinen Markt erobert haben, den Export erweitern will, dann bleibt abzuwarten, wie die Italiener oder die Franzosen darauf reagieren werden. Im europäischen Rahmen gibt es also durchaus Anlaß zur Sorge, selbst wenn die Deutschen versuchen, ihre Tradition einer weltoffenen Handelspolitik auch bei der Vollendung des Binnenmarkts zur Geltung zu bringen.

Bunkina

Herr Weidenfeld sprach davon, daß die Römischen Verträge irreversibel seien. Als Ökonom verstehe ich unter Irreversibilität beispielsweise die gegenseitige Verflechtung bestimmter Wirtschaftsbereiche, die in der Tat unauflöslich ist. Das heißt, man kann diese Verbindung natürlich lösen, aber das würde sehr teuer werden und ein Rückschritt in der Entwicklung der Produktion und der Gesellschaft bedeuten. Auch die Römischen Verträge sind dynamisch und unterliegen bestimmten Anpassungsprozessen, wie es sich in der Entwicklung seit 1957 bis hin zur Europäischen Einheitsakte von 1985 sehr nachhaltig gezeigt hat.

Wie Valentin Bereshkow sagte, ist im RGW tatsächlich nicht alles zum besten bestellt. Die Integration ist im RGW auch noch nicht sehr weit gediehen, obwohl wir diesen Zusammenschluß schon seit 1949 haben. Aber die dort ablaufenden Prozesse weisen eine administrative Kommandostruktur auf und zielen auf eine einheitliche Planung ab mit entsprechend gestalteten Produktionsabläufen. Mit der Organisation und Technik des Marktgeschehens haben wir uns bisher überhaupt nicht befaßt. Deshalb sind solche Fehlentwicklungen unvermeidlich, wie sie gegenwärtig zwischen der Tschechoslowakei, Ungarn und der Sowjetunion zu beobachten sind. Dort sind Zölle auf die verschiedensten Waren eingeführt worden, weil die Käufe der Touristen und anderer Leute zu Engpässen auf bestimmten Gebieten geführt haben. Derartige Dinge sind durch die falschen Integrationsmodelle seit Anbeginn verursacht worden.

In unserem Gespräch ist viel von Abrüstung die Rede, sicher eine wichtige Voraussetzung für den Bau des europäischen Hauses. Damit hängt jedoch eine Thematik zusammen, die wir noch keineswegs im Griff haben, nämlich die Umstellung der Rüstungsproduktion, auch wenn des öfteren zu hören ist, dies sei ein zweitrangiges Problem im Vergleich zu den politischen Vereinbarungen. Letzteres bestreitet niemand. Dennoch wirft die Rüstungskonversion erhebliche Probleme auf.

Dieser Prozeß wird weder im Osten noch im Westen reibungslos ablaufen. Das zeichnet sich heute bereits deutlich in der Phase der theoretischen Überlegungen ab. Wir müssen uns mit dieser Frage ernsthaft auseinandersetzen, auch wenn die praktische Umsetzung noch nicht unmittelbar vor der Tür

steht. Insbesondere fehlt es uns an zureichenden Informationen; Ich würde dringend empfehlen, dazu eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, die die Methodik der Umstellung, ihren zeitlichen Ablauf, mögliche Varianten und gemeinsame Handlungen untersucht, um diesen keineswegs leichten Prozeß mit größerer wirtschaftlicher Effizienz durchzuführen. Außerdem könnte auf diese Weise das gegenseitige Vertrauen vertieft werden.

Kaiser

Rüstungskonversion ist zweifellos ein wichtiges Thema. Vor allem stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Verschiedenartigkeit der beiden Systeme ein sinnvolles Gespräch über die besten Verfahrensweisen überhaupt ermöglicht. Die Probleme sind doch für beide Seiten sehr unterschiedlich.

Bahr

Eine Gruppe an meinem Institut in Hamburg hat sich mit Fragen der Rüstungskonversion beschäftigt. Die Probleme, die dabei entstehen, sind so sehr an das jeweilige System gebunden, daß ein gemeinsames Lösen, jedenfalls in einer überschaubaren Zeit, nicht denkbar ist.

Pekschew

Lassen Sie mich zu den Perspektiven des europäischen Binnenmarktes, der bis Ende 1992 geschaffen werden soll, aus der Sicht eines Praktikers in den Außenhandelsbeziehungen etwas sagen. Wie reagieren die Wirtschaftskreise in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik, auf diese Entwicklung? Lassen sie sich dadurch etwa davon abhalten, an die Zukunft der Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa, speziell mit der Sowjetunion, zu glauben? Ich kann nicht feststellen, daß bei denen der Pessimismus überwiegt. Im Gegenteil, sie verstärken ihre Präsenz in Moskau. Bei unserer Staatsbank sind jetzt schon mehr als 40 Großbanken akkreditiert, überwiegend aus Westeuropa. Dazu zählen auch die westdeutschen Bankriesen Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank. Wir prüfen zur Zeit die Anträge von 11 weiteren Banken, die sich ebenfalls akkreditieren wollen.

Ähnlich sieht es bei Handel und Industrie aus, wo die Firmen langfristige Programme für die Zusammenarbeit entwickeln. Dieser Optimismus der Praxis ist eine gute Antwort im Hinblick auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des weiteren Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen angesichts der Integrationsprozesse, die in Westeuropa stattfinden. Das beantwortet auch die besorgten Fragen, die in diesem Kreis gestellt wurden.

Ich möchte nur kurz auf zwei Fragen eingehen. Zum einen auf die Formen von Aktiengesellschaften, die zur Zeit bei uns im Wirtschaftsbereich entstehen. Hier fiel das Stichwort Aktienbörse. Bei uns werden zwei Arten von Aktien herausgegeben. Erstens Aktien, die von Betrieben an andere Betriebe verkauft werden. Zweitens Aktien, die Betriebsangehörige, zum Beispiel Arbeiter und Angestellte eines Unternehmens, erwerben können und auf die sie, abhängig vom Betriebsergebnis, Dividende erhalten.

Allerdings besitzen diese Aktien heute keinen Kurswert. Deshalb ist auch die Einrichtung einer Wertpapierbörse für uns gegenwärtig kein Thema. Wir schließen nicht aus, daß sich diese beiden Arten von Aktien quantitativ und qualitativ noch weiterentwickeln werden. Aber das wird die Zukunft zeigen. Wir sind dabei, einen sich selbst entwickelnden Wirtschaftsmechanismus zu initiieren. Wenn dafür neue Formen beispielsweise der Finanzierung notwendig werden, werden wir uns dem öffnen.

Das zweite, was ich in diesem Zusammenhang erwähne, ist die Entwicklung von Aktionärsbanken, kooperativen Banken, Risikofonds und Innovationsbanken. Diese Dinge entstehen aus den Bedürfnissen der Wirtschaft selbst, werden von ihr entwickelt und unterstützt, um unser Wirtschaftssystem zu vervollkommen.

Valentin Bereshkow sprach die fehlenden Devisen für Auslandsreisen an. Ich habe vorhin, als ich die Frage der Konvertibilität des Rubels behandelte, nicht erwähnt, daß der Kurs des Rubels für Touristen gegenwärtig außerordentlich günstig ist. In den letzten Tagen wurde der US-Dollar in Moskau mit 62 Kopeken gehandelt. Zu dem Preis würde natürlich jeder gerne kaufen. Das entspricht aber nicht den internationalen Preisstrukturen. Hier wird es sicher schon bald einen realistischen Kurs für die Touristen geben. Und wenn die Leute dann, sagen wir, fünf Rubel für einen Dollar zahlen müssen, weiß ich nicht, ob es da noch so viele Reiselustige geben wird, die bereit sind, diesen Preis zu zahlen, der eher dem realen Kurswert in der Sowjetunion entspricht.

Lebahn

Die Sowjetunion scheint in der Tat bereit zu sein, alle Wirtschaftsformen und Wirtschaftselemente, die international funktionieren, zu adaptieren. Das ist natürlich eine sehr positive Entwicklung, weil sie einen ideologiefreien Zugriff auf vielfältige Möglichkeiten schafft, deren wir uns dann auch soweit wie möglich bedienen sollten. Andererseits betont man in der Sowjetunion, daß man zwar eine Marktwirtschaft, aber eben eine sozialistische Marktwirtschaft einführen wolle. Das legt zumindest die Frage nahe, ob die verwendeten Instrumente nicht doch gesellschaftliche und politische Unterschiede im Vergleich zu unseren Instrumenten aufweisen.

Nun gibt es ja auch bei uns eine Reihe von Kritikern, die uns Wirtschaftlern vorwerfen, wir würden der Sowjetunion helfen, wirtschaftlich zu erstarken, obwohl diese doch weiterhin am kommunistischen System festhält. Wenn die Gorbatschowsche Wirtschaftsreform erfolgreich sein sollte, würden die Sowjets so gefährlich wie nie zuvor sein. Und das ginge weit über den berühmten Strick hinaus, den die Kapitalisten den Sowjets verkauften. Jetzt liefere man ihnen ganze Fabriken zur Herstellung von Stricken, und das noch auf Kredit. So lauten beispielsweise die Vorwürfe von Henry Kissinger.

Zufällig steht heute in der WELT am SONNTAG ein Artikel von Kissinger über das europäische Haus. Ich möchte daraus einen Absatz zitieren, der nicht nur für Kissinger, sondern für die ganze amerikanische Haltung kennzeichnend ist: "Die Flut westlicher Bankkredite, die Moskau ohne irgendwelche politische Bedingungen offeriert werden, ist Ausdruck der ungeprüften Prämisse, eine wirtschaftlich starke Sowjetunion werde automatisch Moskau freundlich stimmen und die Sicherheitsprobleme des Westens lösen." Hier ist also noch einmal ganz klar die Warnung formuliert: Was ihr Banker da macht, ist naiv und schadet den westlichen Interessen.

Pekschew

Wie häufig ist das schon gesagt worden.

Lebahn

Das muß in Zukunft natürlich aufhören. Wenn wir wirklich eine weltweite Zusammenarbeit wollen, dann dürfen solche Keile nicht mehr zwischen uns getrieben werden.

Nun sind wir immer der Meinung gewesen: Der Handel hilft der Kooperation. Und heute geht es nicht mehr nur um Handel, sondern um wirtschaftliche Verflechtung. Die Internationale der Banker, die zweifellos besteht, reicht nicht mehr aus, sondern muß mit gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen verflochten werden.

Wenn heute von der Sowjetunion so revolutionäre Instrumente wie "Joint-venture" gutgeheißen werden, dann schafft das ganz neue Voraussetzungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, "Joint-venture" bedeutet, daß man hier wirklich etwas gemeinsam machen will. Das ist in der Tat eine völlig neue Perspektive. Wenn früher ein westlicher Exporteur etwas in der Sowjetunion verkaufte, bekam er von der Deutschen Bank einen Kredit, und dann war für ihn die Sache gelaufen. Was damit gemacht wurde, ging ihn eigentlich nichts mehr an. Heute ist ein Wirtschaftsprojekt in der Sowjetunion Gegenstand gemeinsamer Sorge, gemeinsamen Managements, gemeinsamen Marketings und dergleichen. Da geht es nicht mehr um eine Hardware, die einfach zu handeln ist, sondern um komplexe Strukturen.

Die Sowjetunion bemüht sich zur Zeit, Formen wie Marketing und Managing zu verstehen und einzuführen. Aber das setzt eben auch ein Vertrautsein mit bestimmten geistigen Kategorien voraus. Und da können Formen wie Joint-ventures schon hilfreich sein.

Viele Firmen bei uns sind ausgesprochen offen gegenüber der Perestroika. Sie sind bestrebt, an den sich neu eröffnenden Möglichkeiten konkret mitzuwirken. Da müssen wir nach den Möglichkeiten der wirtschaftlichen Kooperation fragen, auch im Zusammenhang mit politischen und gesellschaftlichen Fragen. Denn eine engere Kooperation eröffnet in der Tat ganz neue Dimensionen, die man erst einmal gemeinsam erarbeiten muß. Dafür sollten wir auf sehr pragmatische Art die Voraussetzungen schaffen. Das wird sich dann auch politisch positiv auswirken. Deshalb sollte man hier nicht länger von politischen Vorleistungen sprechen, wie das in den USA immer noch anzutreffen ist.

Ich will ein Beispiel geben. Der bundesdeutsche Kredit über drei Milliarden DM, den die Deutsche Bank organisiert hat, wurde einen Tag nach Bekanntwerden Anfang Mai von dem amerikanischen Verteidigungsminister Carlucci scharf kritisiert. Da hieß es, hier haben wieder einmal die unbedarften deutschen Banker das Militär in der Sowjetunion finanziert.

Pekschew

Die Kritik begann schon, als nur das Projekt in der Diskussion war.

Lebahn

Wir haben den Amerikanern die Funktion dieses Kredites erläutert. Was sie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hatten war beispielsweise, daß von dem Kredit Maschinen für Strumpfhosen in die Sowjetunion geliefert werden. Ich vermag nicht einzusehen, wieso es dem sowjetischen Militär helfen soll, wenn die sowjetische Bürgerin etwas modischer durch die Gegend läuft.

Wenn wir solche Kredite in der Zukunft häufiger geben und auch pragmatische Formen wie Projektfinanzierung einführen, bei der wir genau wissen, wohin das Geld geht, dann werden wir eine höhere Stufe der Vertrauensbildung und der gemeinsamen Kontrolle und Planung erreichen. Das heißt, so wie der Banker jetzt viel politischer denken muß als früher, muß sich auch der Politiker mehr um die wirtschaftlichen Realitäten kümmern.

Reuther

Die Praktiker sind nicht gewohnt, wie Historiker und Politiker von den Römischen Verträgen 1957 bis zum Gemeinsamen Markt 1992/93 zu denken, sondern prüfen tagtäglich die konkreten Möglichkeiten der Zusammenarbeit. In diesem Gespräch wurde immer wieder deutlich, wie wichtig für das Gelingen der Perestroika die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und ähnlichen Dingen in den nächsten drei, vier Jahren sein wird. Das wird ein Prüfstein für die ganze Gorbatschowsche Politik sein.

Was kann also getan werden, damit diese drei, vier Jahre nicht damit vertan werden, daß man nur plant und prüft, sondern zum konkreten Handeln kommt? Das Motto der Wirtschaft: Zeit ist Geld, gilt in diesem Falle auch für die Politik. Wenn die Politik fortgeführt werden soll, müssen Erfolge innerhalb kürzester Zeit zu erkennen sein. Deshalb kommt es darauf an, daß die jetzt von der Bundesrepublik, Frankreich und vielleicht auch England angebotenen Milliardenkredite möglichst schnell wirkungsvoll eingesetzt werden. Hier wird es wichtig, auf Vertrauen zu setzen und damit bürokratische Hindernisse, langwierige Instanzenwege und Prüfungsverfahren, womöglich noch zwischen den unterschiedlichsten Ministerien und Behörden, soweit wie möglich abzubauen. Die Gefahr, daß zu wenig geschieht, ist jedenfalls größer als die Gefahr, daß wir mit dem Geld, das zur Verfügung steht, in der gegebenen Zeit etwas Falsches tun.

In der Bundesrepublik kennen wir in einigen Bundesländern, die Schwierigkeiten haben, Industrie anzusiedeln, das Instrument der Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Warum lassen sich nicht auch zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik solche Gesellschaften einrichten, die die Aufgabe haben, die vorhandenen Gelder möglichst schnell in konkrete Projekte umzusetzen, ohne daß Behörden und Ministerien hier als Bremse wirken können. Wenn wir erst darauf warten wollen, bis sich RGW und EG in Verträgen so aufeinander eingestellt haben, daß man endlich handeln kann, verschenken wir viel zuviel Zeit. Ich meine, die Prozesse in Moskau müssen verkürzt werden. Dazu gibt es nur ein Mittel, nämlich einen Vertrauensvorschuß zu geben; auf umständliches Prüfen und Administrieren zu verzichten und das an einigen handfesten Projekten zu erproben, die auf direktem Weg ihren Nutzen und damit die neue sowjetische Politik durch bald sichtbare Erfolge unterstützen.

Pekschew

Hier wird immer wieder von "Hilfe" für die Sowjetunion gesprochen. Das entspricht meiner Meinung nach nicht den Beziehungen, die wir mit den westeuropäischen Ländern haben, wo es um ganz normale internationale Zusammenarbeit geht. Bei Hilfe assoziiert man immer, daß dem Empfänger etwas ohne Gegenleistung geschenkt wird. Wenn Herr Körber uns alle hier einlädt und für unser leibliches Wohl sorgt, kann man das Hilfe nennen. Aber wenn wir Kredite aufnehmen, dann bezahlen wir dafür die marktüblichen Zinsen, wie die Franzosen den Deutschen und umgekehrt. Statt von Hilfe sollten wir richtiger von Partnerschaft oder von Zusammenarbeit sprechen.

Wenn Henry Kissinger in dem vorhin erwähnten Artikel davor warnt, sich mit der Sowjetunion einzulassen, so geschieht seitens der Amerikaner jetzt genau das Gegenteil. Während wir mit der Bundesrepublik noch keine gemeinsamen Konzerne gegründet haben, gibt es bereits einen großen sowjetisch-amerikanischen Konzern für sehr große Projekte mit einem Verwaltungsapparat und entsprechender Repräsentanz in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß dabei 7 Milliarden Dollar im Spiel sind. Lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen. Das ist ein wesentlich höherer Betrag als die drei Milliarden DM Kreditlinie, die

seitens der Bundesrepublik offeriert wurde. Mit solchen Erklärungen wie die von Kissinger will man offensichtlich nur die Westeuropäer abhalten, um selbst Geschäfte machen zu können.

Lebahn

Ich halte es in der Tat für wichtig, daß in der UdSSR unterdessen nicht nur unsere Instrumente, sondern auch einige Denkvorgänge von uns übernommen werden. Aber es ist natürlich nicht verwunderlich, daß eine andere Lehre, die über 70 Jahre in der Sowjetunion vertreten wurde, eine Anpassung an neue Konzepte nicht gerade leicht macht.

Ich war vor kurzem mit einer deutschen Consulting-Firma in Moskau, wo man uns sehr offen sagte: Hier hakt es an allen Ecken und Enden mit dem Management. Wir wollen von Ihnen lernen und auch ein Joint-venture mit Ihnen machen. Davon versprechen wir uns positive ökonomische Wirkungen. Auch der deutsche Consulting-Partner äußerte sich äußerst zufrieden über solche Perspektiven. Als vorsichtiger Banker habe ich dann gefragt, wie denn die Einlage auf beiden Seiten aussieht. Da stellt sich heraus, der sowjetische Partner wollte von dem deutschen Unternehmen lernen, wie wir die Dinge betreiben, und als Gegenleistung bot er an, den Deutschen zu zeigen, wie es in der Sowjetunion vor sich geht. Das ist natürlich kein Geschäft auf Gegenseitigkeit.

Die sowjetische Seite muß begreifen, daß die Vermittlung solcher Lernvorgänge Management-Training, Consulting, Engineering, Marketing - viel Geld kostet. Das ist den Verantwortlichen auf sowjetischer Seite bisher noch nicht so recht klar. Sie erwarten immer, daß wir ihnen die Dinge anbieten. Aber das muß bezahlt werden. Es ist eben nicht die Regel, daß so jemand wie Herr Körber kommt und Stipendien gibt, zumal ja auch Herr Pekschew mit Recht betont, man suche eine ökonomische Basis und wolle sich nicht überall helfen lassen. Ich kann eine solche wirtschaftliche Handhabung nur befürworten.

In dieser Hinsicht sollten Sie sich durchaus an den Chinesen orientieren. Es gibt inzwischen Zehntausende chinesischer Praktikanten, Studenten, Austauschwissenschaftler, Austauschmanager im Westen, teilweise auf Einladung, aber größtenteils gegen Bezahlung. Das erklärt vielleicht, daß es schon tausende chinesischer Jointventures gibt, aber bisher erst 130 russische.

Die Aufnahmefähigkeit des sowjetischen Marktes für westliche Spitzentechnologie und die Produktionskapazität sowjetischer Betriebe für weltmarktfähige Waren und Dienstleistungen hängt in steigendem Maße davon ab, inwieweit die UdSSR internationales Spitzen-Know-how im Westen erwerben und in die eigene Volkswirtschaft von der politischen Leitungsebene bis in die Ebene der Betriebsleitung - integrieren kann. Dazu sind noch besondere geistige und materielle Investitionen erforderlich, welche in breitem Umfang und in schnellem Tempo nur bei Zusammenarbeit mit entsprechenden westlichen Planungs- und Consultingfirmen erzielt werden können.

Die Tatsache, daß bisher weder entsprechende Grundsatzentscheidungen seitens der Führung der UdSSR getroffen worden sind, noch auf Betriebsebene entsprechende materielle Voraussetzungen bestehen - insbesondere rechtzeitige etatmäßige Einplanungen der für den Kauf solcher intellektueller Ware und Leistungen im Westen erforderlicher Hartdevisenbeträge;-, beschränkt die fundamentale Reformtätigkeit der sowjetischen Wirtschaft und verhindert eine effektive Nutzung der aus dem Westen - ohne gleichzeitigen Bezug von Software - eingekauften Hardware. Ein optimaler Beitrag der westlichen Wirtschaft für das Gelingen der Perestroika kann nur in der Kombination von Produktlieferungen und Konzeptlösungen (möglichst im Rahmen von Projektfinanzierungen) erfolgen - und alles das innerhalb einer politischen Gesamtkonzeption.

In diesem Zusammenhang drängt sich eine Bemerkung zu der häufig zu hörenden Auffassung auf, der Westen müsse aus politischem Eigeninteresse der Perestroika wirtschaftlich helfen; er habe eine "Bringeschuld" und solle möglichst einen "neuen Marshallplan" realisieren. Richtig an diesen Überlegungen ist, daß der politische Erfolg der Perestroika wesentlich von ihrem wirtschaftlichen Erfolg - und insbesondere der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der sowjetischen Bevölkerung - abhängt und daß hierbei wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen und vor allem auch westliche Kreditgewährung ein wichtiger Faktor sein können. Damit hier wirklich große und schnelle Erfolge eintreten, wäre jedoch ein westliches Engagement in einem Ausmaße erforderlich, das weder als einseitige Hilfe vom Westen gewährt noch von der Sowjetunion aufgenommen werden könnte. Hier wäre nicht einfach ein in anderen Situationen erfolgreich praktiziertes Modell "Marshallplan" zu kopieren, sondern die dafür kennzeichnende Kombination politischer und wirtschaftlicher Faktoren für die heute andersartige Situation und andersartige Partner völlig neu zu analysieren, zu konzipieren und zu realisieren.

Dafür sind zunächst enge Konsultationen zwischen den Ländern des westlichen Bündnisses und anschließend detaillierte Abstimmungen mit der UdSSR und den Ländern Osteuropas erforderlich, um diese völlig neuartigen und gegenüber früheren Handelsbeziehungen viel intensiveren und umfangreicheren Wirtschaftskooperationsformen einzuführen.

Solche neuartigen, das "Gemeinsame Haus Europa" tragende Wirtschaftsstrukturen müssen geradezu zwangsläufig unter intensiver Beteiligung der Vereinigten Staaten durchgeführt werden. Denn nur die Offenheit des "Hauses Europa" gegenüber der entscheidend vom amerikanischen Wirtschaftspotential, amerikanischer Spitzentechnologie sowie den amerikanischen Währungs-, Kapital- und Finanzierungseinflüssen geprägten Weltwirtschaft ermöglicht eine moderne und effektive gesamteuropäische Zusammenarbeit.

Es ist daher heute auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Sowjetunion, hier keinen politischen Keil zwischen Westeuropa und die USA zu treiben und wirtschaftlich nicht die einzelnen westlichen Länder gegeneinander auszuspielen, sondern an umfassenden multilateralen Kooperationsstrukturen mitzuwirken, die früher strikt abgelehnt, sogar gefürchtet und bekämpft wurden. Dazu gehört in erster Linie eine offene und konstruktive Haltung gegenüber den europäischen Gemeinschaften, deren juristische Anerkennung jahrzehntelang von der UdSSR verzögert wurde und zu der die Sowjetunion auch heute noch keine konkret-praktischen Kooperationsbeziehungen gefunden hat. Dazu gehört die Kontaktaufnahme, zunehmende Zusammenarbeit und spätere Mitgliedschaft bei internationalen Wirtschaftsorganisationen wie GATT, Weltwährungsfonds, Weltbank und anderen.

Dieses setzt eine vorausgehende Abstimmung im Westen darüber voraus, wie man der UdSSR diese neuen Zusammenarbeitsmöglichkeiten eröffnen kann. Dazu muß sowohl bei Politikern wie auch bei Wirtschaftlern die Erkenntnis befolgt werden, daß die bisherige Bevorzugung "spezieller" bilateraler Wirtschaftsbeziehungen jedes einzelnen westlichen Landes zur Sowjetunion unter heutigen Umständen in niemandes Interesse mehr liegt. Sowohl aus ökonomisch-technischen als auch aus sicherheitspolitischen Gründen werden künftig multilaterale west-östliche Wirtschaftsbeziehungen eine optimale Zusammenarbeitsform darstellen.

Bowin

Herr Kaiser stellte vorhin unter anderem die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Verbündeten in den kommenden Jahren entwickeln werden. Das ist im Zusammenhang mit dem Bau des europäischen Hauses eine sehr wichtige Frage.

Insgesamt gesehen ist die Geschichte der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern recht kompliziert und im übrigen lehrreich. Die Bildung des sozialistischen Lagers nach 1945 vollzog sich natürlich nach den Vorstellungen Stalins: Strenge Disziplin und Unterordnung unter das Kommando Moskaus. Das erste Warnzeichen, daß hier längst nicht alles in Ordnung war, machte der Bruch mit Jugoslawien 1948 deutlich. Aus heutiger etwas abgeklärter Sicht kann man die grundsätzliche Bedeutung des Widerstandes von Marschall Tito gegenüber Stalin ermessen. Daraus wurden damals aber weder praktische noch theoretische Schlußfolgerungen gezogen. Doch die inneren Widersprüche und die bestehenden Ungerechtigkeiten in unserem Bündnis kamen den Beteiligten immer mehr zum Bewußtsein, insbesondere nach dem 20. Parteitag. Seinerzeit fand die erste großangelegte Perestroika in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und unseren Bündnispartnern statt.

Aber diese Beziehungen waren damals bereits auf einem solchen Tiefpunkt angelangt, daß der Anstoß des 20. Parteitages in einigen Fällen zu spät kam. Das war der Grund für die Krise 1956 in Ungarn und auch in Polen, wo sich beinahe das gleiche ereignet hätte. In der Folgezeit entwickelten sich diese Beziehungen hin zu mehr Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Handlungsfreiheit für unsere Bündnispartner, ohne daß sich an den alten Grundprinzipien etwas geändert hätte. Das haben die Ereignisse 1968 in der Tschechoslowakei erneut bestätigt. Das war aber auch der letzte Krisenfall dieser Art. Nach 1968 setzt verstärkt eine Umorientierung in Richtung mehr Gleichberechtigung und Selbständigkeit unserer Partner ein.

Sie sehen, wie unterschiedlich sich die einzelnen sozialistischen Länder zu unserer jetzigen Perestroika stellen. Ungarn hat eine andere Meinung als Bulgarien, und wieder eine andere Einstellung hat die DDR. Es gibt also ein breites Spektrum in unseren Beziehungen; denn jedes Land sieht die sowjetische Perestroika aus dem Blickwinkel seiner eigenen Interessen und durch die Brille der jeweiligen Partei- und Staatsführung. Dies ist eine ganz normale Sache.

Der große Erfolg der letzten zehn Jahre ist, daß wir endlich begriffen haben, nicht den Stein der Weisen zu besitzen. Wir haben in der Sowjetunion nicht die Wahrheit gepachtet und sind nicht allen

anderen an Klugheit überlegen. Schon früher hieß es, jedes Land solle sich selbständig entwickeln. Aber da war ein Gutteil Heuchelei dabei, mit der es jetzt hoffentlich vorbei ist. Heute sind wir in der Tat der Auffassung, daß China, Ungarn, Jugoslawien und jedes andere Land uneingeschränkt das Recht haben, das zu tun, was sie für erforderlich halten. Die Entscheidung darüber, wer recht hat und wer nicht, kann nur die politische Praxis ergeben. In diese Richtung werden sich die Beziehungen zwischen uns und unseren Bündnispartnern weiterentwickeln.

Hegel hat seinerzeit gesagt: Geschichte ist Fortschritt in Richtung auf Freiheit. Ungeachtet aller Zickzackbewegungen bestätigt die internationale Entwicklung diese Aussage. Der Fortschritt in der Entwicklung der Freiheit kennzeichnet die Hauptlinie in den Beziehungen der Sowjetunion zu ihren Verbündeten im Warschauer Vertrag. Zweifellos kann es Schwierigkeiten und Kollisionen geben; denn jeder Übergang, jede Perestroika birgt Gefahren in sich. Wir besitzen aber genügend Ausdauer, Willen und Nerven, um diesen Prozeß durchzuhalten. Wir werden dabei Ruhe bewahren, nicht dramatisieren und nicht zu dem zurückkehren, was man die Breschnew-Doktrin genannt hat. Eine solche Politik stellt unsere Beziehungen auf eine sichere und zuverlässige Grundlage. Früher haben wir auf Krisensituationen nervös reagiert; heute halten wir sie für etwas Normales.

Sagladin

Herr Pekschew hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Instrumente, die wir jetzt in unserer Wirtschaft einsetzen, keine kapitalistischen, sondern allgemeingültige Markt- und Wirtschaftsinstrumente sind, die lange vor der Entstehung des Kapitalismus aufkamen. Ich füge hinzu: Dadurch, daß wir jetzt ebenfalls diese Instrumente einsetzen, wird die Zusammenarbeit mit unseren westlichen Partnern erleichtert, die sich mit diesen Dingen ja schon länger auskennen. Jedenfalls werden dadurch die Möglichkeiten gegenseitiger Zusammenarbeit beträchtlich erweitert.

Warum gehen wir gerade jetzt in diese Richtung? Der Sozialismus weist in seiner Theorie und Geschichte viele verschiedene Richtungen auf. Ursprünglich meinte man, der Sozialismus könne ganz ohne Warenzirkulation, ohne Markt auskommen. Lenin hatte seinerzeit gesagt, wir würden die öffentlichen Bedürfnisanstalten eines Tages mit Gold auskleiden. Nun, wir haben uns inzwischen davon überzeugt, daß dieses Stadium unerreichbar ist. Jetzt haben wir uns entschlossen, die Effektivität unserer Wirtschaft drastisch zu erhöhen, anstelle der alten Technologien neue zu verwenden, von einer extensiven zur intensiven Entwicklung überzugehen und die administrativen Methoden zugunsten ökonomischer aufzugeben. Dafür benötigen wir auch die erforderlichen Instrumente.

Was Hilfe von außen angeht, so möchte ich betonen, daß wir in unserer Perestroika uns hauptsächlich auf die eigenen Kräfte besinnen. Wir können ja nicht von vornherein damit rechnen, daß uns irgend jemand Kredite gewährt oder bestimmte Produkte verkauft, obwohl in dieser Hinsicht eine Menge getan wird, was wir keineswegs verkennen. Ich komme gerade von einem Kolloquium in Paris, wo die dort anwesenden Amerikaner gesagt haben, zweifellos müsse man die Sowjetunion unterstützen, die Frage sei nur, wie und womit. Da geschieht also einiges, und unsere amerikanischen Partner schlafen nicht. Die Unterstützung aufgrund der getroffenen Abmachungen wissen wir natürlich zu schätzen, aber die wichtigste Hilfe ist eine gute Atmosphäre der Zusammenarbeit und die Sicherung des Friedens. Wenn das gewährleistet ist, haben wir und Sie die Möglichkeit, die militärische Produktion zu reduzieren und die finanziellen Mittel für friedliche Zwecke einzusetzen.

Ich erwähnte vorhin unsere Pläne bis zum Jahre 2005, deren Verwirklichung nicht zuletzt davon abhängt, wie sich beide Seiten in Zukunft zueinander verhalten werden. Herr Bowin sprach eben die veränderten Beziehungen in unserem östlichen Bündnis an. Wie stehen Sie in der Bundesrepublik zu diesen Entwicklungen? Man kann bei Ihnen ja sehr verschiedene Stellungnahmen lesen und hören. Einige vertreten die Ansicht, der Westen sollte diese Situation dazu benutzen, die ost- und mitteleuropäischen Länder von der Sowjetunion zu trennen. Andere mahnen zur Vorsicht, weil jede Destabilisierung der Situation, sei es in Polen oder sonstwo, die Beziehungen zwischen Ost und West belasten kann. Welche Position vertreten unsere westdeutschen Kollegen hier?

Bahr

Ich kann Ihre Frage nicht beantworten, Herr Sagladin; weil auch Sie nicht in der Lage sind, genau zu antworten, wie es denn weitergehen soll. Herr Bowin beschwört gewissermaßen, daß die Nerven ausreichen werden. Wenn das aber nicht der Fall ist was dann? Eine Garantie gibt es nicht. Einige Entwicklungen bei Ihnen halte ich in der Tat für überzogen. Bei Gesetzen, die bei uns der Bundestag beschließt, dürfte Bayern nicht sagen: die treten bei uns nur in Kraft, wenn der Bayerische Landtag ihnen zustimmt. In Estland scheint man so etwas anzustreben.

Andererseits haben wir in China erlebt, daß Deng Xiaoping eine Reihe von Reformen zwar nicht zurücknehmen, aber begrenzen mußte, damit die Dinge nicht aus dem Ruder laufen. Ich halte es für denkbar, daß auch die Sowjetunion irgendwann gezwungen sein wird, Übertreibungen zu reduzieren.

Was das Verhältnis der Sowjetunion zu ihren Verbündeten angeht, so stellen wir eine zunehmende Differenzierung fest, die bei uns von unterschiedlichsten Hoffnungen begleitet wird. Die einen sehen darin - ohne das so deutlich auszudrücken - den Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Andere meinen, dies sei der Beginn einer Pluralität, die die Bedrohung für Westeuropa vermindert. Die erste Hoffnung halte ich für destruktiv, die zweite für konstruktiv. Aber es gibt bei uns beide Richtungen, und Henry Kissinger repräsentiert wohl eher die destruktive Seite.

Daschitschew

Die Ausführungen von Herrn Bowin, dem ich voll zustimme, möchte ich um zwei wichtige Aspekte bezüglich unserer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern ergänzen. Die weitgehende Demokratisierung der Beziehungen innerhalb des Warschauer Vertrages hängt zum großen Teil direkt vom allgemeinen Zustand der europäischen Sicherheit ab.

Wir selbst sind daran interessiert, das negative Image der Vorherrschaft der Sowjetunion in Europa zu beseitigen, das seit der Stalinzeit besteht und das in Westeuropa tief verwurzelt ist. Aber um dies realisieren zu können, bedarf es in der Tat neuer Grundlagen der europäischen Sicherheit. Das sollte der Westen begreifen. Es liegt wirklich in unserem Interesse, harmonische und demokratische Beziehungen mit unseren sozialistischen Partnern zu erreichen. Deshalb wirkt jeder Schritt des Westens, der Fortschritte auf dem Weg zu einem verlässlichen Sicherheitssystem erschwert - und dazu gehört etwa die Frage der Modernisierung;-, dieser Entwicklung entgegen. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren Partnern im Warschauer Vertrag und im RGW sind also nicht unwesentlich vom Zustand der allgemeinen Ost-West-Beziehungen abhängig.

Der zweite Aspekt ist, daß der Erfolg unserer Perestroika weitgehend auch von den Ereignissen in den anderen sozialistischen Ländern abhängt. Jede unkontrollierbare Entwicklung, insbesondere jede gesellschaftspolitische Eskalation, kann sich auf unsere Perestroika verhängnisvoll auswirken. Darum ist es in unserem Interesse, alles zu tun, damit die soziale und die wirtschaftliche Stabilität in den sozialistischen Ländern erhalten bleibt. Aber das ist nicht so einfach. Dazu bedarf es nicht nur großer Geschicklichkeit der politischen Führungen, sondern auch des gesunden Menschenverstandes der breiten Massen und bestimmter erzieherischer Maßnahmen, damit das Volk versteht, wie wichtig es ist, die Stabilität zu unterstützen und die Reformen in den sozialistischen Ländern nicht zu behindern.

Beide Dinge sollten Sie im Westen verstehen und vor allem begreifen, wie wichtig für uns Abrüstung, Vertrauensbildung und Verbesserung des Sicherheitssystems sind.

Teltschik

Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung nach der Bundestagswahl 1987 einmal mehr deutlich gemacht, daß für uns die Beziehungen zur Sowjetunion von zentraler Bedeutung sind. Wir hoffen, die innere Entwicklung in der Sowjetunion, die Politik von Perestroika und Glasnost, führt dazu, daß sich neue Möglichkeiten für eine gute Zusammenarbeit entwickeln. Der Bundeskanzler hat ja in seiner Tischrede in Moskau von dem Ziel gutnachbarschaftlicher Beziehungen gesprochen.

Auch Ihre Partner im Warschauer Pakt, die die innenpolitischen Prozesse bei Ihnen mit sicherlich sehr unterschiedlichen Erwartungen verfolgen, dürften sich alle in dem Wunsch einig sein, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ausbauen zu können. Dies trifft sich auch mit unserer Hoffnung, nämlich die Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern im gleichen Maße ausbauen zu können, wie sich unsere Beziehungen zur Sowjetunion entwickeln, ohne daß wir die Absicht haben, sie gegeneinander auszuspielen. Dies wäre das Dümme, was wir versuchen könnten.

Wir werden auch nicht in den Fehler verfallen, diejenigen, die jetzt besonders progressiv sind, anders zu behandeln als die, welche mit Reformen eher zurückhaltend sind. Wir sehen beispielsweise, daß sich die DDR mit Perestroika und Glasnost schwertut; wir wünschten, sie würde hier etwas progressiver sein. Gleichzeitig haben sich jedoch unsere Beziehungen zur DDR sehr konstruktiv und positiv entwickelt, und wir bleiben daran interessiert. Das gleiche gilt für Rumänien, das derzeit gar nichts mit Perestroika im Sinn hat. Auch da versuchen wir, unsere Beziehungen in vernünftiger Weise weiterzuentwickeln, wie zu Ungarn oder zu Polen.

Das heißt, wir wollen konstruktive, positive, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu allen Staaten des Warschauer Pakts, und wir respektieren, daß Sie Partner in Ihrem Bündnis und im RGW bleiben

wollen. Insofern sind wir - da schließe ich mich Egon Bahr an - durchaus optimistisch. Wir hoffen, daß die Sowjetunion ihre Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts so gestaltet, daß sie diesen die Möglichkeit gibt, auch mit uns positiv zusammenzuarbeiten.

Bahr

Ich füge hinzu: Auch die SPD würde, wenn sie heute im Kanzleramt säße, keine prinzipiell andere Politik machen als das, was die Bundesregierung heute gegenüber den Staaten Osteuropas praktiziert.

Pjadyschew

Was Herr Daschitschew zu der Abhängigkeit unserer Perestroika von den außenpolitischen Bedingungen sagte, kann ich voll unterstützen. Allerdings beeinflußt die Perestroika ihrerseits die außenpolitische Lage nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt sehr positiv. Wir erkennen in der Sowjetunion deutlich, wie die übrige Welt auf die Prozesse, die in unserem Lande stattfinden, reagiert.

Im Unterschied zu vielen meiner Kollegen bin ich jedoch keineswegs der Meinung, daß der Erfolg der Perestroika bereits garantiert ist und die Entwicklung unumkehrbar ist. Damit macht man sich die Dinge zu einfach. Zwar verfügt die Perestroika über ein großes Potential, aber es gibt auch erhebliche Gegenkräfte, die nicht zu unterschätzen sind und die der Perestroika Steine in den Weg legen. Diese Gegenkräfte stammen aus den verschiedensten innenpolitischen Bereichen. Hinzu kommen noch äußere Hindernisse. Ich unterstreiche jedoch: Wenn die Perestroika scheitert, hätte das katastrophale Folgen sowohl für uns als auch für Sie.

Wie sähen denn die Alternativen zur Perestroika aus? Die Konsequenz wäre doch ein konservativeres Regime und eine härtere, schwerer zu kalkulierende Politik auf unserer Seite. Das wäre schlecht für uns und für Sie. Deshalb sollte man den Prozeß, der bei uns stattfindet, sehr einfühlsam und behutsam verfolgen und die Beziehungen zur Sowjetunion so ausgestalten, daß man nicht nur Situationen vermeidet, die den Prozeß bei uns erschweren, sondern sich der ganzen Entwicklung positiv gegenüberstellen. Das betrifft nicht zuletzt die Lage in Osteuropa, aber ebenso andere außenpolitische Bereiche.

Es fragt sich, warum wir in Wien so langsam vorankommen und sich dort gerade in jüngster Zeit neue Hindernisse gezeigt haben. Warum beginnen die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung mit so großer Verspätung und anderes mehr? Mit einem Wort: Es ist wichtig, sich den unmittelbaren Zusammenhang zwischen unserer Perestroika und den außenpolitischen Verhältnissen klar vor Augen zu führen.

Borowik

In unseren Beziehungen geht es um Gegenseitigkeit, nicht um einseitige Hilfe. Ich habe schon erwähnt, daß wir das großzügige Angebot von Herrn Körber, Stipendien für zehn sowjetische Jungarbeitnehmer zu vergeben, die in die Bundesrepublik Deutschland kommen sollen, unsererseits erwidern, indem das Sowjetische Friedenskomitee eine gleich große Zahl von Arbeitnehmern aus der Bundesrepublik einlädt. Bei einem solchen Austausch geht es zweifellos nicht nur um berufliche Weiterbildung, sondern auch um eine Fortentwicklung auf dem Gebiet der Koexistenz und beim Ausbau gegenseitigen Vertrauens. Fehlendes Vertrauen bedeutet, Zeit zu verlieren, und das ist etwas, was wir uns heute nicht mehr leisten können. Deshalb bin ich froh über solche praktischen Vorschläge, mit denen wir die Entwicklung voranbringen.

Mit den USA sind wir beispielsweise im Wirtschaftsbereich, wie Herr Pekschew sagte, schon weit vorangekommen. Und auch unsere Öffentlichkeit hat zu den Vereinigten Staaten bereits wesentlich stärkere Kontakte entwickelt als zu den Ländern Westeuropas. Für das Sowjetische Friedenskomitee zum Beispiel haben sich diese Kontakte in den letzten Jahren verzehnfacht. So führen wir sowjetisch-amerikanische Friedensmärsche durch, an denen Hunderte von Menschen teilnehmen, und zwar sowohl in der Sowjetunion als auch in den USA. Es gibt Beratungsgremien für Wirtschaftsfragen. In den nächsten Tagen findet zum ersten Mal in der Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ein gesellschaftspolitisches Symposium über das Thema "Frieden und Menschenrechte" statt. Das soll eine dauerhafte Einrichtung werden.

Es gibt auch sehr viel mehr sowjetisch-amerikanische Fernsehbrücken als solche mit Europa. Herr Schulze hat die Bedeutung solcher Sendungen angesprochen.

Wie Sie wissen, fand bei uns in diesem Sommer die 19. Allunionskonferenz statt, an der 5000 Delegierte teilnahmen. Alle 5000 Delegierten sollen im nächsten Jahr auf Kosten amerikanischer Firmen in die Vereinigten Staaten eingeladen werden. Das ist ein geradezu phantastisches Projekt, das den Menschen die Möglichkeit gibt, sich miteinander über alle Fragen, die sie interessieren, auszutauschen. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorn.

Solchen Ereignissen bringt unsere Öffentlichkeit zweifellos sehr viel mehr Aufmerksamkeit entgegen als ähnlichen Dingen, die zwischen uns und Westeuropa laufen. Hier müssen wir gemeinsam neue Wege suchen. Auf unserer Seite sind wir dazu bereit. Ich weiß zwar nicht, ob wir in der Lage sind, alle Parteitagsdelegierten der einen oder der anderen Partei einzuladen. Aber wir könnten beispielsweise über die Möglichkeiten deutsch-sowjetischer Friedensmärsche nachdenken. Es könnten gegenseitige Treffen von Soldaten aus beiden Bereichen organisiert werden.

Worauf es letztlich ankommt, ist: Wir müssen unsere gesellschaftlichen Beziehungen ausbauen mit dem Ziel, Vertrauen zwischen den Völkern zu schaffen.

Sagladin

Wenn man diese Diskussion hier mit früheren Gesprächen vergleicht, wird deutlich, welche Fortschritte wir in unseren Beziehungen inzwischen gemacht haben.

In Moskau haben Helmut Kohl und Michail Gorbatschow davon gesprochen, daß sie ein neues Kapitel in unseren Beziehungen beginnen wollen. Die erste Seite wurde bereits aufgeschlagen, aber es gibt noch viele unbeschriebene Seiten. Von uns allen hängt es ab, wie wir sie füllen. Daß es dafür genügend Stoff gibt, zeigt auch diese Diskussion. Dieser Kreis hier ist pluralistisch zusammengesetzt mit Vertretern aus den Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei haben wir einen Meinungspluralismus erlebt, nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb beider Seiten. Das ist sicherlich auch ein positiver Beitrag, um die Seiten des neuen Kapitels in unseren Beziehungen zu füllen.

Mit dem, was wir hier diskutiert haben, dürften wir zu einem besseren Verständnis der gegenseitigen Probleme gelangt sein, auch wenn wir auf beiden Seiten Realisten sind und keineswegs in allen Punkten gleichlautende Lösungen gefunden haben. Darauf kommt es auch nicht an. Wir müssen ja auch für die Zukunft etwas übrigbehalten.

Unser Thema war das gemeinsame europäische Haus. Noch vor kurzem war durchaus umstritten, ob der Bau eines solchen Hauses überhaupt nötig sei. Dies steht jetzt außer Frage. Jetzt geht es vielmehr darum, was in diesem Haus zu tun ist und auf welche Weise. Dabei zeigen sich die eigentlichen Probleme.

Das gewachsene Verständnis auf beiden Seiten für diese Schwierigkeiten läßt uns genauer darüber nachdenken, wie wir in Zukunft vorankommen können. Eine wichtige Schlußfolgerung aus unserer Diskussion hier besteht wohl darin, einander besser zu kennen und zu verstehen - nicht nur in politischer Hinsicht. Vielleicht gelingt es Ihnen dann auch im Westen, die Prozesse in den sozialistischen Ländern besser einschätzen zu können. Nicht umsonst haben wir die Perestroika bei uns und die Veränderungen in Westeuropa im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt so breit behandelt. Wenn wir nicht die Entwicklungen auf der jeweils anderen Seite begreifen, wird es uns nicht gelingen, das europäische Haus zu bauen. Darum müssen sich beide Seiten bemühen.

Sodann wurde hier auch eine Reihe konkreter Vorschläge, beispielsweise von Herrn Borowik, unterbreitet. Manche dieser Initiativen mag auf den ersten Blick unbedeutend erscheinen, aber in ihrer Summe können sie doch einiges bewirken. Zum Beispiel wäre vor drei oder vier Jahren wohl niemand auf die Idee gekommen, ein Treffen von Soldaten beider Seiten vorzuschlagen. Hier entsteht ein neues Geflecht von Beziehungen, das sich weiter verdichten wird. Das ist ein buntes Bild, das aber gerade wegen seiner Vielfarbigkeit das Auge erfreut.

Wir haben hier über die Vergangenheit und Gegenwart, vor allem aber über die Zukunft gesprochen. Vor noch gar nicht allzu langer Zeit drehten sich solche Gespräche fast ausschließlich um aktuelle Gegenwartsfragen. Die sowjetische Außenpolitik litt meiner Ansicht nach darunter, daß sie häufig nur auf Ereignisse oder Handlungen der anderen Seite reagierte, aber keine eigene innere Zielrichtung hatte. Von daher war sie stärker auf die Gegenwart als auf die Zukunft ausgerichtet.

Jetzt geht es uns um eine neue zivilisierte Form der Zusammenarbeit, sowohl mit der Bundesrepublik Deutschland als auch mit anderen Ländern im Sinne gutnachbarlicher Beziehungen. Dieser Prozeß hat bereits begonnen und wird uns helfen, in wichtigen Fragen Kompromißlösungen zu finden. Wenn

es uns um die Zukunft geht, dürfen wir uns den Blick nicht durch das politische Tagesgeschehen verstellen lassen, sondern wir müssen weiter nach vorne sehen.

Ich bin sehr froh, an dieser Diskussion teilgenommen zu haben und danke für die Einladung. Diese Gespräche sollten fortgesetzt werden, sei es in Arbeitsgruppen, die sich um die konkrete Aufarbeitung der nach wie vor bestehenden Probleme bemühen könnten, sei es in weiteren Grundsatzdiskussionen.

Teltschik

Mein Eindruck ist, daß unsere Zusammenkunft hier sehr nützlich gewesen ist, weil sie viele Aspekte aufgezeigt hat, die auf beiden Seiten deutlich gemacht haben, daß im Grunde alle ein gemeinsames Ziel verfolgen, nämlich die Zusammenarbeit umfassend zu entwickeln, um die gesamteuropäische Entwicklung zu stabilisieren und den Frieden noch sicherer zu machen.

Ein wichtiges Ergebnis sehe ich darin, daß unsere sowjetischen Partner zu verstehen gegeben haben - gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um die Modernisierung-, daß sie bereit sind, auf Besorgnisse und Empfindungen der anderen Seite einzugehen und nicht Maximallösungen anstreben, sondern Zwischenlösungen suchen, um die Entscheidungen der anderen Seite zu erleichtern.

Im übrigen will ich einmal im Zusammenhang mit der innerdeutschen Diskussion in der Bundesrepublik daran erinnern, Herr Bahr: Als die zweite Null-Lösung diskutiert wurde, haben wir den Vorschlag gemacht, nicht nur die nuklearen Raketen der Reichweite zwischen 500 und 1000, sondern zwischen 150 und 1000km einzubeziehen. Wir müßten uns heute nicht mit der Erweiterung der Reichweite auf 450km beschäftigen, wenn die amerikanische und die sowjetische Seite damals bereit gewesen wären, darüber nachzudenken. Dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter.

Es dürfte in diesem Gespräch auch deutlich geworden sein, daß unsere Beziehungen in einem Gesamtzusammenhang zu sehen sind und wir sie nicht auf bestimmte Fragen begrenzen dürfen. Wenn etwa unsere Kollegen aus der Wirtschaft daraufhinweisen, daß Joint-ventures zu neuen Formen der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Denkens führen, dann ist das ein wichtiger Aspekt in unseren Beziehungen. Ich habe in meinem Vortrag gesagt, die Ergebnisse der drei Menschenrechtskonferenzen, die durchgeführt werden sollen, werden auch die Lösung von Problemen in anderen Bereichen erleichtern. Es gibt hier ständig Wechselwirkungen. Auch Fragen der Abrüstung und Sicherheit können leichter und schneller erledigt werden, wenn wir zu positiven Ergebnissen in anderen Bereichen kommen.

Abschließend betone ich, daß es in unseren Beziehungen nicht darum gehen kann, der Sowjetunion zu "helfen". Das entspricht nicht der Größenordnung unserer Länder und auch nicht dem Selbstverständnis und der Würde jeder Nation. Es geht um gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit, die beiden Seiten nützt. Das ist keine Frage der Großzügigkeit von unserer Seite.

Wir erwarten jetzt mit großer Spannung den Gegenbesuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik. Die Vorbereitungen sind auf beiden Seiten in vollem Gange. Ich bin überzeugt, daß auch dieser Besuch ein Erfolg für beide Seiten wird und damit unsere Beziehungen weiter stabilisieren kann.

Kaiser

Nach zwei so umfassenden Abschlußbemerkungen, die den positiven Charakter dieses Gesprächs unterstrichen haben, will ich weder eine Zusammenfassung noch eine Würdigung versuchen, sondern nur zwei kurze Gedanken hinzufügen.

Ich bin schon lange mit dem Bergedorfer Gesprächskreis verbunden. Anfangs gab es in der bundesdeutschen Innenpolitik nur eine kleine Minderheit, die sich traditionell mit den Vorgängen in der Sowjetunion identifizierte. Heute ist es die Mehrheit, die dem zustimmt, was von der Regierung der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow versucht wird, und es ist eher die Minderheit, die Probleme damit hat. Hier hat eine erstaunliche und erfreuliche Veränderung stattgefunden.

Ich möchte noch eine zweite Beobachtung erwähnen. In den frühen Gesprächen gab es durchweg kontroverse Diskussionen zwischen den sowjetischen Teilnehmern auf der einen und den deutschen Teilnehmern auf der anderen Seite - mit kleinen Meinungsverschiedenheiten auf deutscher Seite. Heute gab es auf beiden Seiten unterschiedliche Meinungen. Ich finde dies erfreulich und sehe darin einen Fortschritt.

Unser besonderer Dank gilt den beiden Referenten, die uns geholfen haben, ein äußerst gehaltvolles Bergedorfer Gespräch zu führen. Dank Ihnen allen, nicht nur, weil Sie sehr diszipliniert waren,

sondern weil wir in einem Geiste der Offenheit miteinander diskutiert haben, der für die Zukunft optimistisch stimmt.

Körper

Lassen Sie mich zum Abschluß unserer Diskussion als bedeutungsvollstes Ergebnis unserer Tagung die von Herrn Sagladin und von anderen sowjetischen Teilnehmern gemachte Erklärung festhalten, wonach die Sowjetunion zur Stabilisierung Westeuropas den Wunsch hat, der westlichen Schutzmacht USA festes Wohnrecht in Europa zu geben. Ich finde, das ist eine - nicht nur für die Europäer - ungemein wichtige Erklärung seitens der Sowjetunion.

Hinsichtlich der diskutierten Frage, ob der für 1992 vorgesehene europäische Binnenmarkt das angestrebte "gemeinsame europäische Haus" fördert oder stört, möchte ich folgendes feststellen:

Keines der Mitgliedsländer in der EG ist groß und stark genug, um eine Hegemonie beanspruchen oder auch nur als adäquater Partner gegenüber einer durch eine erfolgreiche Perestroika erstarkten sowjetischen Wirtschaftsmacht sprechen zu können.

Damit jedoch die EG mit einer Stimme beim Bau des europäischen Hauses sprechen kann, ist die Schaffung einer politischen Union der Westeuropäer unerlässlich. Voraussetzung für diese politische Union ist jedoch, daß zunächst der geplante Binnenmarkt zustande kommt und das hoffentlich auch mit einer einheitlichen Währung.

Westeuropa als politische Union wäre mit Sicherheit der beste westliche Beitrag zur Verwirklichung der großeuropäischen Vision von Michail Gorbatschow.

Ich erwähnte zu Beginn den Raketensplitter der SS-12-Rakete, der mir anlässlich des Staatsbesuches von Bundeskanzler Kohl Ende Oktober in Moskau als Dank und Anerkennung für die jahrelangen Bemühungen des Bergedorfer Gesprächskreises für einen Brückenschlag zwischen Ost und West überreicht wurde. Dieser Raketensplitter wird als "Friedenssymbol für die Zukunft" in einem Denkmal am Sitz des Bergedorfer Gesprächskreises in Hamburg-Bergedorf seinen Platz finden und am 20. Dezember durch den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt eingeweiht werden.

Ich werde zwei weitere Friedenssymbole dieser Art mit Raketensplintern der SS-20 und der Pershing-II-Rakete anfertigen lassen, und ich hoffe, daß je eines davon in Washington und Moskau aufgestellt wird - als Dankadresse an die beiden Supermächte, die den INF-Vertrag abgeschlossen haben.

Damit der Wunsch für weitere Abrüstungsbemühungen weltweit deutlich wird, wäre es sinnvoll, wenn die Supermächte als Anregung für alle Staaten in Ost und West eine gemeinsame Briefmarke mit den abgebildeten Raketensplintern als "Friedenssymbol für die Zukunft" herausbringen würden. Wäre eine solche internationale Briefmarke nicht gleichzeitig ein Beitrag zur Völkerverständigung, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, oder gar ein symbolisches Bausteinchen für das geplante gemeinsame europäische Haus?